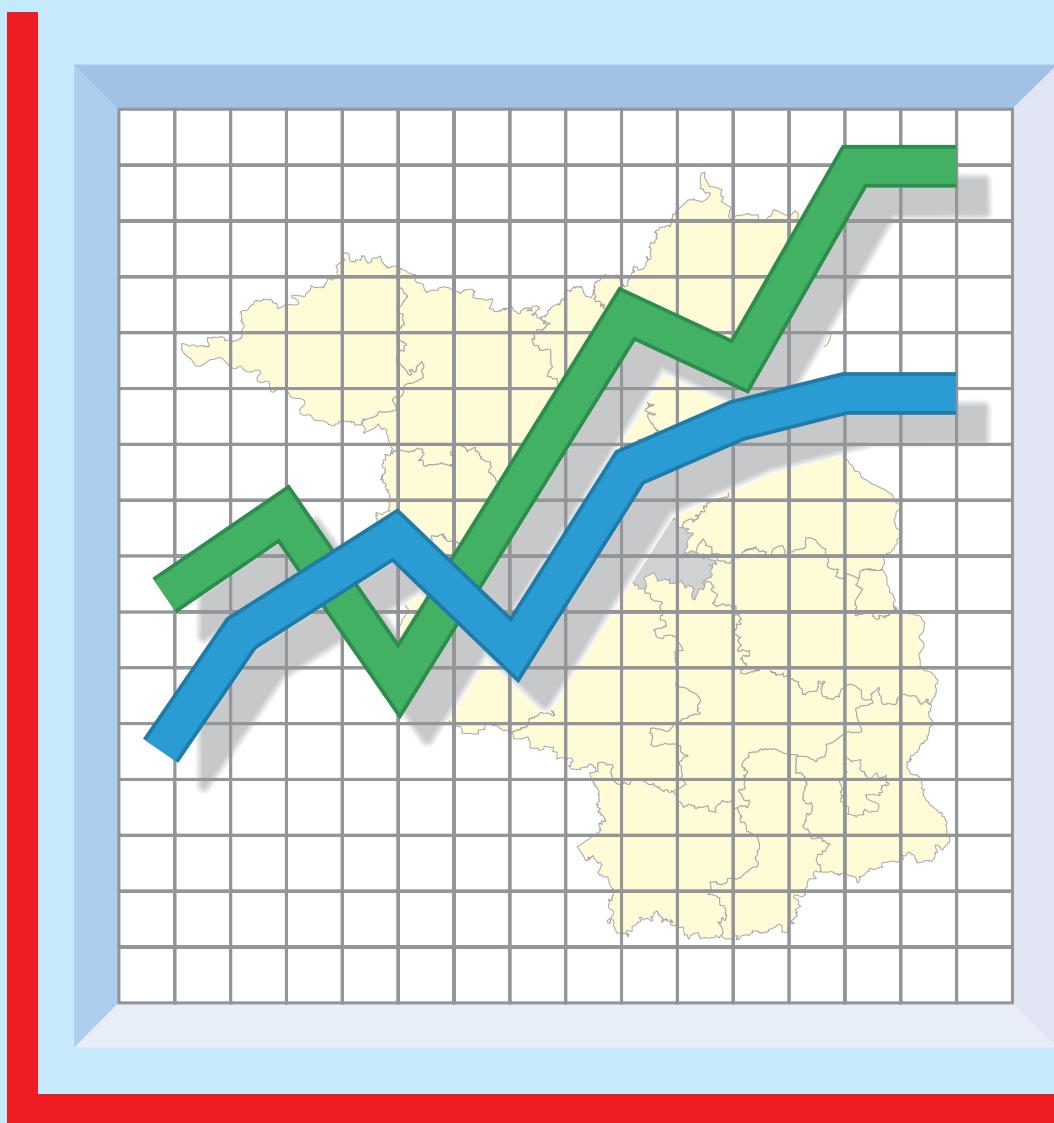


Daten +Analysen

Landesbetrieb für
Datenverarbeitung
und Statistik
Land Brandenburg



Quartalsheft



II
2004



Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden (genau null)
- = Zahlenwert unbekannt oder geheim zuhalten
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- r = berichtigte Zahl
- D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)

Impressum

Schriftleitung:

Dezernat 234
Mikrozensus, Arbeitsmarkt
Dr. Jürgen Hübner
Telefon: 0355 4868 - 201
E-Mail: juergen.huebner@lds.brandenburg.de

Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik
Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
Internet: [www.LDS-BB.de](http://www LDS-BB.de)
E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

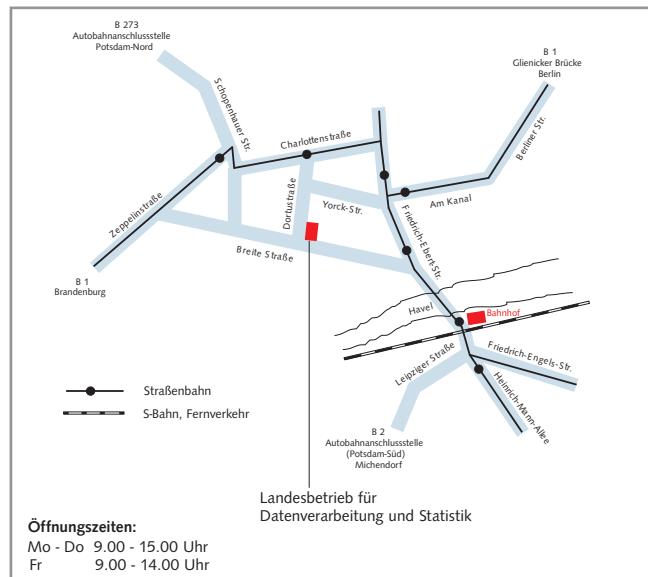
ISSN 1617 - 2809

Erschienen im Juni 2004
Preis: 4,00 EUR

Auskünfte und Vertrieb

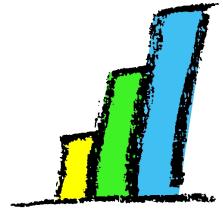
nformationsservice	Telefon: 0331 39 - 444
	Fax: 0331 39 - 418
Vertrieb	Telefon: 0331 39 - 496

So finden Sie uns:



© Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



Daten + Analysen

II 2004

Inhalt

Seite

Kurz + Aktuell.....	5
---------------------	---

Beiträge	12
----------------	----

Die Wirtschaft im Land Brandenburg im Jahr 2003	12
Ausbildung in den nichtakademischen Fachberufen des Gesundheitswesens, die Entwicklung der Anzahl der Auszubildenden in den letzten 10 Jahren	19
Entwicklung der Einschulungen in den letzten 10 Jahren	24
Eheschließungen	27
Erste Auswertungen aus dem Unternehmensregister (URS 95).....	31
Einsammlung von Verpackungen im Land Brandenburg 1996 bis 2002.....	41
Erbschafts- und Schenkungssteuerstatistik 2002	46
Vorausberechnung der Privathaushalte in Brandenburg	51
Arbeitsvolumen – aussagefähiges Merkmal für Produktivitätsvergleiche.....	57

Buchbesprechung	58
-----------------------	----

Neue Veröffentlichungen.....	59
------------------------------	----

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,



besonders interessant ist die Statistik meines Erachtens nach immer dann, wenn sie die so genannten „langen Reihen“ analysiert. In den Neuen Bundesländern sind diese Statistiken noch nicht allzu langfristig, dafür aber ungewöhnlich spannend. Sie dokumentieren die großen Umbrüche, die seit der deutschen Wiedervereinigung bis in sehr persönliche Bereiche hinein stattgefunden haben. In diesem Heft finden Sie gleich drei Beiträge dazu. Einer aus dem Gesundheitswesen und ein anderer „plaudert aus der Schule“. In beiden geht es uns um Entwicklungen bei der Ausbildung junger Menschen. Dazu eventuell passend stellen wir Ihnen eine Analyse der Eheschließungen in Brandenburg vor. Beachten Sie beim Studium dieses Beitrages bitte, dass jede Statistik einen Zustand oder eine Entwicklung beschreibt und deshalb nicht als Vorgabe für persönliche Entscheidungen genutzt werden sollte.

Eine gute Nachricht wollen wir Ihnen letztendlich auch nicht verschweigen. In Brandenburg wird etwas verschenkt. Wer hätte das gedacht? Der Wermutstropfen dabei: Es wird versteuert. Wir sind dabei – mit einem Beitrag über Erben, Verschenken und die Steuern darauf.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Arend Steenken".

Arend Steenken

Präsident des Landesbetriebes für
Datenverarbeitung und Statistik
Brandenburg

Aus Brandenburg

Mehr Gewerbeanmeldungen in 2003

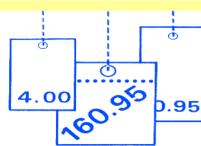


Die Zahl der Gewerbeanmeldungen ist im Jahr 2003 in Brandenburg auf 24 012 Gewerbe gestiegen. Das waren 18 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen war im Vergleich zu den Vorjahren weiter rückläufig und erreichte mit 17 058 einen absoluten Tiefstand.

83 Prozent der Gewerbeanmeldungen waren Einzelunternehmen, 10 Prozent GmbHs und knapp 5 Prozent Gesellschaften bürgerlichen Rechts. Rund ein Drittel der Einzelunternehmen wurden von Frauen angemeldet. Die Merkmale der Gewerbeanzeigen wurden erweitert, so dass erstmalig eine Aussage zum Geschlecht der Einzelgewerbetreibenden möglich ist.

Über die Hälfte der Gewerbeanmeldungen wurde in den Wirtschaftszweigen Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern, Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung von beweglichen Sachen usw. getätig. Da diese Tätigkeiten in erster Linie ohne wesentliche Betriebsanlagen und auch als Einpersonengewerbe ausgeübt werden können, sind die ansteigenden Gewerbemeldezahlen kein Garant für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Wesentlicher Grund dürfte die Gründung von Ich-AGs sein, die allerdings im Gewerbemeldegeschehen nicht explizit erfasst werden.

Verbraucherpreisindex im Monat April 2004



Der Verbraucherpreisindex stieg für das Land Brandenburg von Mitte März 2004 bis Mitte April 2004 um 0,2 Prozent auf einem Indexstand von 106,1 (Basis 2000=100). Die Jahresteuerungsrate gegenüber März 2003 betrug + 1,7 Prozent.

Die Entwicklung des Verbraucherpreisindex im April 2004 war durch gegenläufige Preisveränderungen in einzelnen Indexgruppen gekennzeichnet. Überdurchschnittliche Preiszunahmen wurden bei Heizöl, Kraftstoffen, Medikamenten, der Personenbeförderung im Schienen-, Luft-, sowie im öffentlichen Nahverkehr festgestellt. Die Preise im Nahrungsmittelbereich waren im Monatsvergleich um 0,2 Prozent gestiegen. Dabei standen Preiserhöhungen bei Obst und Gemüse Preisreduzierungen bei Fleisch, Fleischwaren und Molkereiprodukten gegenüber.

Preiswerter als im Vormonat waren Kaffee, alkoholische Getränke, Haushaltsgroßgeräte, Nachrichtenübermittlung und Pauschalreisen.

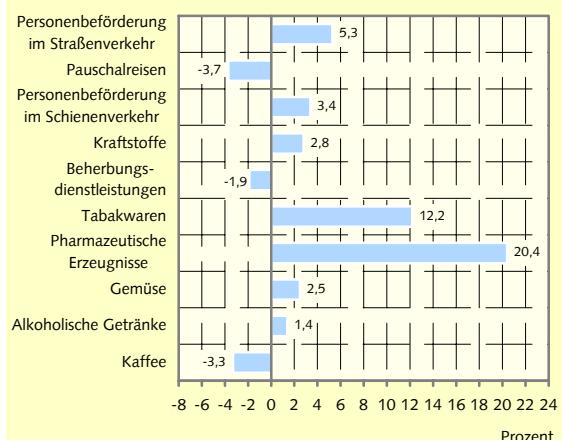
Der Abstand zum Preisniveau des Vorjahresmonats betrug + 1,7 Prozent und ist im Vergleich zu den letzten beiden Monaten weiter angestiegen (März 2004 + 1,2 Prozent, Februar 2004: + 1,1 Prozent). Deutlich teurer als im Vorjahr waren insbesondere alkoholische Getränke, Tabakwaren, Strom, Heizöl, Kraftstoffe, Wohnungsnebenkosten, Gesundheitspflege, Dienstleistungen für soziale Zwecke sowie Bildungs-, Verkehrs-, Versicherungs- und Finanzdienstleistungen.

Günstiger als im Vorjahresmonat wurden Pauschalreisen, Beherbergungsdienstleistungen und Informationsverarbeitungsgeräte angeboten.

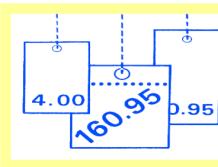
Die Berechnungen für die Monate Januar bis April des Jahres 2004 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahrs ergaben für den Verbraucherpreisindex eine durchschnittliche Veränderung von + 1,3 Prozent.

Verbraucherpreisindex Land Brandenburg im April 2004 nach ausgewählten Preisgruppen

Veränderung zum Vorjahresmonat



Anstieg des Baupreisindex zum Vorjahr 0,4 Prozent

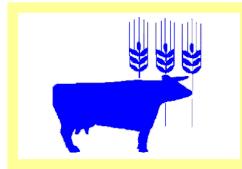


Der Baupreisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk) stieg im Berichtsmonat Februar 2004 gegenüber November 2003 um 0,4 Prozent. Auch gegenüber dem Vorjahresstand (Februar 2003) war mit einer Erhöhung um 0,4 Prozent die gleiche Entwicklung des Baupreisindex zu verzeichnen.

Die Veränderung des Baupreisindex gegenüber dem letzten Erhebungsmonat November 2003 wurde vordergrün-

dig durch den Anstieg der Preise für Ausbauarbeiten um 0,7 Prozent hervorgerufen. Für Rohbauarbeiten wurde eine moderate Veränderung um + 0,1 Prozent ermittelt. Im Vergleich zum Februar des Vorjahres ist eine gegenläufige Preisveränderung für die beiden Teilindizes zu erkennen, wobei der Teilindex Ausbauarbeiten mit einer Erhöhung von 0,8 Prozent die Gesamtentwicklung des Baupreisindex um + 0,4 Prozent entscheidend beeinflusste. Der Teilindex Rohbauarbeiten ist demgegenüber um 0,1 Prozent zurückgegangen.

Weiter großbetriebliche Strukturen in der Landwirtschaft



Im Jahr 2003 wurden im Rahmen der Agrarstrukturerhebung 6 709 landwirtschaftliche Betriebe ermittelt. Das sind 205 mehr im Vergleich zu 2001. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche, die diese Unternehmen bewirtschaften, beträgt fast 1,33 Millionen Hektar (- 14 538 Hektar zum Jahr 2001).

Den 5 786 Betrieben (= 86,2 Prozent aller Landwirtschaftsbetriebe), die der Rechtsform einer natürlichen Person zugeordnet werden konnten, stand im Jahr 2003 ein Anteil von 40,6 Prozent an der landwirtschaftlich genutzten Fläche zur Verfügung. Die 923 Betriebe, die sich in der Hand von juristischen Personen befinden, bewirtschafteten die verbleibenden 59,4 Prozent.

Während die durchschnittliche Flächenausstattung der Landwirtschaftsbetriebe von Brandenburg 1991 noch bei 252 Hektar lag, betrug diese im Jahr 2003 nur noch 198 Hektar. Die Betriebe in der Hand von juristischen Personen bearbeiteten im Durchschnitt 855 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche (2001: 895 Hektar). Bei den 5 145 Einzelunternehmen ist der Flächenanteil, der bei 59 Hektar liegt, wesentlich geringer.

Die großbetrieblichen Strukturen in der Landwirtschaft von Brandenburg haben sich, elf Jahre nach dem Übergang in die Marktwirtschaft, offenbar dauerhaft etabliert. Mehr als 49 Prozent der knapp 1,33 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche wird von nur 5,6 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschaftet, die Betriebsgrößen über 1 000 Hektar haben. Während im Jahr 2001 noch 1 633 Betriebe mit Größen zwischen 100 und 1 000 Hektar gezählt wurden, erhöhte sich deren Anzahl 2003 auf 1 654 Betriebe. Betriebe mit weniger als 100 Hektar bewirtschaften seit Jahren unverändert 7 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Verdienstanstieg im Januar 3,1 Prozent



Der Bruttonomadsverdienst eines vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmers betrug in Brandenburg im Januar 2004 durchschnittlich 2 251 EUR. Das waren 3,1 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Männer erhielten 2 313 EUR, Frauen 2 118 EUR. Der Verdienstzuwachs der Männer fiel mit 2,8 Prozent geringer aus als bei den Frauen mit 3,5 Prozent. Einbezogen sind ausschließlich Arbeiter und Angestellte des produzierenden Gewerbes sowie Angestellte der Dienstleistungsbereiche Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Die Verdienstunterschiede zwischen den Arbeitnehmergruppen und den Wirtschaftszweigen sind erheblich. Vollzeitbeschäftigte Arbeiter im produzierenden Gewerbe verdienten im Januar 2004 im Durchschnitt mit 1 947 EUR 2,8 Prozent mehr als im Januar 2003. Relativ niedrig sind die Löhne nach wie vor im Hoch- und Tiefbau. Hier kamen die Arbeiter bei einem Zuwachs von 4,8 Prozent auf 1 655 EUR. In der Energie- und Wasserversorgung, dem Zweig mit den höchsten Arbeiterlöhnen, stiegen die Bruttonomalslöhne um 3,8 Prozent auf 2 460 EUR.

Vollzeitbeschäftigte Angestellte im produzierenden Gewerbe erhielten im Januar 2004 durchschnittlich 2 987 EUR. Das waren 3,2 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Bei den Angestellten wird im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 3 394 EUR (+ 2,7 Prozent) am besten verdient. Im Hoch- und Tiefbau lag das Durchschnittsgehalt bei 2 446 EUR (+ 1,8 Prozent).

In den Dienstleistungsbereichen legten die Angestellten im Kredit- und Versicherungsgewerbe mit einem Plus von 6,0 Prozent auf 2 652 EUR im Monat überdurchschnittlich zu. Die Gehälter im Handel wuchsen von Januar 2003 bis Januar 2004 um 1,1 Prozent auf 2 060 EUR, darunter im Einzelhandel um 0,5 Prozent auf 1 976 EUR.

Frauenverdienste niedriger als die der Männer



Die Gehälter der vollzeitbeschäftigten weiblichen Angestellten blieben im Januar 2004 trotz höherer Zuwachsraten von 4,1 Prozent (Männer 2,2 Prozent) gegenüber dem Januar des Vorjahrs deutlich hinter den Gehältern ihrer männlichen Kollegen zurück.

Im Durchschnitt lag der Bruttonomontsverdienst der Frauen im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe nach Ergebnissen der laufenden Verdiensterhebung mit 2 252 EUR um rund 21 Prozent niedriger als der Männerverdienst mit 2 873 EUR.

Frauen sind überproportional in Branchen mit niedrigem Verdienstniveau tätig. Dazu gehören das Textil- und Bekleidungsgewerbe (Bruttonomontsverdienst der Frauen 1 818 EUR), der beschäftigungsstarke Einzelhandel (1 873 EUR) und das Ernährungsgewerbe (2 023 EUR).

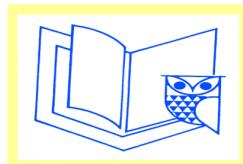
Einen großen Einfluss auf den Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern hat die im Vergleich zu den Männern stärkere Doppelbelastung der Frauen durch Beruf und Haushalt, insbesondere in ihrer Rolle als Mütter. Im Januar 2004 bekleideten nur 14 Prozent der weiblichen Angestellten eine verantwortliche Position, bei den Männern waren es 33 Prozent.

Nach den Ergebnissen der letzten umfassenden Erhebung zu den Verdiensten für das Jahr 2001, waren knapp 2 Prozent der Frauen in leitender Stellung tätig. Bei den Männern waren es rund 9 Prozent.

Bei den Arbeitern im Produzierenden Gewerbe ist der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern mit knapp 16 Prozent nicht so groß wie bei den Angestellten. Vollzeitbeschäftigte Arbeiterinnen verdienten im Januar 2004 im Durchschnitt 1 860 EUR, Männer kamen auf 1 993 EUR. Von den im Produzierenden Gewerbe Brandenburgs vollzeittätigen Arbeitern waren nur knapp 15 Prozent weiblich.

Bei den Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe waren je zur Hälfte Männer und Frauen vollzeittätig.

Neuer Höchststand bei den Studierenden



Im Wintersemester 2003/2004 sind 39 614 Studierende an den 13 Hochschulen des Landes Brandenburg als Haupt- oder Nebenhörer eingeschrieben. Das sind 2 114 oder 5,6 Prozent mehr als im Wintersemester des Vorjahrs.

Die Zahl der Studentinnen stieg um 718 auf 19 678. Die Frauenquote beträgt 49,7 Prozent.

Für ausländische Studierende werden die brandenburgischen Hochschulen zunehmend attraktiver. Das belegen die gestiegenen Ausländerzahlen an den meisten Hochschulen Brandenburgs. Insgesamt 5 225 Studierende besitzen eine ausländische Staatsbürgerschaft. Fast 40 Pro-

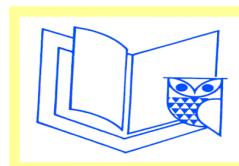
zent dieser Ausländer sind an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) eingeschrieben.

An den drei Universitäten des Landes waren 26 302 Studierende immatrikuliert, 1 216 mehr als im vergangenen Wintersemester. Damit belegen nach wie vor zwei Drittel der Studierenden im Land Brandenburg einen Studiengang an einer Universität.

Die Zahl der Studierenden an den Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) stieg um 649 auf 11 942, das entspricht 30,1 Prozent aller Studierenden in Brandenburg. An den Kunsthochschulen sind 1,8 Prozent und an den Verwaltungsfachhochschulen 1,7 Prozent aller Studierenden eingeschrieben.

Im Studienjahr 2003 (Sommersemester 2003 und Wintersemester 2003/2004) begannen 7 933 Studienanfänger erstmals ein Hochschulstudium. Das sind 262 mehr als vor einem Jahr.

165 neue Habilitationen in den vergangenen zehn Jahren



In den vergangenen zehn Jahren haben sich an den drei brandenburgischen Universitäten 165 Wissenschaftler habilitiert, darunter 37 Frauen.

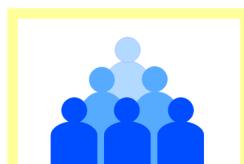
Die Habilitation wird als akademisches Verfahren durchgeführt und dient dem Nachweis einer wissenschaftlichen Lehrbefähigung. Die Anzahl neuer Habilitationen pro Jahr war in den vergangenen zehn Jahren überwiegend steigend und erreichte im Jahr 2003 mit 29 einen vorläufigen Höchststand. Neun der 165 Habilitationen wurden von Ausländern abgeschlossen.

Seit 1994 wurden die meisten Habilitationen (125) an der Universität Potsdam abgeschlossen, weitere 25 an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und 15 an der Brandenburgischen Technischen Universität in Cottbus.

Mit insgesamt 76 Habilitationen wurden die meisten Lehrbefähigungen in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften erfolgreich abgeschlossen. In dieser Fächergruppe gehörten u. a. 28 Habilitationen zum Lehr- und Forschungsbereich Physik/Astronomie, 14 zu Chemie und 13 zu Geowissenschaften. In der Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften wurden 62 Habilitationsverfahren abgeschlossen, darunter 14 in Geschichte. Die anderen Habilitationen entfielen vor allem auf die Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (17) und Ingenieurwissenschaften (6).

Aus Deutschland

Erstes Quartal 2004: 0,4 Prozent weniger Erwerbstätige als ein Jahr zuvor



Im ersten Quartal 2004 hatten nach ersten vorläufigen Berechnungen rund 37,7 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept).

Das waren 139 000 Personen oder 0,4 Prozent weniger als ein Jahr zuvor, nach einem Rückgang um 233 000 Personen oder 0,6 Prozent im vierten Quartal 2003.

Der am Anfang eines Jahres übliche Rückgang der Erwerbstätigen durch jahreszeitlich bedingte Einflüsse fiel im ersten Quartal 2004 gegenüber dem vierten Quartal 2003 mit einer Abnahme um 872 000 Personen geringer aus als im Vorjahr. Vom vierten Quartal 2002 zum ersten Quartal 2003 hatte der Rückgang 966 000 Personen betragen.

Saisonbereinigt, das heißt nach rechnerischer Ausschaltung der jahreszeitlich bedingten Schwankungen, hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorquartal weiter verringert. Im Durchschnitt des ersten Quartals 2004 waren saisonbereinigt in Deutschland 49 000 Personen (- 0,1 Prozent) weniger erwerbstätig als im vierten Quartal 2003.

Nach dem derzeitigen Rechenstand ergeben sich für die letzten neun Quartale folgende Ergebnisse:

Erwerbstätige mit Arbeitsort in Deutschland (Inlandskonzept) 2002 – 2004

(Saisonbereinigte Werte)¹⁾

Jahr / Vierteljahr	Personen	Veränderung gegenüber dem Vorquartal	
		1 000	Prozent
Vierteljahresdurchschnitt			
2002	1. Vierteljahr	38 860	- 15 - 0,0
	2. Vierteljahr	38 770	- 90 - 0,2
	3. Vierteljahr	38 607	- 163 - 0,4
	4. Vierteljahr	38 440	- 167 - 0,4
2003	1. Vierteljahr	38 293	- 147 - 0,4
	2. Vierteljahr	38 257	- 36 - 0,1
	3. Vierteljahr	38 235	- 22 - 0,1
	4. Vierteljahr	38 202	- 33 - 0,1
2004	1. Vierteljahr	38 153	- 49 - 0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt

1) Censusverfahren

Über 3 000 Unternehmensinsolvenzen im Januar 2004



Im Januar 2004 wurden von den deutschen Amtsgerichten nach deren Mitteilung 8 622 Insolvenzfälle gemeldet, davon 3 030 von Unternehmen und 5 592 von anderen Schuldndern. Damit lag die Gesamtzahl der Insolvenzen um 4,6 Prozent höher als im Januar 2003, dagegen gingen die Unternehmensinsolvenzen gegenüber Januar 2003 um 6,6 Prozent zurück. Die Insolvenzen der übrigen Schuldner stiegen um 12,0 Prozent, die der Verbraucher – das ist die größte Gruppe der übrigen Schuldner – um 26,2 Prozent.

Die offenen Forderungen lagen im Januar 2004 mit 3,8 Milliarden EUR um rund 15 Prozent höher als im Januar 2003.

Insolvenzen in Deutschland jeweils im Januar 2003 und 2004

Merkmal	2003	2004
Unternehmen	3 245	3 030
Übrige Schuldner	4 995	5 592
davon:		
Verbraucher	2 567	3 240
natürliche Personen als Gesellschafter	344	359
ehemals selbstständig Tätige	1 868	1 808
Nachlässe	216	185
Insgesamt	8 240	8 622

Quelle: Statistisches Bundesamt

2002: 2,9 Millionen Unternehmen umsatzsteuerpflichtig



Auf der Basis der Umsatzsteuerstatistik haben im Jahr 2002 2,9 Millionen Unternehmen Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgegeben. Daraus erzielte der Staat Einnahmen in Höhe von 108,0 Milliarden EUR (+ 1,0 Prozent gegenüber 2001). Die umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 16 620 EUR meldeten 4 253 Milliarden EUR Umsätze (Lieferungen und Leistungen), das waren 0,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Die Zahl der steuerpflichtigen Unternehmen stieg um 5 600 oder 0,2 Prozent gegenüber 2001 an.

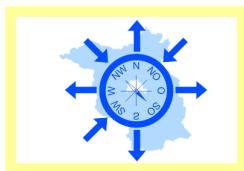
Mit dem Berichtsjahr 2002 werden die Branchenergebnisse der Umsatzsteuerstatistik erstmals nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2003 – in der Fassung der Steuerstatistiken dargestellt. Branchenergebnisse sind dadurch nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar.

Die meisten steuerpflichtigen Unternehmen gehörten zu den Branchen "Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen" (791 000 Unternehmen, + 1,5 Prozent gegenüber 2001) und dem Handel (708 000 Unternehmen, - 1,8 Prozent).

Die höchsten Umsätze meldeten die 285 000 Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe mit zusammen 1 521 Milliarden EUR und die 708 000 Handelsunternehmen mit 1 333 Milliarden EUR.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Export im März 2004: + 16,6 Prozent zum Vorjahr



Im März 2004 wurden von Deutschland Waren im Wert von 65,0 Milliarden EUR ausgeführt und Waren im Wert von 48,5 Milliarden EUR eingeführt. Die deutschen Ausfuhren lagen

damit im März 2004 um 16,6 Prozent und die Einfuhren um 5,3 Prozent höher als im März 2003. Saisonbereinigt (Census-X12-Arima) haben die Ausfuhren gegenüber Februar 2004 um 0,8 Prozent zugenommen und die Einfuhren um 3,1 Prozent abgenommen.

Die Außenhandelsbilanz schloss im März 2004 mit einem Überschuss von 16,5 Milliarden EUR ab. Im März 2003 hatte der Überschuss in der Außenhandelsbilanz 9,7 Milliarden EUR betragen.

Unter Berücksichtigung der Salden für Ergänzungen zum Warenverkehr (- 0,5 Milliarden EUR), Dienstleistungen (- 2,4 Milliarden EUR), Erwerbs- und Vermögenseinkommen (+ 0,0 Milliarden EUR) sowie laufende Übertragungen (- 2,4 Milliarden EUR) schloss – nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank – die Leistungsbilanz im März 2004 mit einem Überschuss von 11,3 Milliarden EUR ab. Im März 2003 hatte die deutsche Leistungsbilanz einen Aktivsaldo von 6,4 Milliarden EUR ausgewiesen.

In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden im März 2004 Waren im Wert von 36,2 Milliarden EUR versandt und Waren im Wert von 27,5 Milliarden EUR von dort bezogen. Gegenüber März 2003 erhöhten sich die

Versendungen in die EU-Länder um 10,2 Prozent und die Eingänge aus diesen Ländern um 6,3 Prozent. In die Länder der Eurozone wurden im März 2004 Waren im Wert von 28,4 Milliarden EUR geliefert (+ 11,6 Prozent) und Waren im Wert von 22,7 Milliarden EUR (+ 6,3 Prozent) aus diesen Ländern bezogen. In die EU-Länder, die nicht der Eurozone angehören, wurden im März 2004 Waren im Wert von 7,8 Milliarden EUR (+ 5,4 Prozent) geliefert und Waren im Wert von 4,8 Milliarden EUR (+ 6,3 Prozent) von dort bezogen.

Quelle: Statistisches Bundesamt

22 Prozent der Mütter mit Kindern unter 18 Jahren arbeiten an Sonn- oder Feiertagen



Im Mai 2003 gaben 1,2 Millionen Mütter mit Kindern unter 18 Jahren an, ständig, regelmäßig oder gelegentlich an Sonn- und/oder Feiertagen einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Damit übte in Deutschland rund jede fünfte (22 Prozent) der 5,3 Millionen erwerbstätigen Mütter mit minderjährigen Kindern eine Erwerbstätigkeit an Sonn- und/oder Feiertagen aus. Das zeigen die Ergebnisse des Mikrozensus 2003, der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa.

Gegenüber 1996 nahm die Zahl der erwerbstätigen Mütter mit minderjährigen Kindern in Westdeutschland um 16 Prozent zu (Mai 2003: 4,3 Millionen), in Ostdeutschland ging sie dagegen um 25 Prozent zurück (Mai 2003: 1,0 Millionen). Dabei stieg der Anteil der sonn- und/oder feiertags Erwerbstätigen an diesen Müttern im Westen Deutschlands um einen Prozentpunkt (Mai 2003: 22 Prozent), im Osten Deutschlands sogar um vier Prozentpunkte (Mai 2003: 23 Prozent).

Die Mütter in Westdeutschland arbeiteten eher gelegentlich an Sonn- und/oder Feiertagen, die Mütter in Ostdeutschland eher regelmäßig: 45 Prozent der sonn- und/oder feiertags erwerbstätigen Mütter im Westen Deutschlands gaben an, ihrer Erwerbstätigkeit an diesen Tagen gelegentlich nachzugehen (Ost: 39 Prozent). Im Osten Deutschlands arbeiteten 49 Prozent der entsprechenden Mütter regelmäßig an Sonn- und/oder Feiertagen (West: 38 Prozent). Ständige Sonn-/Feiertagsarbeit leisteten im Westen 17 Prozent, im Osten 12 Prozent der sonn- und/oder feiertags erwerbstätigen Mütter mit minderjährigen Kindern.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Aus Europa

Arbeitslosenquote der Eurozone unverändert



In der Eurozone betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im März 2004 wie im Vormonat Februar 2004 unverändert 8,8 Prozent. Ein Jahr zuvor, im März 2003, betrug sie ebenfalls 8,8 Prozent. Die Arbeitslosenquote der 25 Mitgliedstaaten lag im März 2004 bei 9,0 Prozent und blieb damit gegenüber Februar 2004 unverändert. Im März 2003 hatte sie 9,0 Prozent betragen.

Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, veröffentlichte zum ersten Mal seit der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 Monatsreihen für die Arbeitslosigkeit in den nunmehr 25 Mitgliedstaaten.

Im März 2004 wurden die niedrigsten Arbeitslosenquoten in Luxemburg (4,1 Prozent), Irland (4,5 Prozent), Österreich (4,5 Prozent), Zypern (4,7 Prozent), den Niederlanden (4,7 Prozent im Februar) und dem Vereinigten Königreich (4,7 Prozent im Januar) verzeichnet. Die höchsten Arbeitslosenquoten hatten Polen (19,0 Prozent), die Slowakei (16,5 Prozent), Litauen (11,5 Prozent) und Spanien (11,1 Prozent) zu vermelden.

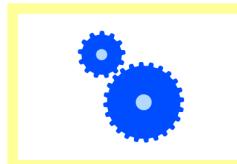
In zwölf Mitgliedstaaten stieg die Arbeitslosenquote im Jahresverlauf, in zehn Mitgliedstaaten sank sie und in drei blieb sie gleich. Die Niederlande (von 3,4 Prozent im Februar 2003 auf 4,7 Prozent im Februar 2004), Schweden (von 5,3 Prozent auf 6,4 Prozent) und Luxemburg (von 3,4 Prozent auf 4,1 Prozent) verzeichneten den stärksten relativen Anstieg. Die größten relativen Abnahmen wurden in Litauen (13,3 Prozent auf 11,5 Prozent), Estland (10,2 Prozent auf 9,3 Prozent) und im Vereinigten Königreich (5,0 Prozent im Januar 2003 auf 4,7 Prozent im Januar 2004) beobachtet.

Vergleicht man März 2004 mit März 2003, so stieg die Arbeitslosenquote der Männer in der Eurozone von 7,7 Prozent auf 7,8 Prozent und die der Frauen von 10,1 Prozent auf 10,2 Prozent. In den 25 Mitgliedstaaten sank die Arbeitslosenquote der Männer von 8,3 Prozent auf 8,2 Prozent. Die der Frauen sank im selben Zeitraum von 10,0 Prozent auf 9,9 Prozent.

Eurostat schätzt, dass im März 2004 in der Eurozone 12,4 Millionen und in den 25 Mitgliedstaaten insgesamt 19,1 Millionen Männer und Frauen arbeitslos waren. Dabei handelt es sich um saisonbereinigte Zahlen, die gemäß den Kriterien der ILO erstellt wurden.

Quelle: Eurostat

Fast die Hälfte der Unternehmen innovativ tätig



In den bis Ende April 2004 fünfzehn Mitgliedstaaten der EU waren zwischen 1998 und 2000 44 Prozent der Unternehmen in irgendeiner Weise innovativ tätig. Die weitaus meisten von ihnen, 93 Prozent, schlossen im betrachteten Zeitraum ein Innovationsvorhaben erfolgreich ab. Unter den 15 Mitgliedstaaten verzeichnet Irland (65 Prozent) den höchsten Anteil von Unternehmen, die in irgendeiner Weise innovativ tätig waren. Es folgen Deutschland (61 Prozent), Belgien (50 Prozent) und Österreich (49 Prozent). Die niedrigsten Anteile verzeichneten Griechenland (28 Prozent), Spanien (33 Prozent), Italien und das Vereinigte Königreich (beide 36 Prozent).

Innovationstätigkeit ist von der Unternehmensgröße abhängig. Je größer ein Unternehmen, desto eher war es im Zeitraum 1998 bis 2000 in irgendeiner Weise innovativ tätig. Von den großen Unternehmen in den 15 Mitgliedstaaten waren das sehr viel mehr (77 Prozent) als von den kleinen (39 Prozent). Mehr als doppelt so groß wie bei den kleinen Unternehmen war der Anteil bei den großen Unternehmen in Frankreich (76 Prozent gegenüber 31 Prozent), Luxemburg (95 Prozent gegenüber 42 Prozent), Spanien (67 Prozent gegenüber 30 Prozent), Italien (71 Prozent gegenüber 33 Prozent), Österreich (89 Prozent gegenüber 42 Prozent) und in den Niederlanden (79 Prozent gegenüber 39 Prozent).

Diese Daten stammen aus einer beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften erschienenen Veröffentlichung. Darin werden die Ergebnisse der dritten gemeinschaftlichen Innovationserhebung für die 15 Mitgliedstaaten sowie für Norwegen und Island präsentiert. Diese Erhebung ist eine einzigartige Quelle vergleichbarer Daten zur Innovation. Die Veröffentlichung „Innovation in Europe - Results for the EU, Iceland and Norway“, 274 S., ISBN 92-894-7262-6, kann für 30 EUR (ohne MwSt.) bei Eurostat erworben werden. Sie steht unter www.eurostat.de im PDF-Format zur Verfügung und kann kostenlos herunter geladen werden.

Quelle: Eurostat

Absatzvolumen im Einzelhandel der Eurozone gestiegen



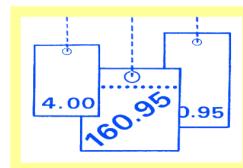
Im März 2004 stieg das Absatzvolumen des Einzelhandels gegenüber März 2003 in der Eurozone um 0,9 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 2,6 Prozent.

Dies geht aus ersten Schätzungen hervor, die im Anschluss an die Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 erstmals von Eurostat für alle 25 Mitgliedstaaten veröffentlicht wurden.

Der Absatz von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren wuchs im März 2004 gegenüber März 2003 in der Eurozone um 0,8 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 1,8 Prozent. Der Nicht-Nahrungsmittelsektor legte um 0,9 Prozent bzw. 3,2 Prozent zu.

Der gesamte Einzelhandelsumsatz stieg von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, im Vereinigte Königreich (+ 7,0 Prozent), Schweden (+ 5,4 Prozent), Spanien (+ 4,5 Prozent), Frankreich (+ 2,9 Prozent) und in Portugal (+ 1,2 Prozent). Der einzige Rückgang wurde in Deutschland verzeichnet (- 1,2 Prozent).

Erzeugerpreise der Industrie in der Eurozone gestiegen



Die Erzeugerpreise der Industrie der Eurozone nahmen im März 2004 gegenüber dem Vormonat um 0,6 Prozent zu. Im März 2004 stiegen die Preise in den 25 Mitgliedstaaten um 0,5 Prozent. Im Februar 2004 legten die Preise in der Eurozone um 0,2 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 0,1 Prozent zu.

Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat stieg der Erzeugerpreisindex im März 2004 in der Eurozone um 0,4 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 0,6 Prozent.

Nach der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 veröffentlichte Eurostat zum ersten Mal Erzeugerpreisreihen für alle 25 Mitgliedstaaten. Danach stellen sich die jährlichen Veränderungen wie folgt dar: Im Vergleich zu März 2003 erhöhten sich die Erzeugerpreise im März 2004 in der gesamten Industrie ohne den Energiesektor in der Eurozone um 1,1 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 1,3 Prozent. Die Energiepreise gingen in der Eurozone um 2,7 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 2,0 Prozent zurück. Die Vorleistungsgüter verteuerten sich in der Eurozone um 1,4 Prozent und in den 25 Mitgliedstaaten um 1,7 Prozent. Die Preise für Verbrauchsgüter stiegen um 1,1 Prozent bzw. 1,2 Prozent. Für Investitionsgüter betrug der Preisanstieg in beiden Wirtschaftsräumen 0,4 Prozent und für Gebrauchsgüter 0,3 Prozent.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, wurden die stärksten Zunahmen in Ungarn (+ 7,2 Prozent), Lettland (+ 6,5 Prozent), Slowenien (+ 3,8 Prozent) und der Slowakei (+ 2,1 Prozent) und der Tschechischen Republik (+ 2,0 Prozent) beobachtet. Die einzigen Rückgänge meldeten Litauen (- 1,8 Prozent), Finnland (- 1,2 Prozent) und Irland (- 1,0 Prozent).

Weniger schwere und tödliche Arbeitsunfälle in der EU



In der EU ist die Zahl der Arbeitsunfälle mit nachfolgender Arbeitsunterbrechung von mehr als 3 Tagen stetig zurückgegangen; ebenso die der tödlichen Arbeitsunfälle. Zwischen 1994 und 2001 gingen in der EU die schweren Unfälle um 15 Prozent und die tödlichen Unfälle um 31 Prozent zurück. 2001 wurden in der EU rund 4,7 Millionen schwere Arbeitsunfälle gezählt. Berücksichtigt man auch die Fälle, die zu keinem Arbeitsausfall oder zu einem Arbeitsausfall von bis zu 3 Tagen führten, liegt die geschätzte Gesamtzahl der Arbeitsunfälle bei 7,6 Millionen oder einem Arbeitsunfall alle 5 Sekunden.

Der Rückgang der Arbeitsunfälle trat jedoch nicht in allen Mitgliedstaaten ein. Zwischen 1998 und 2001 fiel der Index der schweren Arbeitsunfälle in der EU um 6 Prozent und der der tödlichen Unfälle um 21 Prozent. Die größten Abnahmen wurden in Dänemark (- 18 Prozent), Belgien und Österreich (jeweils - 17 Prozent) bei den schweren Unfällen und in Dänemark (- 45 Prozent), Italien (- 38 Prozent) und in Deutschland (- 35 Prozent) bei den tödlichen Unfällen beobachtet. Die Anzahl der tödlichen Unfälle ist allerdings in vielen Ländern recht gering. Daher können eher geringfügige Veränderungen bei den absoluten Zahlen zu relativ großen jährlichen Veränderungen bei den prozentualen Angaben führen.

Trotz dieses allgemeinen Abwärtstrends in den meisten Mitgliedstaaten stieg die Inzidenzrate schwerer Arbeitsunfälle in Schweden (+ 13 Prozent zwischen 1998 und 2001), im Vereinigten Königreich (+ 10 Prozent), in Spanien (+ 6 Prozent) und in Irland (+ 5 Prozent). In Belgien (+ 24 Prozent), Schweden (+ 5 Prozent) und Portugal (+ 4 Prozent zwischen 1998 und 2000) stieg der Index der tödlichen Unfälle ebenfalls.

Bei den Beitrittsländern verzeichnete Polen den stärksten Rückgang bei der Inzidenzrate schwerer Unfälle (- 22 Prozent zwischen 1998 und 2001), gefolgt von der Slowakei (- 16 Prozent) und Litauen (- 15 Prozent). Zunahmen wurden lediglich in Estland (+ 32 Prozent), Lettland (+ 16 Prozent) und Zypern (+ 12 Prozent) verzeichnet. Die tödlichen Unfälle gingen am stärksten in Ungarn und in der Slowakei (jeweils - 29 Prozent) sowie in Estland (- 22 Prozent) zurück, während sie sich in Lettland (+ 40 Prozent), Litauen und Slowenien (jeweils + 5 Prozent) erhöhten.

Quelle: Eurostat

Die Wirtschaft im Land Brandenburg im Jahr 2003

Die wirtschaftliche Lage im Land Brandenburg, wie auch in ganz Deutschland, war im Jahr 2003 weiterhin von einer deutlichen Konjunkturabschwächung geprägt. So ging das Bruttoinlandsprodukt, als maßgeblicher Indikator für die gesamtwirtschaftliche Leistung, in Brandenburg gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt um 0,9 Prozent zurück; bundesweit war eine reale Wirtschaftsentwicklung von minus 0,1 Prozent zu verzeichnen. Die Zahl der am Produktionsprozess beteiligten Erwerbstätigen lag in Brandenburg um 1,8 Prozent, deutschlandweit um 1,1 Prozent unter dem Vorjahresstand. Dieser Abbau der Erwerbstätigkeit führte zu einer Produktivitätssteigerung (reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) in Brandenburg um 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit lag die Produktivitätsentwicklung um 0,1 Prozentpunkte unter dem gesamtdeutschen Anstieg. Das Arbeitnehmerentgelt, als Summe aus Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmer und Sozialbeiträge der Arbeitgeber, ging im Land insgesamt um 0,7 Prozent zurück, bundesweit stieg es um 0,2 Prozent. Die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer fielen dagegen um 1,0 bzw. 1,3 Prozent höher als im Vorjahr aus. Bei einem Anstieg der Verbraucherpreise von 1,0 Prozent in Brandenburg bzw. 1,1 Prozent in Deutschland erhöhten sich die Reallöhne nur unwesentlich.

Vorbemerkungen

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verfolgen die Aufgabe, ein möglichst vollständiges Gesamtbild des wirtschaftlichen Ablaufs und der damit verbundenen wirtschaftlichen Tätigkeiten und Vorgänge in einer Volkswirtschaft zu geben, wobei versucht wird, die Zusammenhänge im Wirtschaftskreislauf darzustellen.

Unter Volkswirtschaft wird die wirtschaftliche Betätigung aller Wirtschaftsbereiche verstanden, die ihren ständigen Sitz im Inland haben. Bei den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eines Landes rechnet zum „Inland“ nur das Gebiet des jeweiligen Landes (hier das Land Brandenburg), das gegenüber dem Ausland und den übrigen Ländern der Bundesrepublik Deutschland abgegrenzt werden muss.

Die vorliegenden Ergebnisse entsprechen dem Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes vom Februar 2004.

Konjunkturelle Lage in Deutschland

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zeigte sich im Jahr 2003 sehr verhalten. Den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt, welches den Wert der im Inland erwirtschafteten Leistungen ausdrückt, im Vergleich zum Vorjahr nominal um nur noch 0,9 Prozent, real war ein Rückgang von 0,1 Prozent zu verzeichnen.

Damit hat sich das Konjunkturklima im Jahresverlauf 2003 nicht verbessert. War im ersten Quartal ein realer Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von 0,4 Prozent zu verzeichnen, folgten im zweiten und dritten Quartal Rückgänge von 0,7 bzw. 0,2 Prozent. Das Schlussquartal zeigte eine verhaltene Wirtschaftsentwicklung von 0,2 Prozent.

Die Angaben für Deutschland zur Bruttowertschöpfung in den einzelnen Hauptbereichen der Wirtschaft belegen, dass die realen Veränderungsraten im Jahr 2003 gegenüber 2002 nur sehr gering waren bzw. stagnierten. Im Baugewerbe setzt sich der Schrumpfungsprozess weiter fort.

Veränderung der Bruttowertschöpfung in Deutschland 2003 gegenüber dem Vorjahr nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Prozent
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 0,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	+ 0,4
Verarbeitendes Gewerbe	+ 0,2
Baugewerbe	- 4,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 0,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	+ 0,6
Öffentliche und Private Dienstleister	+ 0,1
Wirtschaftsbereiche insgesamt	+ 0,2

Die wirtschaftliche Lage in Brandenburg

Bruttoinlandsprodukt

Die wirtschaftliche Entwicklung war auch im Land Brandenburg nicht zufriedenstellend. Die wirtschaftliche Gesamtleistung hat seit 1997 an Schwung verloren. Das Bruttoinlandsprodukt entwickelte sich preisbereinigt ab diesem Zeitpunkt abgeschwächt und ist seit dem Jahr 2001 sogar rückläufig (2001: - 0,6 Prozent; 2002: - 0,0 Prozent). Auch 2003 setzt sich diese Tendenz fort. Gegenüber dem Vorjahr war ein Rückgang von 0,9 Prozent zu verzeichnen.

Für Deutschland insgesamt ist ein ähnlicher Trend wie im Land Brandenburg zu beobachten. Hier verlangsamte sich die reale Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr und war ab dem Jahr 2003 ebenfalls rückläufig (2000: + 2,9 Prozent, 2001: + 0,8 Prozent, 2002: + 0,2 Prozent, 2003: - 0,1 Prozent).

Die Entwicklung der alten Bundesländer (mit Berlin) entspricht dem gesamtdeutschen Trend, dagegen weisen die neuen Bundesländer (ohne Berlin) erhebliche Unterschiede auf (2000: + 1,4 Prozent, 2001: - 0,2 Prozent, 2002: + 0,1 Prozent, 2003: + 0,2 Prozent). Ab 2001 blieb Brandenburg gegenüber dem Durchschnitt der neuen Bundesländer (ohne Berlin) zurück.

**Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung im Land Brandenburg nach Wirtschaftsbereichen
(in Preisen von 1995)**

Wirtschaftsbereich	1991	1999	2000	2001	2002	2003
Millionen EUR						
Bruttoinlandsprodukt	26 088	41 211	42 500	42 238	42 222	41 856
Bruttowertschöpfung	24 372	39 247	40 715	40 649	40 741	40 510
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	948	1 134	1 027	1 172	1 148	1 024
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	4 396	6 765	7 398	6 865	7 047	7 153
Verarbeitendes Gewerbe	1 676	4 769	5 453	5 171	5 302	5 429
Baugewerbe	2 884	4 597	4 230	3 551	3 300	3 112
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	3 482	7 182	7 924	8 708	8 807	8 777
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	4 286	8 807	9 175	9 611	9 813	9 861
Öffentliche und Private Dienstleister	8 376	10 762	10 961	10 742	10 626	10 583
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent						
Bruttoinlandsprodukt	x	+ 4,2	+ 3,1	- 0,6	- 0,0	- 0,9
Bruttowertschöpfung	x	+ 4,5	+ 3,7	- 0,2	+ 0,2	- 0,6
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	x	+ 7,2	- 9,5	+ 14,1	- 2,0	- 10,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	x	+ 5,9	+ 9,4	- 7,2	+ 2,6	+ 1,5
Verarbeitendes Gewerbe	x	+ 3,2	+ 14,4	- 5,2	+ 2,5	+ 2,4
Baugewerbe	x	- 9,6	- 8,0	- 16,1	- 7,1	- 5,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	x	+ 14,3	+ 10,3	+ 9,9	+ 1,1	- 0,3
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	x	+ 7,1	+ 4,2	+ 4,8	+ 2,1	+ 0,5
Öffentliche und Private Dienstleister	x	+ 2,2	+ 1,8	- 2,0	- 1,1	- 0,4
Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Prozent						
Bruttowertschöpfung	100	100	100	100	100	100
Land-, Forstwirtschaft, Fischerei	3,9	2,9	2,5	2,9	2,8	2,5
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	18,0	17,2	18,2	16,9	17,3	17,7
Verarbeitendes Gewerbe	6,9	12,2	13,4	12,7	13,0	13,4
Baugewerbe	11,8	11,7	10,4	8,7	8,1	7,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	14,3	18,3	19,5	21,4	21,6	21,7
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	17,6	22,4	22,5	23,6	24,1	24,3
Öffentliche und Private Dienstleister	34,4	27,4	26,9	26,4	26,1	26,1

Wie in einer sich strukturell verändernden Wirtschaft nicht anders zu erwarten, haben sich die einzelnen Wirtschaftsbereiche im Land Brandenburg unterschiedlich entwickelt. Dabei ist eine Verlagerung vom Produktionssektor zum Dienstleistungsbereich zu erkennen.

Besonders beeinflusst wurde das brandenburgische Ergebnis durch die rückläufige Entwicklung im Baugewerbe (2001: - 16,1 Prozent, 2002: - 7,1 Prozent, 2003: - 5,7 Prozent). Aber auch vom Verarbeitenden Gewerbe gingen keine nennenswerten Wachstumsimpulse aus. Nach einem außerordentlich kräftigen Anstieg der realen Bruttowertschöpfung um 14,4 Prozent im Jahr 2000 ging diese 2001 um 5,2 Prozent zurück. Für 2002 blieb der brandenburgischen Industrie ein Plus von 2,5 Prozent und für 2003 von 2,4 Prozent.

Dem abgeschwächten Stellenwert des brandenburgischen Produktionssektors steht ein Anstieg in den Dienstleistungsbereichen gegenüber. Insbesondere der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ konnte alljährlich Zuwachsraten für sich verbuchen.

Erwerbstätige

Die wirtschaftliche Entwicklung blieb nicht ohne Folgen für den Arbeitsmarkt. In Brandenburg verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen 2003 um rund 18 000 Personen bzw. 1,8 Prozent. Bundesweit betrug der Rückgang 425 000 Personen bzw. 1,1 Prozent.

Auf die rezessive Entwicklung reagierte die Wirtschaft mit Personalabbau, der jedoch in den einzelnen Bereichen unterschiedlich hoch ausfiel. Rund die Hälfte des Personalabbaus geht auf das Konto der Bauindustrie (rund 8 800 Beschäftigte). Um etwa ein Drittel verringerte der Bereich Öffentliche und Private Dienstleister seinen Personenabstand (rund 5 500 Beschäftigte).

Trotz des negativen Gesamtbildes gab es Wirtschaftszweige, die ihre Beschäftigtenzahl erhöhten. Insbesondere das Gastgewerbe (rund 600 Beschäftigte) und der Bereich Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister (rund 3 400 Beschäftigte) weisen steigende Mitarbeiterzahlen aus. In diesen Bereichen ist nicht zu erkennen, dass der Anteil der geringfügig Beschäftigten an den Arbeitnehmern sehr hoch ist und eine steigende Tendenz ausweist.

Die gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt stärker sinkende Erwerbstätigkeit führte zur Produktivitätssteigerung (reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) um 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit lag die Produktivitätsentwicklung um 0,1 Prozentpunkte unter dem gesamtdeutschen Anstieg. Die Produktivität in den einzelnen Wirtschaftsbereichen stellte sich sehr differenziert dar.

Produktivität des Landes Brandenburg 2002 und 2003 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Produktivität		Veränderung zum Vorjahr
	2002	2003	
	EUR je Erwerbstätige		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	27 421	24 450	- 10,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	49 291	51 416	+ 4,3
Verarbeitendes Gewerbe	41 721	44 293	+ 6,2
Baugewerbe	26 712	27 116	+ 1,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	34 401	34 731	+ 1,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	81 838	80 022	- 2,2
Öffentliche und Private Dienstleister	31 098	31 481	+ 1,2
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	39 709	40 193	+ 1,2
Bruttoinlandsprodukt	41 152	41 529	+ 0,9

Gleichzeitig mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen in den Wirtschaftsbereichen beginnt der Prozess der Entstehung des unmittelbar aus dem Produktionsablauf resultierenden Einkommens, d. h. der Arbeitnehmer entgelte.

Arbeitnehmerentgelte

Die Arbeitnehmerentgelte umfassen sämtliche Geld- und Sachleistungen, die von einem Arbeitgeber an einen Arbeitnehmer erbracht werden, und zwar als Entgelt für die von diesem im Darstellungszeitraum geleistete Arbeit. Sie untergliedern sich in Bruttolöhne und -gehälter in Form von Geld- und Sachleistungen sowie in Sozialbeiträge der Arbeitgeber.

Dem Volumen nach stellen die Arbeitnehmerentgelte eine wichtige volkswirtschaftliche Größe dar. Sie fügen sich in das Schema der Einkommensentstehungskonten wie folgt ein:

Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (bereinigt)

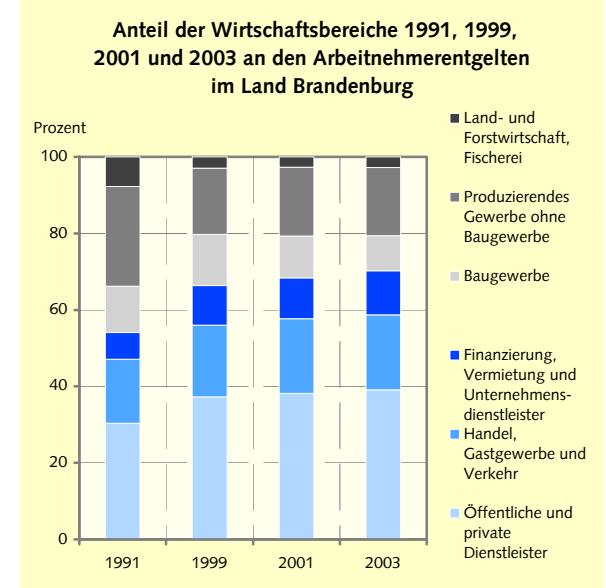
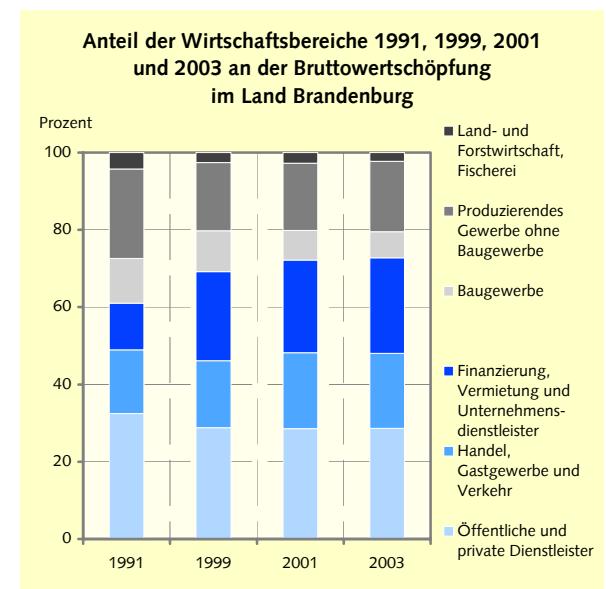
- Abschreibungen
- = Nettowertschöpfung zu Herstellungspreisen
darunter: Arbeitnehmerentgelte
davon: Bruttolöhne und -gehälter
Sozialbeiträge der Arbeitgeber

Um sowohl die Arbeitnehmerentgelte als auch die Bruttolöhne und -gehälter miteinander vergleichen zu können, bietet sich die Berechnung von Pro-Kopf-Werten an. Eine geeignete Bezugsgröße hierfür ist die Anzahl der Arbeitnehmer, die das entsprechende Entgelt erwirtschaftet haben. Die jeweiligen Bezugszahlen (hier: Arbeitnehmer) werden durch den Arbeitskreis „Erwerbstätigenerrechnung des Bundes und der Länder“ berechnet und zur Verfügung gestellt.

Als Arbeitnehmer zählt, wer als Arbeiter, Angestellter, Beamter, Richter, Berufssoldat, Soldat auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistender, Auszubildender, Praktikant oder Volontär in einem Arbeits- oder Dienstverhältnis steht und hauptsächlich diese Tätigkeit ausübt. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiter.

Arbeitnehmerentgelte, Arbeitnehmer und Einkommensquote 1991, 1999 bis 2003					
Jahr	Arbeitnehmerentgelte	Veränderung zum Vorjahr	Arbeitnehmer	Veränderung zum Vorjahr	Einkommensquote
	Mrd. EUR	Prozent	1 000 Personen		Prozent
Land Brandenburg					
1991	15,2	.	1 127,3	.	79,7
1999	24,7	+ 1,7	967,6	- 0,1	58,5
2000	25,1	+ 1,3	957,9	- 1,0	57,6
2001	24,9	- 0,6	938,4	- 2,0	56,5
2002	24,7	- 0,8	919,5	- 2,0	55,3
2003	24,5	- 0,7	900,6	- 2,0	54,5
Deutschland					
1991	844,0	.	34 874,0	.	56,2
1999	1 058,7	+ 2,6	34 132,0	+ 1,5	53,5
2000	1 100,0	+ 3,9	34 747,0	+ 1,8	54,2
2001	1 121,9	+ 2,0	34 834,0	+ 0,3	54,1
2002	1 131,0	+ 0,8	34 581,0	- 0,7	53,6
2003	1 133,2	+ 0,2	34 103,0	- 1,4	53,2
Neue Bundesländer ohne Berlin					
1991	84,7	.	6 435,2	.	81,0
1999	135,7	+ 2,5	5 467,9	+ 0,4	60,4
2000	136,8	+ 0,8	5 395,4	- 1,3	60,3
2001	136,5	- 0,2	5 299,1	- 1,8	59,3
2002	136,1	- 0,3	5 202,3	- 1,8	58,1
2003	135,8	- 0,2	5 098,7	- 2,0	57,1

Der Gesamtbetrag der Arbeitnehmerentgelte betrug im Jahr 2003 für das Land Brandenburg 24,5 Mrd. EUR, das waren rund 55 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 1991 machte in Brandenburg das Arbeitnehmerentgelt noch rund 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus (Einkommensquote).



Innerhalb des Zeitraums von 1991 bis 2003 nahm das Volumen der Arbeitnehmerentgelte bis 2000 ständig zu, wenn auch mit sinkenden Zuwachsgraten. Ab dem Jahr 2001 trat erstmals ein Rückgang ein, der hauptsächlich durch die Abnahme der Arbeitnehmerzahlen begründet ist. Bei der Betrachtung der Wirtschaftsbereiche wird deutlich, dass die einzelnen Bereiche in ihrer Wichtigkeit sehr unterschiedlich sind.

Der Anteil der Dienstleistungsbereiche (Handel, Gastgewerbe und Verkehr; Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen; Öffentliche und Private Dienstleister) an den Wirtschaftsbereichen nimmt ständig zu, dagegen nimmt er beim Produzierenden Gewerbe (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitenden Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung; Baugewerbe) ab, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Dieser Prozess verlangsamt sich und es ist zu erwarten, dass sich der Anteil der Bereiche auf ein bestimmtes Niveau einpegeln wird.

Um das Arbeitnehmerentgelt regional und bereichsweise vergleichen zu können, wird das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer herangezogen.

Das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Pro-Kopf-Einkommen) stieg in Brandenburg im Jahr 2003 auf 27 239 EUR, das waren 1,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Seit 1991 hat sich diese Kennziffer mehr als verdoppelt und ist damit im gleichen Ausmaß wie in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) gestiegen.

Im Jahre 2003 erhielten die Arbeitnehmer in Brandenburg 5 990 EUR weniger als im gesamtdeutschen Durchschnitt, aber 607 EUR mehr als in den neuen Bundesländern (ohne Berlin).

In der Untergliederung nach Wirtschaftsbereichen ist das Niveau beim Pro-Kopf-Einkommen sehr unterschiedlich, wie aus der Tabelle ersichtlich ist.

Unter Berücksichtigung des Ausgangsniveaus des Jahres 1995 vollzog sich die Einkommensentwicklung zwischen

den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr differenziert. So war die Zunahme des Arbeitnehmerentgelts je Arbeitnehmer 2003 im Verarbeitenden Gewerbe und im Bereich Öffentliche und Private Dienstleister bezogen auf die Basiswerte am höchsten. Betrachtet man jedoch das Einkommensniveau im Vergleich zum Landesdurchschnitt bzw. zu Deutschland, dann wird deutlich, dass in den Bereichen, wo die höchsten Zuwachsrate erzielt wurden, nicht unbedingt auch das höchste Niveau zu verzeichnen ist.

Am weitesten vorangeschritten ist die Angleichung der Einkommen bei den Öffentlichen und Privaten Dienstleistern und in der Land- und Forstwirtschaft. Den größten Abstand zum bundesdeutschen Einkommensdurchschnitt weist das Verarbeitende Gewerbe aus.

Lohnstückkosten

Unter Lohnstückkosten sind die Lohnkosten je Produktionsseinheit zu verstehen. Sie werden als Relation zwischen dem Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Lohnkosten je Arbeitnehmer) zum realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstägigen (Produktivität je Erwerbstägigen), jeweils nach dem Inlandskonzept berechnet. Für einen Ausweis der Lohnstückkosten in einzelnen Wirtschaftsbereichen werden analog die Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer des betreffenden Wirtschaftsbereiches sowie die unbereinigte Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen je Erwerbstägigen dieses Wirtschaftsbereichs herangezogen.

Aus der Entwicklung der Lohnstückkosten lässt sich schließen, wie sich die Arbeitskosten je Produktionseinheit verändert haben.

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer 1999 und 2003 nach Wirtschaftsbereichen

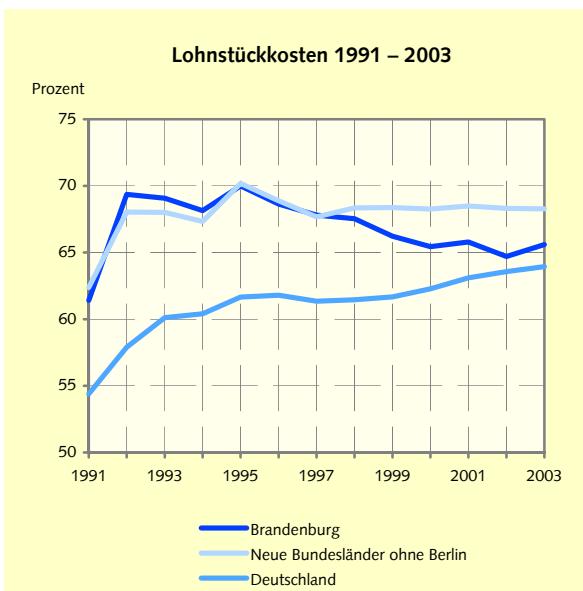
Wirtschaftsbereiche	1999				2003			
	Absolut	1995 = 100	Ins-gesamt = 100	Deutschland = 100	Absolut	1995 = 100	Ins-gesamt = 100	Deutschland = 100
	EUR	Prozent			EUR	Prozent		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	17 760	106	69	90	18 422	110	68	88
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	30 252	108	118	78	33 224	119	122	77
Verarbeitendes Gewerbe	28 650	111	112	75	31 454	122	115	74
Baugewerbe	22 788	99	89	83	23 492	102	86	81
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	21 038	103	82	83	21 957	107	81	82
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	26 425	107	103	81	27 424	111	101	78
Öffentliche und Private Dienstleister	28 668	111	112	96	30 551	118	112	97
Arbeitnehmerentgelt insgesamt	25 578	107	100	82	27 239	113	100	82

Im Land Brandenburg lagen die Lohnstückkosten 1991 bei 61,4 Prozent. Im Jahr 1995 stiegen sie auf 70,0 Prozent und gingen bis 2003 auf 65,6 Prozent zurück.

Die sehr hohen Lohnstückkosten in einzelnen Wirtschaftsbereichen verdeutlichen unter anderem auch den Umstrukturierungsprozess in der Wirtschaft. Speziell in den Jahren 1991 bis 1995 wurden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie Kurzarbeit, Vorrustungsregelungen, Abwicklungen von Betrieben und Einrichtungen usw. wirksam.

Lohnstückkosten im Land Brandenburg 1991, 1995 und 2003 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	1991	1995	2003
	Prozent		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	129,5	101,0	75,3
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	91,9	88,9	64,6
Verarbeitendes Gewerbe	161,1	102,6	71,0
Baugewerbe	67,3	70,5	86,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	82,0	91,2	63,2
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	27,3	32,6	34,3
Öffentliche und Private Dienstleister	57,0	85,6	97,0
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	65,7	74,6	67,8
Bruttoinlandsprodukt	61,4	70,0	65,6



Die Lohnstückkosten insgesamt des Landes Brandenburg lagen 1991 um rund 7 Prozent über dem Wert von Deutschland. Im Jahr 2003 waren es nur noch rund 2 Prozent.

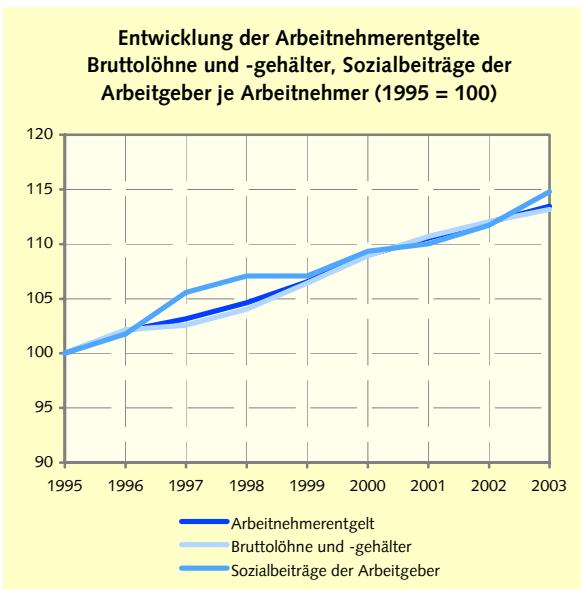
Bruttolöhne und -gehälter, Sozialbeiträge der Arbeitgeber

Eine weitere wichtige Größe stellen die Bruttolöhne und -gehälter dar. Ihre Entwicklung ist für den Einzelnen oftmals aussagefähiger als die der Arbeitnehmerentgelte, da die Sozialbeiträge der Arbeitgeber nicht enthalten sind.

Die Bruttolöhne und -gehälter machen rund 80 Prozent der Arbeitnehmerentgelte aus.

Der durchschnittliche Verdienst je beschäftigten Arbeitnehmer lag in Brandenburg im Jahr 2003 bei 21 850 EUR. Das sind 4 824 EUR weniger als im bundesdeutschen Durchschnitt und 435 EUR mehr als der Durchschnittsverdienst in den Neuen Bundesländern (ohne Berlin).

Die Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte wird stark beeinflusst durch die Entwicklung der Sozialbeiträge der Arbeitgeber.



Ein Anstieg der Sozialbeiträge der Arbeitgeber je Arbeitnehmer ist in fast allen Wirtschaftsbereichen festzustellen, wenn auch in unterschiedlicher Höhe. Die höchsten Steigerungsraten (1995 = 100) sind in den Wirtschaftsbereichen Energie- und Wasserversorgung, Verarbeitendes Gewerbe und Kredit- und Versicherungsgewerbe zu verzeichnen.

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern stellt sich Brandenburg bei ausgewählten Kennziffern wie folgt dar:

Ausgewählte Kennziffern nach Bundesländern 2003

Land Gebiet	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen (Produktivität)			Durchschnittliches Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Lohnkosten)			Lohnstückkosten	Erwerbstätige	
	EUR	1995 = 100	Deutschland = 100	EUR	1995 = 100	Deutschland = 100	Prozent	1 000 Personen	1995 = 100
Baden-Württemberg	54 723	108	105	35 903	113	108	65,6	5 321,5	106
Bayern	56 006	112	108	34 760	114	105	62,1	6 210,6	104
Berlin	47 127	98	91	32 933	110	99	69,9	1 505,0	93
Brandenburg	41 529	121	80	27 239	113	82	65,6	1 007,9	94
Bremen	55 716	110	107	34 967	110	105	62,8	388,3	100
Hamburg	68 643	110	132	37 168	112	112	54,1	1 032,1	102
Hessen	62 140	111	120	36 177	112	109	58,2	2 977,4	104
Mecklenburg-Vorpommern	38 815	116	75	26 147	113	79	67,4	709,0	91
Niedersachsen	48 948	104	94	32 326	110	97	66,0	3 477,7	104
Nordrhein-Westfalen	53 009	101	102	34 139	108	103	64,4	8 230,2	106
Rheinland-Pfalz	49 981	103	96	32 780	110	99	65,6	1 738,7	104
Saarland	48 799	102	94	32 583	110	98	66,8	500,9	105
Sachsen	37 533	112	72	26 695	115	80	71,1	1 909,9	96
Sachsen-Anhalt	40 719	124	78	26 500	114	80	65,1	1 002,5	88
Schleswig-Holstein	51 109	107	98	31 372	111	94	61,4	1 213,3	101
Thüringen	37 703	118	73	26 395	116	79	70,0	1 021,1	96
Deutschland	51 971	108	100	33 229	112	100	63,9	38 246,8	102
dar. Alte Bundesländer ohne Berlin	54 563	106	105	34 458	111	104	63,2	31 090,6	105
Neue Bundesländer	39 003	117	75	26 632	114	80	68,3	5 650,4	93

Fazit

Das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 ging 2003 gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Prozent zurück.

Wie in einer sich strukturell verändernden Wirtschaft nicht anders zu erwarten, haben sich die einzelnen Wirtschaftsbereiche im Land Brandenburg unterschiedlich entwickelt. Dabei ist eine Verlagerung vom Produktionssektor zum Dienstleistungsbereich zu erkennen.

Die wirtschaftliche Entwicklung blieb nicht ohne Folgen für den Arbeitsmarkt. In Brandenburg verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen 2003 um rund 18 000 Personen bzw. 1,8 Prozent.

Die gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt stärker sinkende Erwerbstätigkeit führte zur Produktivitätssteigerung (reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) um 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Pro-Kopf-Einkommen) stieg in Brandenburg im Jahr 2003 auf 27 239 EUR, das waren 1,3 Prozent mehr als im Vorjahr.

Das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer hat sich seit 1991 nahezu verdoppelt.

Die Lohnstückkosten insgesamt des Landes Brandenburg lagen 1991 um rund 7 Prozent über dem Wert von Deutschland. Im Jahre 2003 waren es nur noch rund 2 Prozent.

Barbara Neumann



Ausbildung in den nichtakademischen Fachberufen des Gesundheitswesens, die Entwicklung der Anzahl der Auszubildenden in den letzten 10 Jahren

Im Jahr 2003 besuchten 3 588 Auszubildende die 28 staatlich anerkannten Ausbildungsstätten des Gesundheitswesens. Im vorangegangenen Ausbildungsjahr konnte erstmals seit 1997 ein Anstieg der Auszubildenden in den Fachberufen des Gesundheitswesens verzeichnet werden, der sich im Jahr 2003 fortsetzte.

Nach wie vor war der Frauenanteil in den nichtakademischen Fachberufen hoch, er betrug im Jahr 2003 insgesamt 76,7 Prozent. Dies spiegelte sich in nahezu allen Fachberufen wider. Die einzige Ausnahme bestand im Fachberuf Rettungsassistent/-in mit einem Frauenanteil von 23,6 Prozent, das waren 33 Frauen gegenüber 107 Männern.

Mehr als die Hälfte der Auszubildenden (57,0 Prozent) erlernte den Fachberuf Krankenschwester/-pfleger (1 581 Frauen und 463 Männer). Die zweitgrößte Gruppe, gemessen an der Gesamtzahl der Auszubildenden, bildeten die Physiotherapeuten bzw. Physiotherapeutinnen mit 654 Auszubildenden (18,2 Prozent).

Vorbemerkungen

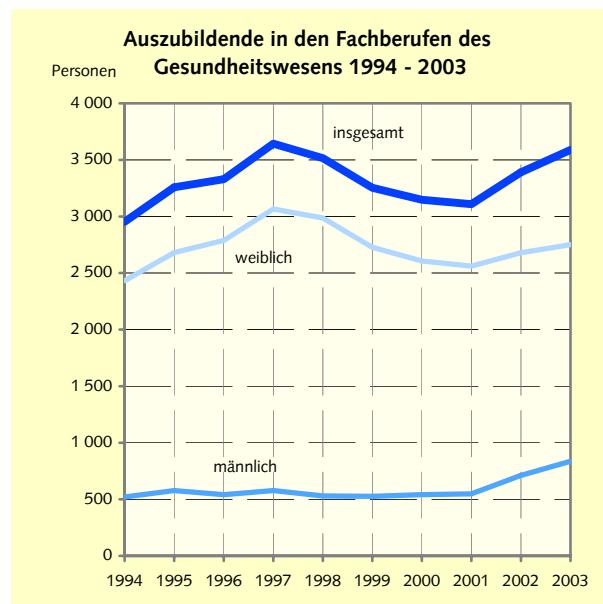
Die folgenden Ausführungen basieren auf den Ergebnissen der jährlich zum Stichtag 30.11. durchgeführten statistischen Erhebung an Ausbildungsstätten für Fachberufe des Gesundheitswesens im Land Brandenburg. Die Daten wurden im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen ermittelt.

Die Ausbildungsstätten bilden in den bundesrechtlich geregelten nichtakademischen Gesundheitsberufen aus, wie z. B. Krankenschwester/-pfleger, Medizinisch-technische(r) Laborassistent/-in und Ergotherapeut/-in.

In der Anzahl der Auszubildenden im Sinne der statistischen Erhebung sind auch die Personen mit eingeschlossen, bei denen die Ausbildung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB III – Arbeitsförderung) vom Arbeitsamt finanziert wurde (Umschüler).

Entwicklung in den letzten 10 Jahren

Im Zeitraum von 1994 bis 2003 wurden im Jahr 1997 mit 3 644 Auszubildenden, darunter 3 066 Frauen, die höchsten Werte erreicht. Danach ging die Anzahl der Auszubildenden bis zum Jahr 2001 auf 3 109 und bei den Frauen auf 2 561 zurück. Diese rückläufige Tendenz wurde 2002 durchbrochen; gegenüber 2001 wurde ein Anstieg um 282 Auszubildende ermittelt. Im darauf folgenden Jahr setzte sich diese Entwicklung fort. Im Jahr 2003 wurden gegenüber dem zurückliegenden Jahr 197 Auszubildende mehr registriert.



Anzahl der Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr gestiegen

Ähnlich der Entwicklung der Gesamtzahl der Auszubildenden zeigt sich das Bild der Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr. Ab dem Jahr 1998 war auch hier eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen, die erst wieder im Jahr 2002 überwunden werden konnte.

Bei der Betrachtung der Umschülerzahlen ist festzustellen, dass bis zum Jahr 1997 ein Anstieg zu verzeichnen war. Danach war eine schwankende rückläufige Tendenz zu erkennen. Ab dem Jahr 2002 wurden wieder mehr Umschüler registriert.

Ausbildende in den Fachberufen des Gesundheitswesens 1994 – 2003 nach Ausbildungsjahren

Ausbildungsjahr	Ausbildende									
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
1. Jahr zusammen	1 195	1 511	1 371	1 436	1 233	1 188	1 187	1 178	1 423	1 422
dar. Umschüler	216	332	299	255	229	199	241	202	353	369
2. Jahr zusammen	891	867	1 081	1 110	1 170	952	966	925	990	1 139
dar. Umschüler	156	191	294	265	190	166	156	195	189	325
3. Jahr zusammen	867	880	877	1 098	1 113	1 114	994	1 006	978	1 027
dar. Umschüler	166	125	160	247	184	184	167	157	193	173
Insgesamt	2 953	3 258	3 329	3 644	3 516	3 254	3 147	3 109	3 391	3 588
dar. Umschüler	538	648	753	767	603	549	564	554	735	867

Krankenschwester/-pfleger – der am häufigsten ausgebildete Fachberuf

Von allen nichtakademischen Gesundheitsberufen wurde in den vergangenen Jahren der Fachberuf Krankenschwester/-pfleger am häufigsten ausgebildet. Der Anteil an den Auszubildenden lag im Jahr 1994 bei 67,9 Prozent. Tendenziell ging dieser Anteil zwar ständig zurück, lag aber im Jahr 2003 immer noch bei 57,0 Prozent. Dagegen stieg der Anteil der Auszubildenden im Fachberuf Physiotherapeut/-in an der Gesamtzahl aller Auszubildenden von 9,9 Prozent im Jahr 1994 auf 18,2 Prozent im Jahr 2003. Dieser Fachberuf bildete die zweitgrößte Gruppe in der Ausbildung der nichtakademischen Gesundheitsberufe.

Eine Ausbildung im Fachberuf Ergotherapeut/-in (Beschäftigungs- und Arbeitstherapeut/in) erfolgte im Land Brandenburg erstmals 1995. Damals lag der Anteil der Auszubildenden an der Gesamtzahl nur bei 0,9 Prozent (28 Auszubildende). Seither stieg der Anteil fast ständig und lag im Jahr 2003 bei 5,0 Prozent (180 Auszubildende).

Wie sich die Anzahl der Auszubildenden in den unterschiedlichen Fachberufen des Gesundheitswesens in den zurückliegenden 10 Jahren entwickelt hat, zeigt die Übersicht auf der Seite 21.

Fachberufe des Gesundheitswesens sind nicht nur reine Frauensache

In den Fachberufen des Gesundheitswesens lassen sich überwiegend Frauen ausbilden. In den letzten zwei Jahren konnte aber eine steigende Anzahl von männlichen Auszubildenden verzeichnet werden. Von 1994 bis 2001 lag der Frauenanteil immer über 80 Prozent, 1998 sogar bei

fast 85 Prozent. Im Jahr 2003 sank er dagegen auf 76,7 Prozent.

Ein fast reiner „Frauenberuf“ ist z. B. der Fachberuf Kinderkrankenschwester/-pfleger. Im Jahr 2003 wurde hier von insgesamt 66 Auszubildenden nur ein Mann registriert.

Im Fachberuf Pharmazeutisch-technische(r) Assistent/-in betrug 1996 der Anteil der männlichen Auszubildenden sechs Prozent. Seit 1999 wird dieser Fachberuf nur noch von Frauen belegt.

Ganz anders stellt sich die Entwicklung im Fachberuf Krankenschwester/-pfleger dar. Im Jahr 2002 wurden gegenüber dem Vorjahr 64 Krankenschwestern und 73 Krankenpfleger mehr ausgebildet. Ein noch größerer Anstieg konnte im Jahr 2003 bei der Anzahl der männlichen Auszubildenden mit + 81 gegenüber + 3 weiblichen Auszubildenden verbucht werden. Dadurch stieg im Fachberuf Krankenschwester/-pfleger der Anteil der männlichen Auszubildenden. Er betrug im Jahr 2003 fast 23 Prozent, 1994 waren es nur 13 Prozent.

Noch etwas drastischer sieht es im Fachberuf Physiotherapeut/-in aus. Hier erhöhte sich der Männeranteil von sieben Prozent aus dem Jahr 1994 auf 27 Prozent im Jahr 2003. In diesen Jahren konnte ein ständiger Anstieg der Zahl der Physiotherapeuten festgestellt werden, so z. B. um 41 Auszubildende vom Jahr 2002 zum Jahr 2003. Die Zahl der Physiotherapeutinnen schwankte dagegen in den letzten 10 Jahren. Im Jahr 1998 und auch im Jahr 2000 war sie sogar rückläufig.

Einen wesentlichen höheren prozentualen Anteil des männlichen Geschlechts findet man im Fachberuf Rettungsassistent/-in. Hier trat die entgegengesetzte Entwick-

lung ein. Der Anteil an männlichen Auszubildenden sank von 92,3 Prozent im Jahr 1994 auf 76,4 Prozent im Jahr 2003.

Auszubildende 1994 – 2003 nach Fachberufen des Gesundheitswesens

Fachberuf		Auszubildende									
		1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Ergotherapeut/-in ¹⁾	z	–	28	78	153	151	145	130	160	179	180
	m	–	4	8	12	13	16	25	31	35	30
	w	–	24	70	141	138	129	105	129	144	150
Kinderkrankenschwester/-pfleger	z	62	64	44	60	57	70	50	75	45	66
	m	2	3	2	1	–	–	–	2	1	1
	w	60	61	42	59	57	70	50	73	44	65
Krankenpflegehelfer/-in	z	18	82	46	63	63	40	33	40	51	62
	m	1	10	6	9	9	3	4	13	16	13
	w	17	72	40	54	54	37	29	27	35	49
Krankenschwester/-pfleger	z	2 005	2 120	2 149	2 234	2 175	1 989	1 922	1 823	1 960	2 044
	m	262	285	308	330	320	316	311	309	382	463
	w	1 743	1 835	1 841	1 904	1 855	1 673	1 611	1 514	1 578	1 581
Logopäd(e)/-in	z	41	23	41	40	60	36	57	54	52	61
	m	1		4	4	6	2	3	1	1	5
	w	40	23	37	36	54	34	54	53	51	56
Masseur/-in und medizinische(r) Bademeister/-in ²⁾	z	31	58	81	116	76	18	12	29	43	47
	m	9	12	9	11	9	2	5	10	8	10
	w	22	46	72	105	67	16	7	19	35	37
Medizinisch-technische(r) Laborassistent/-in	z	133	137	139	164	153	152	137	147	152	166
	m	1	3	8	10	9	7	7	8	10	14
	w	132	134	131	154	144	145	130	139	142	152
Medizinisch-technische(r) Radiologieassistent/-in	z	72	87	89	92	94	95	92	96	92	97
	m	5	6	3	3	6	7	8	7	12	15
	w	67	81	86	89	88	88	84	89	80	82
Pharmazeutisch-technische(r) Assistent/-in	z	64	66	67	70	69	64	67	67	74	71
	m	3	4	4	2	1	–	–	–	–	–
	w	61	62	63	68	68	64	67	67	74	71
Physiotherapeut/-in	z	293	357	452	504	509	530	528	553	599	654
	m	21	29	49	77	84	95	100	122	138	179
	w	272	328	403	427	425	435	428	431	461	475
Rettungsassistent/-in	i	234	236	143	148	109	115	119	65	144	140
	m	216	221	140	119	73	79	78	45	108	107
	w	18	15	3	29	36	36	41	20	36	33
Insgesamt	z	2 953	3 258	3 329	3 644	3 516	3 254	3 147	3 109	3 391	3 588
	m	521	577	541	578	530	527	541	548	711	837
	w	2 432	2 681	2 788	3 066	2 986	2 727	2 606	2 561	2 680	2 751

1) bis 1998 lautete die Berufsbezeichnung Beschäftigungs- und Arbeitstherapeut/-in

2) 1994 und 1995 einschließlich Fachberuf Masseur/-in; ab 1995 Berufsbezeichnung Masseur/-in medizinischer Bademeister/-in

Allgemeine Schulbildung der Auszubildenden

An den Ausbildungsstätten des Gesundheitswesens wird auch die allgemeine Schulbildung der Auszubildenden erfasst. Ab dem Jahr 2000 erfolgt sie nur für die Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr, nicht mehr für alle Auszubildenden.

In den zurückliegenden 4 Jahren konnten mehr als 40 Prozent der Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr die Fachoberschulreife einschließlich der Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe nachweisen. Über die allgemeine Hochschulreife verfügten zwischen 20 und 30 Prozent der Auszubildenden. Es gab aber auch in den vergangenen vier Jahren Auszubildende im 1. Ausbildungsjahr, die den Abschluss der Polytechnischen Oberschule als höchsten erreichten allgemein bildenden Abschluss vorzuweisen hatten. Deren Anteil schwankte zwischen 17 und 22 Prozent und dürfte vorrangig von den Umschülern

herrühren. Die geringste Anzahl der Auszubildenden verfügte über die Fachhochschulreife (drei bis sechs Prozent) bzw. die Berufsbildungsreife einschließlich der erweiterten Berufsbildungsreife (fünf bis sieben Prozent).

Betrachtet man das Alter der Auszubildenden, stellt man fest, dass nur ein geringer Anteil der Auszubildenden der vergangenen 10 Jahre unter 17 Jahre alt war (ca. ein Prozent). Auch 17jährige Auszubildende waren nicht so häufig anzutreffen (unter 10 Prozent). Ursache hierfür ist, dass die Voraussetzung für die Ausbildung der am stärksten frequentierten Fachberufe die Vollendung des 17. Lebensjahres ist. Den größten Anteil hatten die 19-Jährigen mit 13 bis 18 Prozent. Es gab aber auch Auszubildende, die 30 Jahre und älter waren. Der prozentuale Anteil dieser zusammengefassten Altersgruppe betrug ca. 14 bis 20 Prozent und bestand nicht nur aus Umschülern.

Absolventen der Fachberufe des Gesundheitswesens 1994 – 2003

Jahr ³⁾	Absolventen/Abgänger ⁴⁾		davon			Anteil der Absolventen mit Abschlusszeugnis an den Absolventen/Abgängern insgesamt	
			Absolventen mit Abschlusszeugnis		Abgänger ohne Abschlusszeugnis		
	insgesamt	weiblich	zusammen	weiblich	zusammen	weiblich	Prozent
1994	899	656	744	523	155	133	82,8
1995	1 194	872	980	682	214	190	82,1
1996	1 232	973	1 030	795	202	178	83,6
1997	1 104	842	910	687	194	155	82,4
1998	1 351	1 095	1 086	890	265	205	80,4
1999	1 486	1 218	1 193	985	293	233	80,3
2000	1 227	1 027	1 110	937	117	90	90,5
2001	1 086	886	964	791	122	95	88,8
2002	1 110	854	1 018	792	92	62	91,7
2003	1 088	852	973	765	115	87	89,4

3) im Zeitraum vom 01.12. des Vorjahres bis zum 30.11. des Berichtsjahres

4) bis 1999 zählten zu den Absolventen auch Abgänger, die vor dem Ende die Ausbildung abgebrochen haben

Absolventen/Abgänger mit und ohne Abschlusszeugnis

Auf der Grundlage der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen werden am Ende jeder Ausbildung Prüfungen durchgeführt. Hier entscheidet sich, ob der Auszubildende ein Abschlusszeugnis erhält oder nicht. Im Jahr 2003 schlossen von den 1 088 Auszubildenden, die an einer Prüfung teilnahmen, 973 ihre Ausbildung mit einem Abschlusszeugnis ab. Wie bereits in den vergangenen drei Jahren lag damit der prozentuale Anteil von den Absolventen/Abgängern, die kein Abschlusszeugnis erhielten, bei ca. 10 Prozent. Berücksichtigt man aber die einzelnen Fachberufe, dann fällt der Anteil der Absolventen, die ihre Ausbildung mit Erfolg beendet hatten, recht unterschiedlich aus. In den zurückliegenden vier Jahren hatten im Fachberuf Pharmazeutisch-technische(r) Assistent/-in alle Absolventen ein Abschlusszeugnis erhalten. Dagegen wie-

sen die Fachberufe Masseur/-in und medizinische(r) Bademeister/-in, Rettungssanitäter/-in sowie Krankenpflegehelfer/-in und Physiotherapeut/-in den höchsten Anteil von Abgängern ohne Abschlusszeugnis auf.

Die vorstehende Übersicht beinhaltet Angaben zu den Absolventen/Abgängern der zurückliegenden 10 Jahre. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass zu den Absolventen/Abgängern ab dem Berichtsjahr 2000 nur noch Auszubildende zählen, die den Bildungsgang an der Ausbildungsstätte durchlaufen und beendet haben. Dabei ist es unerheblich, ob die Ausbildung erfolgreich oder nicht erfolgreich abgeschlossen wurde. Bis zum Berichtsjahr 1999 wurden als Abgänger auch Abbrecher vor Ende der Ausbildung erfasst.

Gudrun Schröter



Neue Ausgabe der CD-ROM "Gemeindeverzeichnis" erschienen



Als Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist das aktualisierte "Gemeindeverzeichnis mit Anschriften, Schlüsselnummern und Eckdaten, Stand 31.12.2002" erschienen.

Die CD-ROM enthält die Namen und Gemeindeschlüsselnummern für alle selbstständigen Gemeinden Deutschlands, die Zugehörigkeit der Gemeinden zu den übergeordneten Einheiten wie Landkreise, Regierungsbezirke und Bundesländer, zudem Angaben über Fläche und Einwohnerzahl sowie die Anschriften der Gemeinden und der übergeordneten Verwaltungseinheiten.

Die aktuelle Jahresausgabe der CD-ROM wurde um die Angabe der geografischen Mittelpunktkoordinaten der Gemeinden erweitert.

Die Daten werden dem Nutzer in einer netzwerkfähigen Microsoft Access Datenbank unter MS Office 97/XP zur Verfügung gestellt und können menügesteuert abgerufen und in verschiedene Formate exportiert werden.

Die CD-ROM ist zum Preis von 98,- EUR (Einzelplatzlizenz) erhältlich beim:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lde.bb.de

Entwicklung der Einschulungen in den letzten 10 Jahren

In diesem Beitrag wird die Entwicklung der Einschulungen ab dem Schuljahr 1994/1995 bis zum Schuljahr 2003/2004 ausgewertet. Hierbei wird das Augenmerk auf die Gesamtzahl der Schulanfänger sowie auf die Art der Einschulung gerichtet. Ebenfalls wird die Zahl der Einschulungen nach Schulformen dargestellt.

Vorbemerkungen

Die Struktur des Schulwesens im Land Brandenburg wurde durch das Erste Schulreformgesetz und wird ab dem Schuljahr 1996/1997 durch das Brandenburgische Schulgesetz bestimmt. Das Brandenburgische Schulgesetz wird an die Anforderungen, welche die Gesellschaft an das Schulwesen stellt, angepasst.

Für den zu betrachtenden Zeitraum vom Schuljahr 1994/1995 bis zum Schuljahr 2003/2004 haben sich die Grundlagen für die Schulpflicht nicht verändert. Kinder, die bis zum 30. Juni des jeweiligen Kalenderjahres das sechste Lebensjahr vollendet haben, sind schulpflichtig. Die Schulleitung entscheidet unter Berücksichtigung der Ergebnisse der schulärztlichen Untersuchung über die Aufnahme eines schulpflichtigen Kindes in die Jahrgangsstufe 1 der Grundschule bzw. über die Zurückstellung für ein Jahr oder ein weiteres Jahr.

Die Aufnahme eines schulpflichtigen Kindes erfolgt in den Schulformen Grundschule, Gesamtschule mit Grundschule, Freie Waldorfschule und an Förderschulen. An Förderschulen werden Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf auf Antrag oder nach Anhörung der Eltern aufgenommen, wenn sie nicht im gemeinsamen Unterricht einer allgemeinen Schule gefördert werden können oder es die Eltern wünschen. Ebenfalls ist die Aufnahme in eine Förderklasse einer allgemeinen Schule möglich.

Es werden drei Arten der Einschulungen unterschieden:

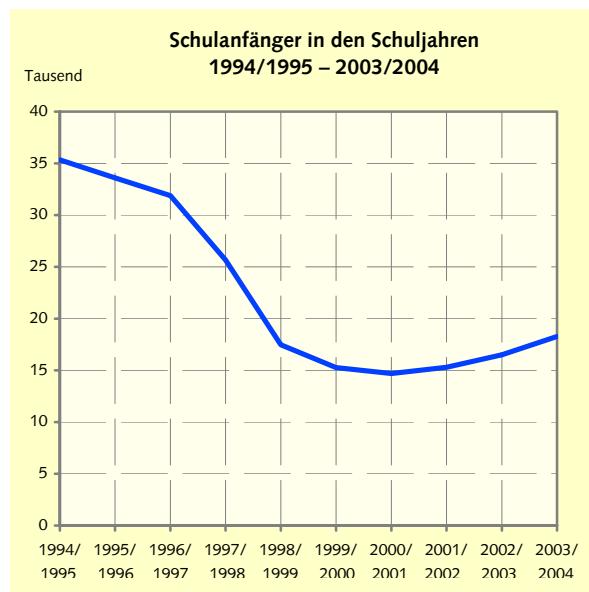
- Fristgemäße Einschulungen – Kinder, die nicht zurückgestellt waren.
- Verspätete Einschulungen – Kinder die bereits früher schulpflichtig geworden sind und zurückgestellt waren.
- Vorzeitige Einschulungen – Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember des jeweiligen Kalenderjahres das sechste Lebensjahr vollenden, können auf Antrag der Eltern vorzeitig eingeschult werden.

Die Erhebung der Daten zur Schulstatistik erfolgt im Land Brandenburg jährlich zum Schuljahresanfang durch den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg. Alle Schulen des Landes liefern die

geforderten Daten an den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik. Bis zum Schuljahr 2001/2002 wurden die Daten in aggregierter Form erhoben. Ab dem Schuljahr 2002/2003 werden die Daten als Individualdaten erfasst.

Schulanfänger insgesamt

Die Zahl der Schulanfänger insgesamt war im betrachteten Zeitraum im Schuljahr 1994/1995 mit 35 341 am höchsten. In den nächsten zwei Schuljahren ging die Zahl der Einschulungen jährlich um ca. 1 700 zurück. In den Schuljahren 1997/1998 und 1998/1999 waren sehr große Rückgänge von 6 212 bzw. 8 199 Schulanfängern zu verzeichnen. Ursache hierfür sind die geburtenschwachen Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Weitere zwei Schuljahre, mit einem weit weniger starken Rückgang von 2 204 bzw. 583 Einschulungen, führten zum Tiefstand der Zahl der Schulanfänger von 14 686 im Schuljahr 2000/2001. Dies waren nur noch 41,6 Prozent der Schulanfänger des Schuljahrs 1994/1995. Ab dem Schuljahr 2001/2002 stieg die Zahl der Einschulungen wieder langsam an. Die Zahl der Kinder, welche im Schuljahr 2003/2004 eingeschult wurden, lag bei 18 276. Dies entsprach ungefähr die Hälfte der Schulanfänger des Schuljahrs 1994/1995.



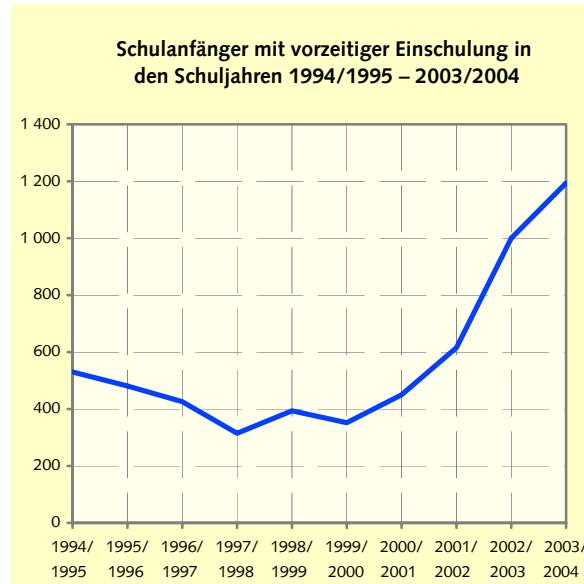
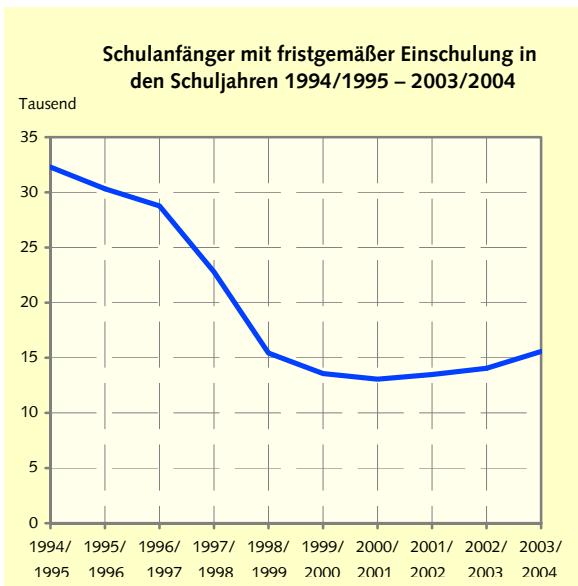
Schulanfänger in den Schuljahren 1994/1995 – 2003/2004 nach der Art der Einschulung

Art der Einschulung	1994/1995	1995/1996	1996/1997	1997/1998	1998/1999	1999/2000	2000/2001	2001/2002	2002/2003	2003/2004
fristgemäße	32 274	30 321	28 760	22 781	15 429	13 563	13 052	13 483	14 045	15 575
vorzeitige	530	481	426	315	394	352	450	616	1 000	1 194
verspätete	2 537	2 791	2 698	2 576	1 650	1 354	1 184	1 197	1 458	1 507
Insgesamt	35 341	33 593	31 884	25 672	17 473	15 269	14 686	15 296	16 503	18 276

Fristgemäße Einschulungen

Bei der Betrachtung der Zahl der Schulanfänger nach der Art der Einschulung zeigt sich, dass der Verlauf hauptsächlich von den fristgemäß Eingeschulten bestimmt wird.

1 194 Kinder im Schuljahr 2003/2004 vorzeitig eingeschult. Dies waren mehr als doppelt so viel wie im Schuljahr 1994/1995.

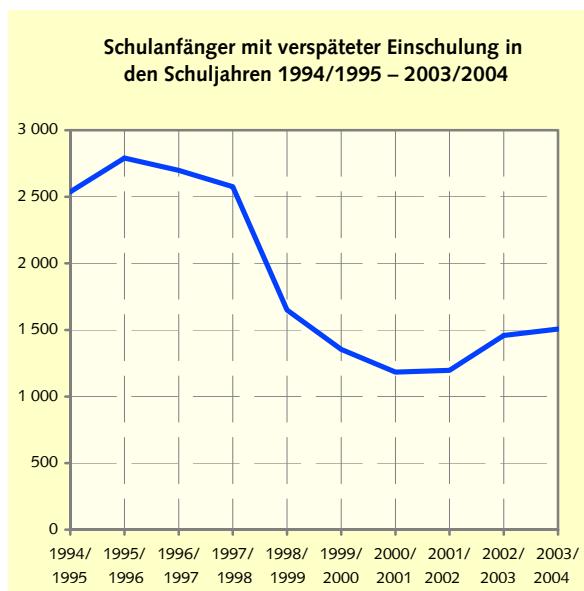


Vorzeitige Einschulungen

Bei der Betrachtung der vorzeitigen Einschulungen zeigt sich eine andere Entwicklung. Im Schuljahr 1994/1995 wurden 530 Kinder vorzeitig eingeschult. Bis zum Schuljahr 1997/1998 sank diese Zahl im beobachteten Zeitraum auf den tiefsten Stand von 315 Schulanfängern. Im darauf folgenden Schuljahr stieg die Zahl der vorzeitigen Einschulungen um 79 auf 394. Im Schuljahr 1999/2000 war nochmals ein Rückgang zu verzeichnen, ab dem Schuljahr 2000/2001 dagegen ein starker Anstieg. Somit wurden

Verspätete Einschulungen

Der Verlauf der Entwicklung der verspäteten Einschulungen zeichnet sich dadurch aus, dass die Zu- und Abnahme in der Regel ein Schuljahr später stattfindet als im Verlauf der Gesamteinschulungszahl. Das Maximum der Kinder, welches verspätet eingeschult wurde, lag bei 2 791 Schulanfängern im Schuljahr 1995/1996. Die geringste Anzahl mit 1 184 verspäteten Einschulungen war im Schuljahr 2000/2001 zu verzeichnen. Im aktuellem Schuljahr 2003/2004 wurde ein Stand von 1 507 Kindern erreicht. Dies sind ca. 60 Prozent der verspätet eingeschulten Kinder des Schuljahres 1994/1995.



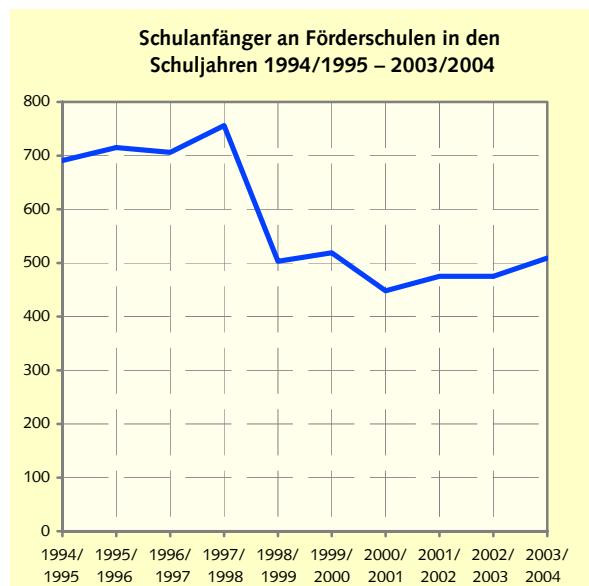
Einschulungen nach Geschlecht und Schulform

Bei der Auswertung der Verteilung der Mädchen und Jungen in den Kategorien der Einschulungsarten zeigt sich über diesen Zeitraum folgendes Bild. In diesen 10 Jahren lag der Anteil der Mädchen bei den fristgemäßen Einschulungen bei 49 Prozent, bei den vorzeitigen Einschulungen bei 62 Prozent und bei den verspäteten Einschulungen bei 38 Prozent.

Die Verteilung der Schulanfänger auf die Schulformen Grundschule und Gesamtschule mit Grundschule (einschließlich Freien Waldorfschule) ist eng mit der Schullandschaft des Landes Brandenburg verknüpft. Somit ist es

auch ganz normal, dass an den Grundschulen die meisten Einschulungen vorgenommen werden. Im untersuchten Zeitraum wurden im Mittel 86 Prozent der Schulanfänger an Grundschulen, 11,3 Prozent an Gesamtschulen und 2,7 Prozent an Förderschulen eingeschult.

Im Schuljahr 1994/1995 wurden 691 Mädchen und Jungen an Förderschulen eingeschult. Am größten war diese Zahl mit 756 im Schuljahr 1997/1998. Die geringste Zahl mit 448 Schulanfängern wurde im Schuljahr 2000/2001 beobachtet und stieg bis zum Schuljahr 2003/2004 langsam auf 509 Kinder an.



Schulanfänger in den Schuljahren 1994/1995 – 2003/2004 nach Schulformen

Schulform	1994/1995	1995/1996	1996/1997	1997/1998	1998/1999	1999/2000	2000/2001	2001/2002	2002/2003	2003/2004
	Prozent									
Grundschule	85,6	85,4	85,9	85,5	85,7	84,5	86,1	86,6	87,1	87,8
Gesamtschule	12,4	12,5	11,9	11,6	11,4	12,1	10,9	10,3	10,1	9,4
Förderschule	2,0	2,1	2,2	2,9	2,9	3,4	3,1	3,1	2,9	2,8

Reinhard Schüler



Eheschließungen

Hochzeiten sind etwas ganz Besonderes im Leben jedes Einzelnen und für den Bevölkerungsstatistiker ein sehr interessantes Betätigungsgebiet. Die großen gesellschaftlichen Veränderungen haben auch auf diesem Gebiet ihre Spuren hinterlassen. In der folgenden kleinen Untersuchung werden die Eheschließungen und die Eheschließenden – bisweilen etwas scherhaft und unterhaltend – analysiert.

Vorbemerkungen

Die Eheschließungen werden auf Grund der oftmals unterschiedlichen Wohnsitze der künftigen Eheleute nach dem Ort der Eheschließungen, also dem Sitz des Standesamtes erfasst.

In der Zahl der Eheschließungen sind demnach nur die vor einem Standesamt im Land Brandenburg geschlossenen Ehen enthalten, unabhängig davon, in welchem Bundesland die Heiratenden ihren Hauptwohnsitz haben. Brandenburger, die in anderen Bundesländern heiraten, sind in dieser Zahl demzufolge nicht enthalten.

Die Statistik der Eheschließungen ist Bestandteil der laufenden Bevölkerungsstatistiken und wird in diesem Rahmen, wie die Ehescheidungen, zur Bevölkerungsforschreibung nach dem Familienstand benötigt.

Anzahl der jährlichen Eheschließungen
1985 – 2002

Jahr	Anzahl
1985	21 707
1987	23 435
1989	21 151
1990	16 814
1991	8 328
1992	7 901
1993	7 901
1994	8 502
1995	8 775
1996	8 756
1997	8 709
1998	9 266
1999	10 219
2000	9 804
2001	9 744
2002	9 650

Zeitreihe

Mit der Wende veränderte sich auch das Heiratsverhalten im Land Brandenburg. Bei den Eheschließungen war seit 1991 ein drastischer Rückgang zu verzeichnen. Gaben sich in den Jahren vor 1990 im Durchschnitt jährlich etwa 22 000 Paare das Ja-Wort, so waren es seit 1991 weit weniger als die Hälfte. In den Jahren 1992 und 1993 hatte die Zahl der Hochzeiten den bisherigen Tiefpunkt erreicht.

Danach gingen wieder mehr Paare den Weg zum Standesamt.

Sommermonate beliebt

Die meisten Ehen werden von Mai bis August geschlossen. Bis zum Jahr 1997 war der beliebteste Heiratsmonat der Mai; 1998 und seit 2001 war es der August. Im Jahr 1999 gab es überdurchschnittlich viel Trauungen im September auf Grund des 09.09.1999.

Eheschließungen nach ausgewählten Monaten
1998 – 2003

Monat	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Mai	1 323	1 302	1 222	1 190	1 422	1 399
Juni	1 010	1 033	1 382	1 289	1 160	1 351
Juli	1 195	1 232	1 327	1 101	1 209	1 124
August	1 558	1 286	1 291	1 390	1 563	1 699
September	868	2 054	1 184	927	883	944

Bringt das Hochzeitsdatum Glück?

Dass einprägsame Daten bei Heiratswilligen beliebt sind, belegen die nachfolgenden Auswertungen:

Fast die Hälfte der im Februar 2002 geschlossenen Ehen entfallen allein auf die beiden „Schnapsahlstage“. Einige Paare versprechen sich von diesem Datum vielleicht mehr Glück für die Ehe. Nach den Erfahrungen der Standesbeamten sollen jedoch solche Ehen eher geschieden werden als andere.

Eheschließungen nach ausgewähltem Datum

Datum	Anzahl zum Tag	im jeweiligen Monat insgesamt
09.09.1999	1 174	2 054
02.02.2000	102	454
02.02.2002	163	561
22.02.2002	105	561
03.03.2003	112	532

Von den am 09.09.1999 geschlossenen Ehen sind bis zum Jahr 2003 genau 45 wieder geschieden worden (2001: 11; 2002: 15; 2003: 19). Von den am 02.02.2000 getrauten Paaren sind bisher fünf nicht mehr miteinander verheiratet.

Der Tag, mit den meisten Hochzeiten im Jahr 2002 war der 10. Mai (180 Eheschließungen), gefolgt vom 17. Mai (171 Eheschließungen) und dem bereits erwähnten 02. Februar (163 Eheschließungen).

Das beliebteste Heiratsdatum im Jahr 2003 war der 6. Juni mit 265 Eheschließungen, sicherlich durch das anschließende Pfingstwochenende favorisiert. Es folgten der 8. August (230 Eheschließungen) und der 30. Mai (174 Eheschließungen).

Auch Freitag, der 13. wird durchaus als Glückstag bei der Wahl des Hochzeitstermins gesehen.

Anzahl der Eheschließungen an einem Freitag

Datum	Eheschließungen
13. Oktober 2000	64
13. Juli 2001	109
13. April 2001 (Karfreitag)	2
13. September 2002	99
13. Dezember 2002	51
13. Juni 2003	135

Geografisch

Etwa jedes 7. Brautpaar kam im Jahr 2002 aus einem anderen Bundesland; die meisten Paare aus Berlin (673). Weiterhin waren

- 91 aus Nordrhein-Westfalen,
- 88 aus Bayern,

- 83 aus Baden-Württemberg und
- 76 aus Niedersachsen.

Hierunter sind vermutlich Eheschließende, die ehemals in Brandenburg lebten und in eines dieser Bundesländer verzogen sind.

In anderen Bundesländern gaben sich 678 Paare aus Brandenburg das Ja-Wort, darunter:

- 172 in Mecklenburg-Vorpommern,
- 141 in Berlin,
- 104 in Sachsen und
- 87 in Sachsen-Anhalt.

Heiratsalter ist angestiegen

Interessant sind bei den Eheschließungen immer wieder Auswertungen nach dem Heiratsalter und dem Altersunterschied der Heiratenden.

Betrachtet man die Entwicklung des Heiratsalters der letzten Jahre, zeigt sich, dass es eine Angleichung an das Heiratsverhalten in den alten Bundesländern gibt – das Alter der Eheschließenden hat sich erhöht. 1993 war das durchschnittliche Heiratsalter in Brandenburg bei den Frauen 30,4 Jahre und das der Männer 33,0 Jahre. Bis zum Jahr 2002 hat sich das durchschnittliche Heiratsalter um rund 3 Jahre erhöht.

Durchschnittliches Heiratsalter 1995 – 2002

Geschlecht	1995	1997	1999	2002
Männer	33,9	34,7	35,8	36,4
Frauen	31,0	31,8	32,8	33,3
darunter vor der Heirat:				
ledige Männer	28,8	29,7	30,7	31,9
ledige Frauen	26,6	27,2	27,8	28,9

Waren 1993 die meisten ledigen Männer, die heirateten im Alter von 25 bis 29 Jahren, lag das Alter im Jahr 2002 bereits zwischen 30 und 34 Jahren.

Bei den ledigen Frauen waren es 1993 am häufigsten die 20 bis 24-Jährigen und im Jahr 2002 die 25 bis 29-Jährigen.

Ein deutlicher Rückgang ist bei den so genannten Jungenen zu verzeichnen. Gingen im Jahr 1988 noch 88 Männer und 695 Frauen bereits mit 18 Jahren die Ehe ein, waren es im Jahr 1995 gerade 15 Männer und 89 Frauen und im Jahr 2002 nur noch 9 Männer und 64 Frauen.

Eheschließende 2002 nach dem Alter und bisherigem Familienstand

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Männer				Frauen			
	insgesamt	davon vor der Heirat			insgesamt	davon vor der Heirat		
		ledig	verwitwet ¹⁾	ge- schieden ²⁾		ledig	verwitwet ¹⁾	ge- schieden ²⁾
unter 20	47	47	–	–	180	180	–	–
20 – 25	737	730	–	7	1 692	1 655	–	37
25 – 30	1 996	1 958	2	36	2 393	2 240	1	152
30 – 35	2 427	2 179	1	247	2 028	1 548	8	472
35 – 40	1 734	1 124	7	603	1 279	557	22	700
40 – 45	1 030	390	11	629	885	187	22	676
45 – 50	622	125	12	485	552	70	27	455
50 – 55	446	54	19	373	289	36	21	232
55 – 60	230	25	12	193	136	4	9	123
60 und älter	381	36	86	259	216	17	18	181
Insgesamt	9 650	6 668	150	2 832	9 650	6 494	128	3 028

Bei fast zwei Dritteln aller Eheschließungen war der Mann älter als die Frau. Diese Alterskonstellation tritt um ein Vierfaches häufiger auf als umgekehrt.

Bei einem Viertel der Eheschließenden waren beide Partner gleich alt³⁾.

Der höchste Altersunterschied der Ehepartner betrug 40 Jahre. Bei 7 Eheschließungen war die Frau um mehr als 30 Jahre älter als der Mann. Ebenfalls bei 7 Paaren war der Mann um mehr als 30 Jahre älter als die Frau.

Auch im Alter ist Hochzeit kein Tabuthema. Der älteste Bräutigam war älter als 90 Jahre; seine Braut war über 70 Jahre alt. Die älteste Frau, die zum Standesamt ging, war über 80 Jahre alt, ebenso der dazugehörige Ehemann.

Mehr Erstehen

Zwei Drittel der eheschließenden Männer und Frauen heirateten das erste Mal.

Vor der Wiederheirat war ein Drittel der Eheschließenden geschieden. Die meisten Männer und Frauen waren zwischen 35 und 44 Jahre alt.

2002 betrug das Durchschnittsalter der vor der Wiederheirat

- geschiedenen Männer – 45,5 Jahre,
- geschiedenen Frauen – 42,2 Jahre,
- verwitweter Männer – 60,6 Jahre und
- verwitweter Frauen – 47,8 Jahre.

Eheschließungen 2002 nach dem Altersunterschied der Ehepartner

Mann/Frau um ... Jahr(e) älter	Mann älter als Frau	Frau älter als Mann
	Anzahl	
1	971	519
2	960	365
3	796	245
4	762	184
5	580	155
6	489	107
7	437	83
8	326	64
9	270	57
10	208	35
11 bis 15	585	108
16 bis 20	206	46
21 und älter	115	33

1) einschließlich der Fälle, in denen der bisherige Ehepartner für tot erklärt worden ist

2) einschließlich „frühere Ehe aufgehoben“

3) beide gleich alt und Altersunterschied um 1 Jahr

**Eheschließungen 1991, 2000 und 2002
nach gemeinsamen vorehelichen Kindern**

Anzahl der Kinder	1991	2000	2002
kein Kind	5 945	7 002	6 736
1 Kind	2 027	2 267	2 317
2 Kinder	322	455	528
3 Kinder	25	68	57
4 Kinder und mehr	9	12	12

Mehr voreheliche Kinder

In Brandenburg hat sich der Anteil der unehelich Lebendgeborenen in den letzten Jahren weiter erhöht. Lag der Anteil 1991 bei 43 Prozent, waren von den 2002 geborenen Kindern 55 Prozent, deren Eltern nicht miteinander verheiratet waren. Deshalb verwundert es nicht, dass neben den Trauzeugen und Gästen bereits Kinder die Hochzeit ihrer Eltern miterlebten. Fast ein Drittel der Eheschließenden haben zum Zeitpunkt der Eheschließung mindestens ein gemeinsames Kind. Der Anteil der Hochzeitspaare mit gemeinsamen vorehelichen Kindern hat zugenommen.

Veronika Kuchta



Kulturfinanzbericht 2003 erschienen



Mit dem Kulturfinanzbericht 2003 legen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und dem Deutschen Städtetag nach 2001 zum zweiten Mal einen umfassenden Bericht über die öffentliche Kulturfinanzierung vor. Der Kulturfinanzbericht 2003 stellt dar, in welcher Höhe und in welchen Bereichen die öffentliche Hand Mittel für den Kultursektor bereitstellt und wie sich diese Ausgaben entwickelt haben. Erstmals verständigten sich Bund, Länder und der Deutsche Städtetag auf eine gemeinsame Kulturdefinition. Diese Definition orientiert sich an den Abgrenzungen der Europäischen Union und ermöglicht in Zukunft auch internationale Ausgabenvergleiche.

Mit rund 81 EUR Kulturausgaben je Einwohner im Jahr 2001 lag Brandenburg an zehnter Stelle der Bundesländer und damit unter dem Deutschlanddurchschnitt von 89 EUR. Berlin tätigte die höchsten öffentlichen Ausgaben für Kultur mit 185 EUR pro Kopf, gefolgt von Sachsen mit 167 EUR pro Kopf.

Neuland betritt der Kulturfinanzbericht mit der Veröffentlichung einer vergleichenden Übersicht über die Höhe der laufenden Kulturausgaben je Einwohner auf der Ebene ausgewählter Städte. Von allen Landeshauptstädten tätigte Magdeburg (127 EUR) die höchsten laufenden Ausgaben je Einwohner, gefolgt von Stuttgart (124 EUR) und Erfurt (122 EUR). Potsdam lag noch vor München auf dem siebten Platz mit 101 EUR. In der Gruppe der Städte von 100 000 bis unter

200 000 Einwohner gehörten Ulm (151 EUR), Halle (146 EUR) sowie Cottbus (141 EUR) zu den Städten mit den höchsten laufenden Kulturausgaben je Einwohner.

Der Kulturfinanzbericht 2003 enthält darüber hinaus weitere Informationen zur Entwicklung und Verteilung der Kulturausgaben in Bund, Ländern und Gemeinden nach Ausgabearten sowie detaillierte Tabellen und Grafiken.

Das Statistische Bundesamt bietet die elektronische Version als PDF-Datei im Statistik-Shop zum Preis von 10,- EUR an (www.destatis.de/shop). Ergänzendes Zahlenmaterial (1975 – 2003) im Excel-Format zur Kulturfinanzierung von Bund und Ländern sowie der deutschen kreisfreien Städte und aller Städte über 100 000 Einwohner stehen als kostenpflichtiges Download-Angebot zum Preis von 4,- EUR, ebenfalls im Statistik-Shop (www.destatis.de/shop), im Internet bereit.

In gedruckter Form ist der Kulturfinanzbericht 2003 für 15,- EUR zu beziehen beim



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lbs-bb.de

Erste Auswertungen aus dem Unternehmensregister (URS 95)

Das Unternehmensregister, an dem seit 1998 auf der Grundlage der EU-Registerverordnung¹⁾ und des im Jahre 1998 erlassenen Statistikregistergesetzes²⁾ in allen Statistischen Landesämtern gearbeitet wird, ist nun von der so genannten Aufbauphase in die Fortschreibungs- und Aktualisierungsphase übergegangen. Es bietet sich die Möglichkeit, mit ersten Auswertungen, die allerdings nur Auszählungen von Einheiten sind, zu beginnen und in tabellarischer Form vorzustellen.

Zum Verständnis der Auswertungen werden die Besonderheiten der Registerführungs- und Auswertungsmethodik erläutert.

Aufbau und Aktualisierung des URS

In der Aufbauphase wurde ein vorhandener Grundbestand von Registereinheiten sukzessive mit bis dato nicht registrierten Unternehmen und Betrieben ergänzt. Gleichzeitig konnten alle Einheiten mit noch nicht vorhandenen Merkmalen versehen werden.

Den vorhandenen Grundbestand des Unternehmensregisters bildeten im Wesentlichen die berichtspflichtigen Unternehmen und Betriebe des Produzierenden Gewerbes und die wirtschaftlichen Einheiten, die in den 90er Jahren in partiellen Zählungen erfasst wurden (z. B. Handels- und Gaststättenzählung, Handwerkszählung, Zählung im handwerksähnlichen Gewerbe).^{1) 2)}

Diesen Grundbestand ergänzte man nun mithilfe der Umsatzsteuerdatei der Finanzbehörden und der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit. Aus diesen beiden Hauptquellen wurden umsatzsteuerpflichtige Unternehmen und Betriebe mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in das Register aufgenommen. Die Hauptarbeit bestand dabei darin, durch Abgleicharbeiten über Name und Adresse nur die Einheiten noch in das Register aufzunehmen, die noch nicht vorhanden waren (Vermeidung von Doppelten). Die zweite ebenfalls nur über Adressabgleich zu realisierende Aufgabe war die Zuordnung der Merkmale „Umsatzsteuernummer“ und „Betriebsnummer“. Über diese Arbeiten und die dabei bestehenden Probleme und zu beachtenden Besonderheiten wurde bereits in zurückliegenden Textbeiträgen berichtet.³⁾

Bei den in der Fortschreibungs- und Aktualisierungsphase notwendigen Arbeiten liegt der Schwerpunkt darin, Änderungen bei den Bestandseinheiten in das Register einzupflegen. Eine turnusmäßige jährliche Aktualisierung erhalten dabei alle Einheiten durch die Übernahme des steuerbaren Umsatzes⁴⁾ und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten⁴⁾ aus den jeweiligen Verwaltungsdateien. Für etwa 70 bis 75 Prozent der in den Lieferdateien vorhandenen Einheiten ist das über die bereits im Register gespeicherten Identifikatoren (Umsatzsteuernummer und Betriebsnummer) maschinell möglich. Etwa 15 Prozent der Einheiten sind einer Einzelfallkontrolle zu unterziehen, weil der Vergleich der aktuellen Datei mit der Datei des Vorjahres in Name, Adresse oder Wirtschaftszweig bei gleich bleibendem Identifikator Veränderungen aufweist. Diese Abweichungen sind daraufhin zu überprüfen, ob auch die Merkmale im Register aktualisiert werden müssen. In jeder Neulieferung sind ungefähr 10 bis 12 Prozent Einheiten mit neuen Identifikatoren enthalten, die einem Adressabgleich mit dem Register unterzogen und ggf. neu aufgenommen werden müssen.

Es sind also bei der Registerpflege die gleichen Arbeiten zu machen, wie in der Aufbauphase, wobei die Mengenverhältnisse allerdings anders sind. Als besonders aufwändig erweist sich die Bearbeitung der Veränderungen, da der Dateivergleich, der maschinell durchgeführt wird, nicht nach registerrelevanten und unwesentlichen Veränderungen unterscheiden kann.

1) Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke (Abl. EG Nr. L 196, S. 1)

2) Gesetz zur Durchführung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische

Verwendungszwecke vom 16. Juni 1998 (BGBl. I S. 1300), Artikel 1 enthält das Gesetz über den Aufbau und die Führung eines Statistikregisters (Statistikregistergesetz – StatRegG).

3) Daten und Analysen 1/2000 S. 17 ff. und Daten und Analysen II/2001 S.49 ff.

4) Erläuterung siehe Abschnitt „Methodik und Begriffsdefinitionen“

Auswertungen zwischen Ideal und Wirklichkeit

Seit Beginn der Registerarbeit bis heute sind die Umsatzsteuerdateien der Jahre 1997 bis 2001 und die Betriebsdateien der Bundesagentur für Arbeit 1998 bis 2001 verarbeitet worden.

Idealerweise sollte man daher folgende Fragestellungen aus dem Register beantworten können:

- Wie hat sich die Unternehmenspopulation in diesen Jahren entwickelt?
- Wie viel Unternehmen und Betriebe sind neu entstanden und wie viele sind geschlossen worden?
- Wie groß sind die Lebensdauern von Unternehmen und welche Branchenunterschiede gibt es?
- Wie verlief die Entwicklung der Umsätze und Beschäftigtenzahlen?
- Welche strukturelle und regionale Verteilung der Wirtschaftseinheiten gibt es im Land?

Einzig und allein die letzte Fragestellung lässt sich mit den ersten Auswertungen beantworten. Dafür gibt es mehrere Gründe.

- Jede Auswertung, die auch Entwicklungen darstellen soll, muss mit der Darstellung einer Basisauszählung beginnen, auf die sich Veränderungen beziehen können.
- Die Verwaltungsdateien folgen auf Grund ihrer spezifischen Zweckbestimmung anderen Führungs- und Kontinuitätsregeln als es die Sichtweise und Methodik des Statistikers erfordert.
- Die Datenhaltung der derzeitigen Registerdatenbank lässt durch fehlende Zeitbezüge einzelner Merkmale keine Auswertung von Veränderungen zu.

Ein Herantasten an die Beantwortung eingangs genannter Fragestellungen ist zunächst nur durch jährliche Registerauszählungen und deren Vergleiche möglich.

Das Jahr 2001 als Basisjahr

Wenn auch auswertungsseitig wenig relevant, so war die Verarbeitung der Verwaltungsdateien aus den Jahren 1997 bis 2000 wichtig und außerordentlich aufschlussreich für die Entwicklung und Gestaltung von Verarbeitungsprogrammen, für die Arbeitsmethoden und das Erkennen und Beseitigen von Fehlzuordnungen und Doppelfällen. Mit der Verarbeitung jeder Datei wurde der Erfahrungsschatz der registerführenden Statistiker reicher. Das bedeutet natürlich auch, dass die Wahl eines weiter zurückliegenden Jahres als Basisjahr, auch bei technischer Ver-

fügbarkeit, keine ausreichende Qualität für eine die Entwicklung betrachtende Auswertung haben würde.

Die zur Verarbeitung kommenden Verwaltungsdateien haben in der Regel ein time lag von 1½ bis 2 Jahren, d. h., zu Beginn des Jahres 2004 werden die Dateien von 2002 verarbeitet.

Abhängig von den zur Verfügung stehenden personellen und technischen Ressourcen in den einzelnen Statistischen Landesämtern gestaltete sich die Vereinheitlichung von Beginn und Ende der einzelnen Arbeitsgänge schwierig. Ein gewisses Maß an Vereinheitlichung zwischen den Landesämtern ist aber erforderlich, da auf Grund der länderübergreifenden Unternehmensstrukturen bei Niederlassungsnetzen ein Datenaustausch zu Einheiten und deren Merkmale der Ämter untereinander notwendig ist.

Im Jahr 2003 ist es erstmals gelungen, in allen statistischen Landesämtern zum Jahresende einen Registerstand zu erzeugen, in dem sowohl die Umsätze als auch die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Jahres 2001 in den Einheiten enthalten waren. Außerdem konnte auch der Datenaustausch der Länder untereinander abgeschlossen werden.

Die Registerkopie mit dem deklarierten Stand vom 31.12.2001 wird als Basisdatei archiviert und steht zu Auszählungszwecken zur Verfügung. Die tägliche Arbeit wird an der eigentlichen Registerdatenbank weitergeführt.

In die Registerdatenbank fließen neben den Informationen aus den Verwaltungsdateien, die z. Zt. nur einmal jährlich zur Verfügung stehen, auch vielfältige Informationen aus anderen Quellen ein. So bringt das monatliche und quartalsweise durchzuführende Erhebungsgeschäft der Fachstatistiker im produzierenden Gewerbe, im Handel und im Beherbergungsgewerbe, bei den Dienstleistungs- und Handwerksunternehmen Informationen zu neuen Adressen, Betriebsschließungen, Umstrukturierungen, Ausgliederungen und Veränderungen der wirtschaftlichen Tätigkeit. Diese Informationen werden, da das Register auch das Erhebungsgeschäft technisch unterstützt, mit höherer Aktualität, als aus den Verwaltungsdateien verfügbar, in das Register eingearbeitet. Im Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg sowie auch in einigen anderen Landesämtern werden überdies noch mehr oder minder flächendeckend Informationen aus den Gewerbeanzeigen verarbeitet. Damit stehen Informationen über neu gegründete bzw. geschlossene (abgemeldete) Unternehmen und Betriebe aus dieser Quelle ebenfalls zeitnah zur Verfügung. Aus dieser Konstellation entsteht eine Mischform der Aktualität, die man mit „**Struktur aktuell – Daten von 2001**“ beschreiben muss.

Methodik und Begriffsdefinitionen

In die ersten Registerauszählungen werden alle aktiven Einheiten einbezogen, die als Unternehmen für 2001 steuerbare Umsätze und/oder als Betrieb sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aufzuweisen haben. Unternehmen und Betriebe, denen Daten aus den Verwaltungsdateien des Jahres 2001 zugeordnet werden konnten, die aber zwischenzeitlich bis zum Dezember 2003 auf der Grundlage anderweitiger Informationsquellen stillgelegt wurden, sind in der Auszählung nicht mehr berücksichtigt.

Dieser Aspekt ist unbedingt zu berücksichtigen, wenn vergleichende Betrachtungen mit Fachstatistiken des gleichen Berichtsjahres angestellt werden. Die Abweichungen sind in den Wirtschaftsbereichen, die aus weiteren Informationsquellen gepflegt werden, größer als dort, wo nur die Verwaltungsdateien zur Verfügung stehen.

Um die in den anliegenden Tabellen dargestellten Auszählungen richtig werten zu können, ist es erforderlich die verwendeten Begriffe zu definieren.

Unternehmen: Ein Unternehmen ist die kleinste rechtlich selbstständige Einheit, die aus handels- bzw. steuerrechtlichen Gründen Bücher führt und eine jährliche Feststellung des Vermögensbestandes bzw. des Erfolgs der wirtschaftlichen Tätigkeit vornehmen muss. Das Unternehmen umfasst alle Betriebe.

Einbetriebsunternehmen, Mehrbetriebsunternehmen und Mehrländerunternehmen: Ein Einbetriebsunternehmen liegt vor, wenn das Unternehmen lediglich aus einem einzigen Betrieb, mit Standort am Sitz des Unternehmens, besteht. Wenn das Unternehmen aus mindestens zwei örtlich getrennten Betrieben in demselben Bundesland besteht, ist die Rede von einem Mehrbetriebsunternehmen. Befindet sich dagegen mindestens ein Betrieb eines Unternehmens in einem anderen Bundesland, so handelt es sich um ein Mehrländerunternehmen.

Betrieb: Ein Betrieb ist eine an einem räumlich festgestellten Ort gelegene Einheit. Zu dem Betrieb zählen zusätzlich örtlich und organisatorisch angegliederte Einheiten. Es werden dabei Wirtschaftstätigkeiten ausgeübt, für die eine oder mehrere Personen im Auftrag eines Unternehmens arbeiten. Betriebe werden in ihrer Zugehörigkeit zu Mehrbetriebsunternehmen bzw. Mehrländerunternehmen unterschieden.

Masterbetrieb: Betriebe eines Unternehmens, die zum selben Wirtschaftszweig und zur selben Gemeinde gehören, werden in dem Material der Bundesagentur für Arbeit zu einem Masterbetrieb zusammengefasst. Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der zu einem Masterbe-

trieb zugehörigen Betriebe werden bei dem Masterbetrieb selbst ausgewiesen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SV-Beschäftigte) zählen Arbeitnehmer, die kranken-, renten- bzw. arbeitslosenversicherungspflichtig sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung entrichtet werden. Angaben zu Betrieben mit SV-Beschäftigten werden, gemäß Statistikregistergesetz, von der Bundesagentur für Arbeit jährlich an die Amtliche Statistik übermittelt. In den gelieferten Daten sind diejenigen Betriebe enthalten, in denen zum Stichtag 31.12. SV-Beschäftigte tätig waren. Darüber hinaus sind Angaben zu solchen Betrieben enthalten, in welchen zwar zum Stichtag keine, jedoch mindestens in einem der übrigen Quartals-Stichtage SV-Beschäftigte arbeiteten. Geringfügig Beschäftigte werden durch die Bundesagentur für Arbeit noch nicht zur Verfügung gestellt.

Steuerbarer Umsatz: Der steuerbare Umsatz umfasst die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmen ausführt, sowie den Eigenverbrauch, den es tätigt. Informationen über Unternehmen mit steuerbarem Umsatz werden auf Grundlage des Statistikregistergesetzes von den Finanzbehörden zusammen mit den Angaben zur Umsatzsteuerstatistik jährlich übersandt. In dem Liefermaterial sind alle umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen enthalten, die im jeweiligen Berichtsjahr Umsatzsteuer-Voranmeldungen in Deutschland abgegeben haben und deren Jahresumsatz mindestens 16 617 EUR beträgt.

Organschaft, Organträger und Organgesellschaft: Eine Organschaft setzt sich aus einem Organträger und mindestens einer Organgesellschaft zusammen. Da Letztere nach dem Gesamtbild der Organschaft in ein anderes Unternehmen, dem Organträger, eingegliedert ist, erscheint sie zwar rechtlich, jedoch nicht wirtschaftlich, finanziell und organisatorisch selbstständig. Die Organschaft wird steuerrechtlich als eine Einheit betrachtet. Aus Sicht der Amtlichen Statistik handelt es sich dabei um verschiedene rechtlich selbstständige Unternehmen, Organträger sowie die Organgesellschaft(en).

Als Unternehmen werden alle die Einheiten gezählt, die einen steuerbaren Umsatz und/oder SV-Beschäftigte für 2001 haben. Daraus ergeben sich mehr Unternehmen als in der Finanzdatei des jeweiligen Jahres ausgewiesen werden (vgl. Tabellen Seite 34 und 35).

Da die Organträger den Umsatz des gesamten Organkreises ausweisen, werden sie unter den Unternehmen gesondert dargestellt (vgl. Tabelle Seite 34).

Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz im Jahr 2001⁵⁾ für das Land Brandenburg

Wirtschaftsabschnitt Verwaltungsbezirk	Unternehmen ⁶⁾		sozialver- sicherungs- pflichtig Beschäftigte	Umsatz	
	insgesamt	darunter Organträger		insgesamt	darunter von Organträ- gern
	Anzahl		Millionen EUR		
Land Brandenburg (C-K; M-O)	80 647	888	524 642	46 042	8 257
nach Wirtschaftsgliederung					
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	56	1	6 698	711	.
D Verarbeitendes Gewerbe	5 446	40	85 481	10 477	4 046
E Energie- und Wasserversorgung	252	9	8 462	2 981	223
F Baugewerbe	12 145	76	66 374	4 831	150
G Handel, Instandsetzung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	19 478	139	80 682	15 287	1 031
H Gastgewerbe	6 306	31	17 569	954	32
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3 734	19	26 455	1 608	268
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 115	4	9 883	46	.
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	15 607	507	52 309	6 984	1 589
M Erziehung und Unterricht	1 669	9	44 276	165	21
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	6 847	11	81 335	452	76
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	7 992	42	45 118	1 545	161
nach Verwaltungsbezirken					
Brandenburg an der Havel	2 120	15	16 827	831	27
Cottbus	3 719	39	34 565	1 734	311
Frankfurt (Oder)	2 110	14	20 676	914	84
Potsdam	5 165	29	48 692	3 014	210
Barnim	5 633	42	29 690	3 960	372
Dahme-Spreewald	5 509	90	31 819	3 460	352
Elbe-Elster	4 028	62	20 977	1 559	140
Havelland	4 538	44	23 516	1 570	146
Märkisch-Oderland	6 123	86	31 129	2 329	398
Oberhavel	6 099	48	32 292	3 699	822
Oberspreewald-Lausitz	3 548	59	32 803	2 185	804
Oder-Spree	5 891	76	41 711	4 999	1 590
Ostprignitz-Ruppin	3 590	23	22 430	1 867	63
Potsdam-Mittelmark	6 834	54	34 780	2 629	81
Prignitz	2 817	72	17 263	1 319	234
Spree-Neiße	3 998	49	22 499	1 663	115
Teltow-Fläming	5 146	48	35 186	4 436	173
Uckermark	3 779	38	27 787	3 872	2 337

5) Auszählung des Unternehmensregisters, Stand 31.12.2003

6) aktive Unternehmen mit steuerbarem Umsatz und/oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2001

Unternehmen nach Beschäftigungsgrößenklassen im Jahr 2001⁷⁾ für das Land Brandenburg

Wirtschaftsabschnitt Verwaltungsbezirk	Unternehmen ⁸⁾ mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von ... bis ...				
	0 - 9	10 - 49	50 - 249	250 und mehr	insgesamt
	Anzahl				
Land Brandenburg (C-K; M-O)	72 019	7 073	1 343	212	80 647
	nach Wirtschaftsgliederung				
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	35	15	5	1	56
D Verarbeitendes Gewerbe	3 919	1 226	270	31	5 446
E Energie- und Wasserversorgung	155	58	37	2	252
F Baugewerbe	10 519	1 460	158	8	12 145
G Handel, Instandsetzung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	17 848	1 473	140	17	19 478
H Gastgewerbe	5 965	310	29	2	6 306
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3 256	389	79	10	3 734
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 079	6	16	14	1 115
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	14 628	811	153	15	15 607
M Erziehung und Unterricht	1 231	291	113	34	1 669
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	5 998	597	197	55	6 847
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	7 386	437	146	23	7 992
	nach Verwaltungsbezirken				
Brandenburg an der Havel	1 842	228	43	7	2 120
Cottbus	3 316	309	76	18	3 719
Frankfurt (Oder)	1 833	217	48	12	2 110
Potsdam	4 600	424	108	33	5 165
Barnim	5 118	431	71	13	5 633
Dahme-Spreewald	4 970	431	95	13	5 509
Elbe-Elster	3 611	346	65	6	4 028
Havelland	4 096	371	64	7	4 538
Märkisch-Oderland	5 544	485	83	11	6 123
Oberhavel	5 539	467	82	11	6 099
Oberspreewald-Lausitz	3 111	364	62	11	3 548
Oder-Spree	5 296	469	109	17	5 891
Ostprignitz-Ruppin	3 149	365	72	4	3 590
Potsdam-Mittelmark	6 093	645	87	9	6 834
Prignitz	2 474	292	45	6	2 817
Spree-Neiße	3 553	374	62	9	3 998
Teltow-Fläming	4 571	466	94	15	5 146
Uckermark	3 303	389	77	10	3 779

7) Auszählung des Unternehmensregisters, Stand 31.12.2003

8) Unternehmen mit steuerbarem Umsatz und/oder mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Berichtsjahr 2001

Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen im Jahr 2001⁹⁾ für das Land Brandenburg

Wirtschaftsabschnitt Verwaltungsbezirk	Betriebe ¹⁰⁾ mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von ... bis ...				
	0 - 9	10 - 49	50 - 249	250 und mehr	insgesamt
	Anzahl				
Land Brandenburg (C-K; M-O)	75 493	8 676	1 772	248	86 189
			nach Wirtschaftsgliederung		
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	43	21	5	2	71
D Verarbeitendes Gewerbe	4 061	1 341	337	46	5 785
E Energie- und Wasserversorgung	176	91	44	5	316
F Baugewerbe	10 533	1 512	178	7	12 230
G Handel, Instandsetzung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	19 553	2 144	253	14	21 964
H Gastgewerbe	6 118	406	43	2	6 569
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3 785	609	156	30	4 580
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	1 294	83	46	12	1 435
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	15 101	1 015	221	16	16 353
M Erziehung und Unterricht	1 296	326	128	36	1 786
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	6 027	621	206	57	6 911
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	7 506	507	155	21	8 189
			nach Verwaltungsbezirken		
Brandenburg an der Havel	1 962	286	56	10	2 314
Cottbus	3 495	434	109	25	4 063
Frankfurt (Oder)	1 972	294	62	15	2 343
Potsdam	4 816	545	160	32	5 553
Barnim	5 374	537	106	15	6 032
Dahme-Spreewald	5 170	537	118	19	5 844
Elbe-Elster	3 760	413	80	8	4 261
Havelland	4 306	441	91	10	4 848
Märkisch-Oderland	5 764	573	105	11	6 453
Oberhavel	5 774	569	104	12	6 459
Oberspreewald-Lausitz	3 298	446	83	13	3 840
Oder-Spree	5 508	572	125	17	6 222
Ostprignitz-Ruppin	3 334	441	92	3	3 870
Potsdam-Mittelmark	6 283	744	123	15	7 165
Prignitz	2 640	349	57	7	3 053
Spree-Neiße	3 701	440	77	11	4 229
Teltow-Fläming	4 801	579	126	15	5 521
Uckermark	3 535	476	98	10	4 119

9) Auszählung des Unternehmensregisters, Stand 31.12.2003

10) aktive Betriebe und Einbetriebsunternehmen mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2001 und aktive Einbetriebsunternehmen ohne sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, aber mit steuerbarem Umsatz im Berichtsjahr 2001

Einbetriebsunternehmen sind sowohl in den Unternehmens- als auch in den Betriebstabellen enthalten. Da auch Einbetriebsunternehmen ohne SV-Beschäftigte als Einmann bzw. Familienunternehmen als Betriebe mitgezählt werden, ist die Zahl der Betriebe größer als die Einheiten in der Datei der Bundesagentur für Arbeit.

Auswertungsumfang

Die Beschreibung der Auswertungsmodi zeigt, dass keineswegs der gesamte Registerinhalt ausgezählt wird, sondern nur die Unternehmens- und Betriebseinheiten, bei denen auch wegen des Vorhandenseins qualitativer Merkmale (Umsatz und Beschäftigte) eine gewisse Größenklassifikation und Addition von Werten vorgenommen werden kann.

Die EU-Registerverordnung bestimmt in Artikel 3, dass die Erfassung von Einheiten der Wirtschaftsabschnitte A = Land- und Forstwirtschaft, B = Fischerei und Fischzucht und L = Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung fakultativ ist. Im Unternehmensregister sind Einheiten dieser Wirtschaftsabschnitte enthalten, da sie als Umsatzsteuerzahler oder Arbeitgeber aus den Verwaltungsdateien in das Register gelangen. Aus Kapazitätsgründen und wegen der ihr eigenen Spezifika wurden diese Einheiten jedoch aus verifizierenden Befragungen ausgenommen, sodass diese Einheiten wegen der minderen Qualität und Aussagekraft nicht in die Auswertungen mit einbezogen werden.

Für den Wirtschaftsabschnitt L ist zudem die dem Register zu Grunde liegende Einteilung in Unternehmen und Betriebe nicht ganz passend. Außerdem fehlen bei den Beschäftigten alle die Personen, die den Beamtenstatus haben.

Die in den Tabellen ausgewiesenen Einheiten repräsentieren die mit hoher Wahrscheinlichkeit im Jahre 2003 noch existierenden Unternehmen mit wirtschaftlicher Relevanz.

Strukturelle und regionale Aussagen

Die Auszählungen aus dem Unternehmensregister geben zunächst Auskunft über die Branchenstruktur und die regionale Verteilung der brandenburgischen Unternehmen und Betriebe. Den Tabellen auf den Seiten 35 und 36 liegt dazu eine Gruppierung nach Beschäftigtengrößenklassen zu Grunde.

Rund 89 Prozent der Unternehmen haben weniger als 10 SV-Beschäftigte. Es lassen sich nur 212 Unternehmen mit mehr als 250 SV-Beschäftigten zählen. Die Tatsache, dass es mit 248 Betrieben im Land mit einer Größenordnung über 250 Beschäftigten eine größere Anzahl als Unternehmen gibt, weist darauf hin, dass es sich dabei um etli-

che Betriebe handelt, die zu Unternehmen anderer Länder gehören.

Die regionale Verteilung untermauert das, was sich auch in der monatlichen Arbeitslosenstatistik zeigt. Wo keine Arbeitgeber sind, können auch keine Arbeitsplätze geschaffen werden.

Von den 72 019 Unternehmen mit bis zu neun Beschäftigten sind über 40 Prozent Kleingewerbetreibende ohne jegliche SV-Beschäftigte.

Betrachtet man die Verteilung der SV-Beschäftigten nach Wirtschaftsabteilungen, ergibt sich folgende Reihenfolge:

Verarbeitendes Gewerbe	16,3 Prozent
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	15,5 Prozent
Handel, Instandhaltung von Kfz. und Gebrauchsgütern	15,4 Prozent
Baugewerbe	12,7 Prozent
Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	10,0 Prozent

Die Entwicklung unternehmensnaher Dienstleistungen ist an das Vorhandensein von Großunternehmen gebunden, schafft aber selbst keine großen regionalen Arbeitsplatzpotentiale, da der Dienstleistungsbereich sich vor Ort in kleineren Serviceeinheiten etabliert.

Registerführungs- und Auswertungsmethodik

Die Registerauswertung kann z. Zt. noch keine Arbeitsstätten- oder Unternehmenszählung ersetzen. Als qualitative und jährlich aktualisierbare Merkmale stehen nur die Angaben zu den steuerbaren Umsätzen und den SV-Beschäftigten zur Verfügung. Alle anderen Merkmale werden, wenn nicht eine direkte Kommunikation mit den Unternehmen oder Betrieben durch Einbeziehung in Fachstatistiken oder eine teilweise Pflege mittels der Gewerbeanzeigen erfolgt, durch Vergleiche der periodischen Lieferungen der Verwaltungsdateien aktualisiert und fortgeschrieben.

Potenzielle Neuzugänge sind zunächst die Einheiten, für die in den Verwaltungsdateien ein neuer Identifikator (Steuernummer, Betriebsnummer) auftaucht. Dieses ist durch einen einfachen Nummernabgleich schnell zu realisieren. Da aber die Vergaberegeln für neue Identifikatoren bei den Verwaltungsstellen unterschiedlich sind, entspricht

nicht jeder neue Fall in der Verwaltungsdatei auch einer neuen Einheit im Unternehmensregister. Wenn z. B. durch Eigentümerwechsel oder Änderung der Rechtsform eine neue Steuernummer vergeben wird, handelt es sich für die Statistik, die ja die Wirtschaft objektiv betrachten soll, noch immer um das **gleiche Unternehmen mit gleicher wirtschaftlicher Tätigkeit am gleichen Standort**. Dieses Prinzip gilt als **Kontinuitätsregel** der Statistik und unterscheidet sich von den Vergaberegeln der anderen Verwaltungsstellen, die miteinander verglichen, auch wiederum Unterschiede aufweisen. Das ist u. a. auch ein Grund dafür, warum der Versuch der Einführung einer bundeseinheitlichen Behörden übergreifenden Wirtschaftsnummer noch nicht zum Erfolg geführt hat.

Würde man also jede Einheit mit einem neuen Identifikator ohne Abprüfung (Adressabgleich) auf eventuelles Vorhandensein als Neuzugang in das Register aufnehmen, würde ein völlig überhöhter Registerbestand mit vielen Dubletten entstehen.

Demgegenüber gibt es aus den Verwaltungsdateien nur wenig explizite und vollständige Hinweise darauf, dass ein Betrieb oder Unternehmen nicht mehr besteht. Die Statistik kennzeichnet deshalb die Einheiten, für die aus den Verwaltungsdateien über einen Zeitraum von zwei Jahren kein „Lebenszeichen“ mehr kommt, als erloschene Einheiten. Diese Methode ist ein Hilfsmittel und genügt der Trendberechnung, auf den Einzelfall bezogen ist sie ungenau. Folgende Beispiele sollen das untermauern:

- Unternehmen, die als Kleingewerbe um die festgelegte Abschneidegrenze von 16 617 EUR beim steuerbaren Umsatz pendeln und demzufolge nicht kontinuierlich in den Umsatzsteuerdateien vorkommen, werden stillgelegt obwohl sie noch existieren.
- Hat ein Unternehmen keine Beschäftigten mehr, tritt aber noch über Umsatzsteuerzahlungen in Erscheinung, wird es noch als existent betrachtet, obwohl es sich vielleicht nur noch um Restzahlungen für die Firmenabwicklung handelt, die sich teilweise über Jahre hinziehen.

Kommt ein Unternehmen nicht mehr in der Umsatzsteuerdatei vor, hat aber noch SV-Beschäftigte, so ist anzunehmen, dass es noch wirtschaftlich aktiv ist und sich nur die Modalitäten der Umsatzsteuerzahlungen geändert haben und damit z. B. zur Organgesellschaft geworden ist. Es ist aber auch möglich, dass der Betrieb an ein anderes Unternehmen angegliedert wurde, die Betriebsnummer der Bundesagentur für Arbeit beibehalten wurde und keine Änderung des Namens erfolgte. Daher sind komplizierte Strukturänderungen in Unternehmen anhand der Verwaltungsdateien überhaupt nicht nachzuvollziehen. Auf Grund dieser Situation ist festgelegt worden, das Unternehmensregister nicht über die Gesamtheit aller gespei-

cherten Einheiten auszuwerten, sondern sich auf die Einheiten zu beschränken, für die mit hoher Wahrscheinlichkeit eine dauerhafte wirtschaftliche Aktivität unterstellt werden kann.

Im brandenburgischen Unternehmensregister waren zum Jahresende 2003 rund 155 000 aktive Einheiten registriert, darunter aber etwa 26 600 Einheiten, die aus den Gewerbeanmeldungen der Jahre 2001 und 2002 aufgenommen worden sind, ohne dass ihre wirtschaftliche Relevanz über das Vorkommen in den anderen Verwaltungsdateien nachgewiesen wurde. Es ist bekannt, dass nicht alle angemeldeten Gewerbe tatsächlich ausgeübt werden. Da nicht alle Landesämter die Verarbeitung der Gewerbeanzeigen vornehmen, muss auch Brandenburg zur Wahrung der Vergleichbarkeit auf eine Einbeziehung dieser Einheiten in Auswertungen verzichten.

Brandenburg verarbeitet aber auch die Gewerbeum- und Gewerbeabmeldungen. Durch die Gewerbeabmeldungen sind im Register Einheiten eher stillgelegt, als es nach der oben beschriebenen zweijährigen Wartefrist erfolgen würde. Die Stilllegungen erfolgen damit einzelfallbezogen und zeitnäher. Das wird insbesondere von den Statistikern geschätzt, die das Register zur Adressgewinnung für Stichprobenbefragungen nutzen. Allerdings ist dadurch der Bestand der in die Auswertung einbezogenen aktiven Einheiten etwas geringer als in Länderregistern, die vorwiegend nur aus Verwaltungsdateien gepflegt werden. Die Repräsentativität ist trotzdem gewahrt und eine Zählung kann und soll es nicht sein.

Wirtschaftszweiggliederung

Der Wirtschaftszweiggliederung in den vorgestellten drei Tabellen liegt die Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 2003 (WZ 2003) zu Grunde. Dabei treten im Vergleich zu anderen Querschnittsstatistiken nicht nur Differenzen in den absoluten Angaben, sondern auch in der prozentualen Verteilung auf.

Die Wirtschaftszweigzuordnung im Register stellt derzeit noch eine Mischform dar. Werden Einheiten vom Statistischen Amt regelmäßig zu einer bestimmten Fachstatistik befragt, in der neben den allgemeinen Merkmalen wie Umsatz und Beschäftigte auch noch wirtschaftszweigtypische Merkmale, wie z. B. Erzeugnispalette, Art der Bauleistungen, Handelsgüter, Anzahl der Übernachtungen usw. erfragt werden, dann erfolgt hierbei eine Überprüfung des Wirtschaftszweiges. In solche spezifische Erhebungen ist aber nur eine Minderheit der Registereinheiten einbezogen. Werden Neuzugänge aus der Datei der Umsatzsteuerzahler aufgenommen, so erhalten diese im Register auch den vom Finanzamt ermittelten Wirtschaftszweig. Einheiten aus der Datei der Bundesagentur für Arbeit erhalten den von dort festgelegten Wirtschaftszweig. Da die Datei-

en nacheinander verarbeitet werden, ist zunächst erst einmal entscheidend, in welcher Datei eine Einheit zuerst vorkommt. Im Zuge der Arbeiten des Adressabgleichs ist es nur in wenigen Ausnahmefällen bei sehr krassen Differenzen möglich, mit der jeweiligen Firma Kontakt aufzunehmen und den Wirtschaftszweig nach den Regeln der Statistik zu ermitteln.

Es ist festzustellen, dass Statistik, Finanzämter und die Betriebsnummernvergabestellen der Bundesagentur für Arbeit trotz einheitlicher Anwendung der gültigen Wirtschaftszweigklassifikation nicht immer zu deckungsgleichen Wirtschaftszweigfestlegungen für ein und dieselbe Einheit kommen. Das liegt einerseits an der mehr oder minder professionellen Lesart durch die verschiedenen Mitarbeiter und andererseits auch an den unterschiedlichen Sichtweisen:

- Die Statistik betrachtet das Unternehmen als Ganzes und ermittelt den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit über die Anteile der Bruttowertschöpfung. Auch die wirtschaftliche Tätigkeit eines Betriebes wird nicht nur durch die konkreten Tätigkeiten vor Ort bestimmt, sondern danach, wie sich die jeweilige Tätigkeit im Unternehmen einordnet (Haupttätigkeit oder Hilfstätigkeit).
- Die Finanzämter interessiert in erster Linie die Quelle des steuerbaren Umsatzes.
- Die Bundesagentur für Arbeit orientiert sich an der konkreten Tätigkeit der Mehrzahl der SV-Beschäftigten in den jeweiligen Betrieben. Sie kennt nur den Betrieb als örtliche Einheit und nicht den Unternehmenszusammenhang. Sie kann demzufolge nicht unterscheiden, ob die Tätigkeit vor Ort eine Hilfs- oder Haupttätigkeit im Rahmen des Unternehmens ist.

Auch das ist ein Aspekt, warum es immer wieder zu abweichenden Angaben zwischen Fachstatistiken und Registerauswertungen kommen wird.

Problematisch ist auch die Wirtschaftszweigbestimmung bei Organträgern. Die Mehrzahl der Organträger entsteht (zumindest in den neuen Bundesländern) durch Betriebsaufspaltung zur Haftungsbeschränkung. Eine Privatperson ist im Besitz der Immobilie und der Ausrüstungsgegenstände und fungiert als Organträger. Die einzige Organgesellschaft ist die GmbH und diese erbringt die eigentlichen den Wirtschaftszweig bestimmenden Leistungen. Das Unternehmensregister führt beide Einheiten und zwar den Organträger als Umsatzsteuerpflichtigen mit dem Wirtschaftszweig der Vermietung und Verpachtung und die Organgesellschaft mit dem Wirtschaftszweig der GmbH. Das Finanzamt sieht die eigentliche wirtschaftliche Tätigkeit der gesamten Organschaft und ordnet dem Organträger diesen Wirtschaftszweig zu. In der Umsatzsteuerstatistik kommt nur der Organträger als Steuerfall vor.

Da im Register beide Einheiten nebeneinander geführt werden, würde es bei Beibehaltung des Wirtschaftszweiges aus der Umsatzsteuerdatei bei genau diesen Konstellationen zu Doppelzählungen in bestimmten Wirtschaftszweigen kommen und den Fachstatistiker, der das Register auch als Auswahlgrundlage für Berichtskreise nutzt, auf eine falsche Spur führen. Der Umgang mit den Organschaften stellt die Registerführung vor besondere Probleme, die noch nicht zur Zufriedenheit aller gelöst werden konnten.

Es wird immer angenommen und jüngst auch wieder im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Verwaltungsdatenverwendung erwähnt, dass die Statistik das Wahrheitsmonopol hinsichtlich der Wirtschaftszweigzuordnung hat. Diese Annahme ist sicher richtig, stimmt aber nur, wenn die Statistik auch die Gelegenheit hatte, den Wirtschaftszweig zu überprüfen bzw. ihn selbst zu bestimmen. Bei der eingangs beschriebenen Methode der Aufnahme von Einheiten aus den Fremddateien und Beibehaltung des zuerst aufgenommenen Wirtschaftszweiges ist bei der Mehrzahl von Einheiten der Wirtschaftszweig nicht korrekter als in der Ursprungsdatei. Im Register entsteht so eine Mischform aller drei beschriebenen Sichtweisen. Diese Unzulänglichkeit wird erst zu beseitigen sein, wenn nur noch eine Behörde die Wirtschaftszweigzuordnung vornimmt und alle anderen dieses anerkennen und auch in ihren Dateien beibehalten. Allerdings besteht hier die gleiche unterschiedliche Interessenslage wie bei der Handhabung der Vergabe- und Kontinuitätsregeln. Strittig ist die Wirtschaftszweigzuordnung immer dann, wenn Fördermittel, Zulagen, Steuervergünstigungen oder auch Berichtspflichten davon abhängen. Allerdings wird dann eine der Wahrheit dienende Einzelfallprüfung vorgenommen. Eine flächendeckende Wirtschaftszweigüberprüfung des gesamten Registerbestandes ist aus Kapazitätsgründen und wegen der damit in Verbindung stehenden Belastung der Wirtschaft derzeit nicht diskutabel.

Schlussbemerkung und Ausblick

Trotz aller Unzulänglichkeiten, mit denen das Register noch behaftet ist, sollte mit Auswertungen nicht noch länger gezögert werden. Sicher muten die Tabellen angesichts der jahrelangen Vorarbeit noch etwas bescheiden an. Die veröffentlichten Daten sollen aber nur einen ersten Überblick vermitteln. Angaben mit Veränderungsraten werden in den Folgeauswertungen erscheinen. Für bestimmte Wirtschaftsbereiche, die durch parallel bestehende Auskunftspflichten auch im Register als qualitativ gut gepflegt betrachtet werden, können auch speziellere und tiefer gegliederte Auswertungen vorgenommen werden.

Es wird demnächst getestet, inwieweit sich Primärstatistiken durch Registerauswertungen ersetzen lassen. Im Hinblick auf diese Möglichkeit wurde z. B. die Kleinbetriebs-

erhebung in der Industrie eingestellt und die jetzt fällige Handwerkszählung ausgesetzt. Alle Unternehmen im Register führen das Kennzeichen, ob sie in der Handwerksrolle eingetragen sind oder nicht. Auch dieses Merkmal wird jährlich anhand der Handwerkskammerdateien aktualisiert.

Die Unternehmensregister werden in den einzelnen Bundesländern noch als separate Länderregister geführt. Für bundesweite Auswertungen muss eine Bundeskopie erstellt werden. Deshalb ist als nächster Schritt eine Zusammenlegung der Länderregister zu einem zentralen Register vorgesehen, wobei die Verantwortung für Pflege und Aktualisierung weiterhin in den Ländern bleibt.

Außerdem ist die Überführung des bisherigen Datenbestandes in ein neues Datenbanksystem in Vorbereitung.

Dieses System soll neben einer besseren Handhabbarkeit bei den Pflegearbeiten alle statistischen Primärerhebungen, sofern sie im Register erfasste Wirtschaftseinheiten betreffen, unterstützen und außerdem noch flexible Auswertungsmöglichkeiten bieten.

Für die Entwicklung dieses Systems ist es hilfreich, bereits frühzeitig die Wünsche aller Registernutzer zu kennen, um auf die Befriedigung der verschiedenen Nutzungs- und Auswertungswünsche hinarbeiten zu können. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn infolge der bescheidenen Anfänge von Auswertungen, konkrete Wünsche an die Statistik herangetragen werden.

Claudia Kathke



"Kreiszahlen - Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland, Ausgabe 2003" erschienen



Die neue Ausgabe der Publikation "Kreiszahlen - Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland, Ausgabe 2003", ein Gemeinschaftsprodukt der Statistischen Ämter des Bundes und der

Länder ist erschienen. Diese Veröffentlichung einen Querschnitt von Daten der amtlichen Statistik für alle kreisfreien Städte und Landkreise Deutschlands. Die Broschüre erscheint jährlich und basiert auf der Datenbank "Statistik regional", die als CD-ROM vorliegt.

Daten aus folgenden Bereichen werden dargestellt:

- Fläche und Bevölkerung
- Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit
- Landwirtschaft
- Produzierendes Gewerbe
- Bautätigkeit und Wohnen
- Tourismus
- Verkehr
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
- Wahlen

Insbesondere über die jeweils auf die Bevölkerungszahl bezogenen Quoten wie Ausländeranteil, Lebendgeborene je 1000 Einwohner, Tourismusintensität, Industrie- oder PKW-Dichte, die anhand der Datenbank "Statistik regional" berechnet wurden, lassen sich interessante Vergleiche zwischen allen Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands anstellen. Bei einigen Bereichen werden auch Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen.

Die Broschüre "Kreiszahlen - Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland, Ausgabe 2003" kostet 13 EUR und kann bestellt werden beim



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lbs-bb.de

Einsammlung von Verpackungen im Land Brandenburg 1996 bis 2002

In Brandenburg nahm die Menge an getrennt eingesammelten Verpackungen im Zeitraum 1996 bis 2002 um über ein Drittel zu. Dies war Ausdruck der Bereitschaft der Brandenburger Bevölkerung, den Müll zu trennen und die Wertstoffe über Sammelsysteme abzugeben wie auch der Unternehmen, diese zunehmend der Verwertung zuzuführen. In den letzten beiden Erhebungsjahren 2001 und 2002 blieben sowohl die Mengen an eingesammelten Verkaufsverpackungen als auch der Transport- und Umverpackungen konstant.

Vorbemerkungen

Seit dem Jahr 1996 werden die Statistiken der Abfallwirtschaft gemäß der Paragrafen 3 bis 5 des Gesetzes über Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz – UstatG) vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2530) erstellt.

Entsprechend § 5 Abs. 5 Nr. 1 des UStatG werden bei Unternehmen und Einrichtungen jährlich Daten über die Einsammlung von Verkaufsverpackungen bei privaten Endverbrauchern, sowie über Transport- und Umverpackungen einschließlich Verkaufsverpackungen bei gewerblichen und industriellen Endverbrauchern erhoben. Die Erhebung über die Einsammlung von Verpackungen wendet sich an Unternehmen und Einrichtungen, die Entsorgungsleistungen für andere erbringen, und liefert jährlich Daten über die eingesammelte Menge an Verpackungen nach Art der Verpackungsmaterialien sowie deren Verbleib.

Der Teil Einsammlung von Verkaufsverpackungen 1996 bis 2002 liefert im Ergebnis die jeweils im Bundesland eingesammelte Menge, da ein Datenaustausch zwischen den Bundesländern bezüglich der Ländergrenzen überschreitenden Einsammlung erfolgt.

Im Teil Transport- und Umverpackungen einschließlich Verkaufsverpackungen wurde der Länderdatenaustausch erst ab Berichtsjahr 2000 geregelt. Bis 1999 enthalten die Angaben nur die Mengen von Sammlerunternehmen mit Sitz im Land Brandenburg.

Im Jahr 1996 waren die Verpackungen für schadstoffhaltige Füllgüter Bestandteil der Verkaufsverpackungen, ab Erhebungsjahr 1997 werden diese eingesammelten Mengen im Teil Transport- und Umverpackungen erfasst.

Einzelne Begriffsbestimmungen

Verkaufsverpackungen sind Verpackungen, die als eine Verkaufseinheit angeboten werden und bei dem Endverbraucher anfallen. Zu den Verkaufsverpackungen gehören auch Verpackungen des Handels, der Gastronomie und anderer Dienstleister, welche die Übergabe von Waren an den Endverbraucher ermöglichen oder unterstützen (Serviceverpackungen) sowie Einweggeschirr und Einwegbestecke.

Leichtstofffraktionen (z. B. Gelbes System) sind Gemische von Verkaufsverpackungen aus Materialien wie Kunststoff, Verbunden, Aluminium oder Weißblech.

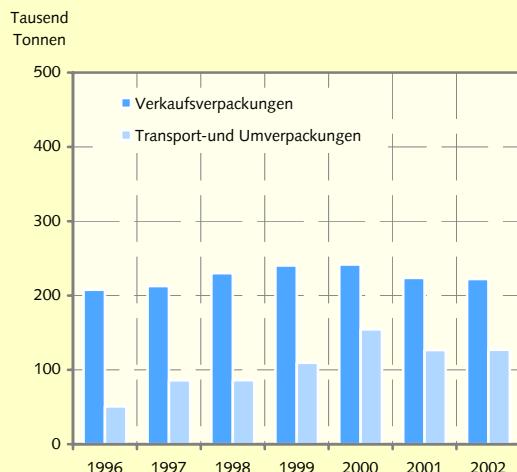
Transportverpackungen sind Verpackungen, die den Transport von Waren erleichtern, die Waren auf dem Transport vor Schäden bewahren oder die aus Gründen der Sicherheit des Transportes verwendet werden und beim Vertreiber anfallen.

Umverpackungen sind Verpackungen, die als zusätzliche Verpackungen verwendet werden und nicht aus Gründen der Hygiene, der Haltbarkeit oder des Schutzes der Ware vor Beschädigung oder Verschmutzung für die Abgabe an den Endverbraucher erforderlich sind und beim Vertreiber anfallen.

Einsammlung von Verpackungen

Im Jahr 2002 wurden in Brandenburg insgesamt 349 302 Tonnen Verpackungen – zusammengesetzt aus Verkaufs-, Transport- und Umverpackungen – getrennt eingesammelt. Weit mehr als die Hälfte (63 Prozent) davon waren Verkaufsverpackungen, die bei privaten Endverbrauchern gesammelt wurden. Gegenüber den Vorjahren war 2002 kein Anstieg zu verzeichnen. Im Vergleich zum Jahr 1996, dem Jahr, für das erstmals Daten ermittelt wurden, ist ein Mengenanstieg von 35 Prozent zu beobachten.

Einsammlung von Verpackungen in Brandenburg 1996 – 2002



Einsammlung von Verkaufsverpackungen bei privaten Endverbrauchern

Bei privaten Endverbrauchern (Haushaltungen und sonstigen Anfallstellen im Rahmen des Dualen Systems) wurden in den Jahren 1996 bis 2002 im Durchschnitt 225 582 Tonnen Verkaufsverpackungen eingesammelt. Dabei steigerte sich die Menge um 7 Prozent von 207 738 Tonnen im Jahr 1996 auf 222 296 Tonnen im Jahr 2002. In den letzten zwei Berichtsjahren ist die eingesammelte Menge an Verkaufsverpackungen konstant geblieben. Den größten Anteil umfassten im Jahr 2002 mit 40 Prozent die Verpackungen aus Altglas, wobei hier nach Grün-, Braun- und Weißglas unterschieden wird, gefolgt von den Leichtstofffraktionen, also Gemischen aus verschiedenen Materialien, z. B. aus dem Gelben Sys-

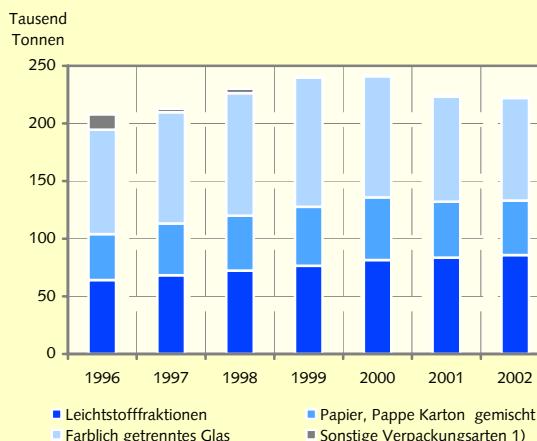
tem, mit 38,6 Prozent. Die dritte bedeutsame Verpackungsart waren gemischte Verpackungen aus Papier, Pappe und Karton mit 21,3 Prozent. Weitere allerdings geringe Mengen der eingesammelten Verkaufspackungen bestanden aus Kunststoffen und Metallen.

In Brandenburg errechnete sich im Jahr 2002 pro Einwohner ein Sammelergebnis von 86 Kilogramm Verkaufsverpackungen. Somit brachte jeder Einwohner Brandenburgs 2002 im Durchschnitt 34,5 Kilogramm farblich getrenntes Glas und 18,3 Kilogramm Verpackungen aus Papier, Pappe und Karton zum Wertstoffcontainer. Im Vergleich zum Jahr 1996 betrug die Steigerungsrate pro Einwohner insgesamt 5,8 Prozent. Bundesweit wurden im Jahr 2002 im Durchschnitt 80 Kilogramm pro Einwohner Verkaufsverpackungen eingesammelt.

Eingesammelte Verkaufspackungen je Einwohner und Jahr in Brandenburg 1996 – 2002



Eingesammelte Verkaufsverpackungen nach Verpackungsarten in Brandenburg 1996 – 2002



1) Metall, Kunststoff, Glas gemischt, Verbunde, schadstoffhaltige Füllgüter, Papier, Pappe, Kartonverpackungen getrennt

Die im Jahr 2002 von 44 Betrieben bei privaten Endverbrauchern eingesammelten Verkaufsverpackungen wurden zu 84,5 Prozent zu Sortieranlagen gebracht, welche zum überwiegenden Teil ihren Standort in Brandenburg haben. Nur geringe Mengen wurden an Sortieranlagen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt abgegeben. Die restlichen Mengen von 15,4 Prozent konnten direkt an Verwerterbetriebe weitergegeben werden.

Bei dem Vergleich zum Jahr 1996 konnte festgestellt werden, dass der Anteil der bei privaten Endverbrauchern eingesammelten Verpackungen, die zunächst einer Sortieranlage zugeführt wurden, 1996 noch bei 90 Prozent und die direkte Weitergabe an Verwerterbetriebe bei 10 Prozent lag. Die Sortierung erfolgte ebenfalls fast ausschließlich in Anlagen innerhalb Brandenburgs.

**Eingesammelte Menge an Verkaufsverpackungen bei privaten Endverbrauchern in Brandenburg
1996 – 2002 nach Verpackungsarten und Verbleib**

Merkmal	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Tonnen						
Verpackungsart							
Leichtstofffraktionen	64 228	68 328	72 357	76 571	81 592	83 650	85 776
Papier, Pappe, Karton und andere Altpapiere gemischt	39 790	44 903	47 649	51 041	54 247	48 396	47 303
Gemischtes Glas	771	6	–	–	22	59	116
Farblich getrenntes Glas	90 546	96 525	106 272	112 445	105 113	91 465	88 998
Papier-, Pappe-, Kartonverpackungen als Verpackungen getrennt eingesammelt	8 701	2 112	1 318	300	605	281	41
Kunststoffverpackungen	312	469	613	1	40	44	54
Metallverpackungen	505	261	1 293	96	148	11	8
Verbunde	105	176	630	–	–	–	–
Verpackungen für schadstoffhaltige Füllgüter	2 780	–	–	–	–	–	–
Verpackungen insgesamt	207 738	212 780	230 132	240 454	241 767	223 906	222 296
Verbleib							
an Sortieranlagen	186 894	184 981	199 787	205 372	224 896	205 190	187 877
an Verwerterbetriebe	20 842	27 799	30 310	35 082	16 871	18 716	34 246
sonstiger Verbleib	2	–	35	–	–	–	173

Bei den direkt an Verwerterbetriebe gegebenen Mengen handelte es sich überwiegend um farblich getrenntes Glas. 2002 wurden 34,6 Prozent der eingesammelten Mengen direkt von Glasverwertungsbetrieben übernommen, im Jahr 1996 waren es nur 19,4 Prozent der eingesammelten Mengen.

Transport- und Umverpackungen einschließlich Verkaufsverpackungen bei gewerblichen und industriellen Endverbrauchern

Bei den gewerblichen und industriellen Endverbrauchern wurde im Jahr 2002 insgesamt eine Verpackungsmenge von 127 006 Tonnen an Transport- und Umverpackungen einschließlich der Verkaufsverpackungen außerhalb des Dualen System eingesammelt. Diese Menge machte etwa 36,4 Prozent der insgesamt gesammelten Verpackungsmenge in Brandenburg aus.

Bei Betrachtung der Jahre 1996 bis 1999 ist eine beachtliche Steigerung der Verpackungsabfälle zu verzeichnen, die Steigerungsrate lag bei fast 115 Prozent, wobei mit 69 Prozent von 1996 zu 1997 der Anstieg der eingesammelten Mengen am höchsten war. Von 1999 bis 2002 war weiterhin ein Anstieg von 16 Prozent festzustellen. Dieser

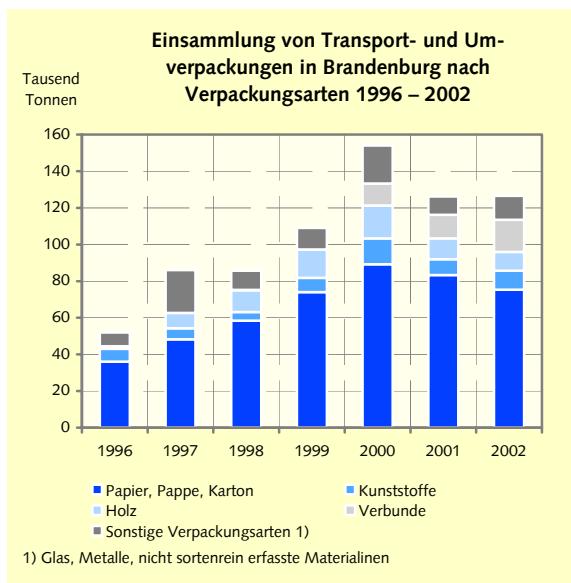
resultiert auch aus methodischen Änderungen, da wie bereits in den Vorbemerkungen erwähnt, erst seit Berichtsjahr 2000 auch die Mengen der Betriebe, deren Sitz nicht im Land Brandenburg ist, welche aber betreffende Verpackungen in Brandenburg eingesammelt haben, erfasst werden.

Bei der Einsammlung von Transport- und Umverpackungen einschließlich Verkaufsverpackungen bei gewerblichen und industriellen Endverbrauchern in den Jahren 2001 und 2002 zeichnete sich, wie bereits schon bei der Einsammlung von Verkaufsverpackungen bei privaten Endverbrauchern, die gleiche Entwicklung ab. Es wurden in den letzten beiden Berichtsjahren nahezu gleich bleibende Mengenanteile insgesamt ermittelt.

Bei der Zusammensetzung der getrennt eingesammelten Transport- und Umverpackungen einschließlich Verkaufsverpackungen entfiel im Jahr 2002 der größte Anteil mit 75 322 Tonnen bzw. 59,3 Prozent auf die Fraktionen Papier, Pappe, Karton. Mit großem Abstand folgten die Verbunde (Verpackungen aus unterschiedlichen, von Hand nicht trennbaren Materialien, von denen keines einen Gewichtsanteil von 95 Prozent überschreitet) mit 13,9 Pro-

zent und die Kunststoff- und Holzverpackungen mit je 8 Prozent.

Bei Papier, Pappe, Karton war erstmals im Jahr 2001 eine rückläufige Tendenz zu verzeichnen, welche sich auch 2002 fortsetzte. So wurden 2002 etwa 11 Prozent weniger Verpackungen aus Papier, Pappe und Karton eingesammelt. Steigerungsraten gegenüber dem Jahr 2001 gab es bei Verbunden mit 38 Prozent, bei Kunststoffen mit 19,6 Prozent und bei nicht sortenrein erfassten Materialien und sonstigen Materialien mit 36 Prozent.



Von den im Jahr 2002 durch 104 Betriebe eingesammelten Transport- und Umverpackungen wurden 63,4 Prozent zunächst einer Sortieranlage zugeführt. Wie auch bei den Verkaufsverpackungen wurden die Transport- und Umverpackungen der gewerblichen und industriellen Endverbraucher zum größten Teil in Anlagen innerhalb des Landes sortiert. Etwa 13 Prozent der Sortierung entfiel auf das Land Berlin und weitere kleinere Mengen wurden in Sortieranlagen in Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein verbracht. Bei einem Vergleich zwischen den Verkaufsverpackungen und den Transport- und Umverpackungen zeigt sich, dass die Mengen, die zuerst einer Sortierung zugeführt wurden, bei den Verkaufsverpackungen mit einem Anteil von 84,5 Prozent weitaus höher waren.

Der Hauptanteil der direkt an Verwerterbetriebe gegebenen Mengen lag im Jahr 2002 mit 62 Prozent bei Verpackungen aus Papier, Pappe und Karton, gefolgt von nicht sortenrein erfassten bzw. sonstigen Materialien mit fast 9 Prozent sowie Verpackungen aus Holz mit 12 Prozent und Kunststoff mit 8,4 Prozent.

Bei einem Vergleich zum Vorjahr zeigt sich, dass bei nahezu gleicher eingesammelter Gesamtmenge 8,2 Prozent weniger an Sortieranlagen und somit direkt an Verwerterbetriebe abgegeben wurden.

1996 wurden an Sortieranlagen noch 71,7 Prozent der eingesammelten Mengen vorwiegend aus Papier, Pappe und Karton (74,3 Prozent) und direkt an Verwerterbetriebe, mit 28,3 Prozent über die Hälfte der Verpackungen aus Papier, Pappe und Karton, gebracht.

Die Verpackungen für schadstoffhaltige Füllgüter sind solche Stoffe, die dem § 4 der Chemikalienverbotsordnung oder dem § 2 des Pflanzenschutzgesetzes unterfallen. Sie werden seit 1997 bei den Transport- und Umverpackungen erfasst, vorher bei den Verkaufsverpackungen. Die Mengenangaben in Brandenburg waren seit 1998 weitgehend konstant. Die Verpackungen für schadstoffhaltige Füllgüter wurden in den letzten Jahren in der Regel direkt an Verwerterbetriebe gebracht.

Entwicklung

Am 1. Januar 2003 trat in der Bundesrepublik Deutschland die Pfandpflicht für bestimmte Einweggetränkeverpackungen in Kraft.

Ab dem Berichtsjahr 2003 sind somit aufgrund der Einführung des Dosenpfandes auf Getränkeflaschen und Getränkedosen Verschiebungen von Mengenangaben von den Verkaufsverpackungen zu den Transport- und Umverpackungen zu erwarten. Bisher wurden diese Einwegverpackungen im Teil Verkaufsverpackungen beim Dualen System erfasst. Mit dem Jahre 2003 werden die Pfandflaschen und Dosen bei den gewerblichen Endverbrauchern eingesammelt und somit bei den Transport- und Umverpackungen einschließlich Verkaufsverpackungen angegeben.

Eine genaue Abgrenzung der Mengen wird nach derzeitiger Methodik nicht möglich sein, da die Mengen nicht separat ermittelt werden.

Fazit

Über den Zeitraum 1996 bis 2002 waren die Mengen an getrennt eingesammelten Verpackungsabfällen um über ein Drittel angestiegen.

Insgesamt war bei der Einsammlung von Verpackungsabfällen im Land Brandenburg in den letzten beiden Erhebungsjahren jedoch eine konstante Entwicklung zu ver-

Eingesammelte Menge an Transport- und Umverpackungen einschließlich Verkaufsverpackungen bei gewerblichen und industriellen Endverbrauchern 1996 – 2002 nach Verpackungsarten und Verbleib

Merkmal	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	Tonnen						
Verpackungsart							
Verpackungen für nicht schadstoffhaltige Füllgüter							
Glas	6 262	6 402	2 902	1 707	1 626	2 094	1 611
Papier, Pappe, Karton	36 056	48 230	58 408	74 009	89 219	83 356	75 322
Metalle	1 264	4 585	3 219	2 460	2 328	1 216	2 276
Kunststoffe	6 962	6 030	4 731	7 750	14 106	8 613	10 300
Holz	1 174	8 333	11 900	15 473	17 937	11 403	10 256
Verbunde	209	22	204	31	11 979	12 780	17 632
Nicht sortenrein erfasste Materialien	36	12 397	4 317	7 554	16 835	6 738	9 169
Verpackungen für schadstoffhaltige Füllgüter	–	17	455	536	455	459	440
Verpackungen insgesamt	50 962	86 016	86 136	109 520	154 475	126 659	127 006
Verbleib							
an Sortieranlagen	36 525	63 365	62 626	71 056	107 571	90 797	80 546
an Verwerterbetriebe	14 437	22 643	21 791	36 461	43 075	35 617	46 216
sonstiger Verbleib	.	8	1 719	2 003	3 829	245	244

zeichnen. Bei den Verkaufsverpackungen traf dies auch auf die einzelnen Verpackungsarten zu. Bei den Transport- und Umverpackungen war ein Rückgang bei Verpackungen aus Papier, Pappe und Karton und ein Anstieg bei Verpackungen aus Kunststoffen und Verbunden zu registrieren. Die eingesammelten Mengen, die zunächst einer Sortierung zu geführt werden, waren rückläufig, während die direkte Verbringung an Verwerterbetriebe bei allen Verpackungsabfällen anstieg.

Bundesweit ist die Menge an getrennt eingesammelten Verpackungsabfällen ebenfalls praktisch gleich geblieben. In Deutschland wurden im Jahr 2002 rund 11,1 Millionen Tonnen Verpackungsabfälle getrennt gesammelt, das entsprach einer Veränderung von + 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Roswitha Rößler



Erbschaft- und Schenkungssteuerstatistik 2002

Zum Verständnis der Erbschaft- und Schenkungssteuer wird zunächst ein Exkurs in die Historie unternommen. Ausführliche Erläuterungen zur Methodik der ab dem Jahr 2002 im Land Brandenburg durchgeführten Erbschafts- und Schenkungssteuerstatistik erleichtern die Interpretation der Ergebnisse.

Im Jahr 2002 wurden im Land Brandenburg in 1 955 Fällen Vermögen in Höhe von 104,5 Millionen EUR vererbt oder verschenkt. Nach Abzug persönlicher Freibeträge sowie von Verbindlichkeiten wurde in 1 844 Fällen eine Steuer in Höhe von 11,6 Millionen EUR erhoben.

Historie

Bereits zu Zeiten des Kaisers Augustus wurde in Rom zur Finanzierung des „aerarium militare“, eines für die Versorgung älterer und entlassener Berufssoldaten gebildeten „Pensionsfond“, das Erbe der Vollrömer mit einer fünfprozentigen Erbschaftsteuer belastet. In fränkischer Zeit wurde auf deutschem Boden der Erbschaftszehnt bei Entscheidungen des Königs über Erbstreitigkeiten eingezogen. Im Mittelalter wurde nach altfriesischem Recht von entfernten verwandten Erbberechtigten die „Verwandtenabgabe“ erhoben. Seit Ende des 9. Jahrhunderts waren es die Besitzwechselabgaben, die je nach Region als Sterbfall, Totenfund, Totenzins, Totenzoll und dergleichen an den Grundherrn, manchmal auch an den Gerichts- oder Landesherrn, abzuliefern waren. Im 17. und 18. Jahrhundert führten zahlreiche deutsche Landesherren und Städte ein „Kollationsgeld“, d. h. eine Erbschaftsteuer von Seitenverwandten ein. Andere deutsche Einzelstaaten erhoben mit „Stempelabgaben“ Urkundensteuern für Testamente und Erbschaftsverträge. Das Königreich Preußen erließ erstmalig 1873 ein technisch modernes Erbschaftsteuergesetz. Dieses Erbschaftsteuergesetz diente dann auch den übrigen deutschen Ländern als Muster.

Vor der Errichtung der einheitlichen Reichsfinanzverwaltung im Jahr 1919 war in Deutschland die Verwaltung der direkten Steuern Sache der einzelnen Staaten des Deutschen Reiches. Im Jahr 1906 wurde dann die „Reichs-Erbschaftsteuer“ eingeführt, um die immerwährende Finanznot des Deutschen Kaiserreiches zu mindern. Da die Erbschaftsteuer zu den direkten Steuern zählt, hätte sie eigentlich entsprechend der Reichsverfassung den Gliedstaaten zugestanden. Um Konflikte mit dem Reichstag zu vermeiden, wurde die Erbschaftsteuer kurzerhand als indirekte Steuer klassifiziert. Die steuerpolitische Devise des Kaiserreiches, wonach dem Reiche die indirekten Steuern, den Einzelstaaten die direkten Steuern bewilligt wurden, wurde dadurch nicht beeinträchtigt.

Bei der Erzbergerschen Finanzreform im Jahr 1919 ging dann die Erbschaftsteuer gänzlich auf das Reich über. Neben der Erbanfall- und Schenkungssteuer beim Erben oder Beschenkten wurde bis 1922 noch eine Nachlasssteuer „beim Toten“ erhoben. 1925 erhielt die Erbschaftsteuer

unter Einbeziehung der Wertbegriffe des neu geschaffenen Reichsbewertungsgesetzes eine verbesserte Neufassung. Deren Grundzüge sind in das heutige Recht eingegangen. Seit 1945 steht die Erbschaftsteuer wieder den Ländern zu. Dieser Anspruch wurde 1949 im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert.

Im Lande Brandenburg wurde seit der Wiedervereinigung Deutschlands für das Jahr 2002 erstmalig eine Erbschafts- und Schenkungssteuerstatistik erarbeitet.

Rechtsgrundlagen

Die rechtliche Grundlage für die Erbschaft- und Schenkungssteuerstatistik bildet der § 1 Abs. 7 des Gesetzes über Steuerstatistiken (BGBl. 1995 I S. 1409). Danach werden ab 2002 alle fünf Jahre in allen Bundesländern für die Erwerbe, für die in dem Kalenderjahr Erbschaft- oder Schenkungssteuern festgesetzt worden sind, folgende Merkmale erfasst:

- steuerpflichtiger Erwerb nach Vermögensarten, Steuerklassen des Erwerbers, Steuersatz und Erbschafts- oder Schenkungssteuer mit den im Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben, bei mehreren Erwerben aus dem Nachlass eines Inländers zusätzlich der Nachlass, untergliedert nach Vermögensarten sowie Abzüge für Nachlassverbindlichkeiten,
- Erwerbsart, Jahr der Entstehung der Steuer, Art der Steuerpflicht.

Rechtsgrundlage für die Erhebung der Erbschaft- und Schenkungssteuer ist das Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz (ErbStG) in der Fassung vom 27. Februar 1997. Mit dieser Steuer werden Vermögensübertragungen durch Erbfolge oder durch Schenkung zu Lebzeiten belastet.

Der Erbschaftsteuer nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 ErbStG unterliegt zunächst alles, was im Todesfall die Erben auf Grund der testamentarischen, erbvertraglichen oder gesetzlich festgelegten Erbfolge erhalten. Daneben ist auch der Erwerb durch ein Vermächtnis, durch Schenkung auf den Todesfall und jeder Vermögensvorteil auf Grund eines vom Erblasser geschlossenen Vertrages erfasst. Weiterhin unterliegt der Erbschaftsteuer der Erwerb auf Grund eines

geltend gemachten Pflichtteilanspruches oder die Abfindung, wenn auf diesen Anspruch verzichtet wird.

Der Schenkungssteuer nach § 1 ErbStG Abs. 1 Nr. 2 unterliegen alle unentgeltlichen Zuwendungen unter Lebenden, soweit der Bedachte durch sie auf Kosten des Zuwendenden bereichert wird.

Steuerpflichtig sind nach § 1 ErbStG Abs. 1 ebenfalls Zweckzuwendungen (Nr. 3) und das Vermögen von Stiftungen oder Vereinen, sofern sie wesentlich im Interesse bestimmter Familien auf die Bindung von Vermögen gerichtet sind (Nr. 4).

Die Schenkungssteuer ergänzt die Erbschaftsteuer. Sie ist notwendig, damit die Erbschaftsteuer für den künftigen Erbübergang nicht durch Schenkungen unter Lebenden umgangen werden kann. Dem entspricht es, dass Schenkungen unter Lebenden denselben Maßstäben unterliegen wie Erwerbe von Todes wegen.

Die Erbschaft- oder Schenkungssteuer fällt grundsätzlich ohne Einschränkungen auch für im Ausland befindliche Vermögen in Deutschland an, wenn der Erblasser zum Zeitpunkt des Todes, der Schenker zum Zeitpunkt der Schenkung oder der Erwerber zu einem dieser Zeitpunkte seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hatte oder als deutscher Staatsbürger weniger als fünf Jahre im Ausland wohnte. In diesen Fällen liegt unbeschränkte Steuerpflicht vor. Treffen die genannten Bedingungen nicht zu, spricht man von beschränkter Steuerpflicht. In anderen Staaten erhobene Erbschaft-, Schenkung- oder Nachlasssteuern kann auf die deutsche Steuer angerechnet werden. Besondere Regelungen treten ein, wenn zwischen Deutschland und dem anderen Staat ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung abgeschlossen wurde (§ 21 ErbStG).

Die Steuer entsteht bei Erwerben von Todes wegen grundsätzlich mit dem Tod des Erblassers. Abweichungen davon treten jedoch bei bestimmten Erwerben auf:

- für den Erwerb eines geltend gemachten Pflichtteilanspruchs mit dem Zeitpunkt der Geltendmachung,
- bei Abfindungen für den Verzicht auf den entstandenen Pflichtteilanspruch oder für die Ausschlagung einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses mit dem Zeitpunkt des Verzichts oder der Ausschlagung.

Bei Schenkungen entsteht die Steuer grundsätzlich mit dem Zeitpunkt der Ausführung der Schenkung.

Wertermittlung des steuerpflichtigen Erwerbes

Grundlage für die Besteuerung ist sowohl bei der Erbschaft- als auch bei der Schenkungssteuer der steuerpflichtige Erwerb. Der Wert des steuerpflichtigen Erwerbes muss ggf. auf die Erwerber aufgeteilt werden. Die Berechnung erfolgt in mehreren Schritten.

Zunächst wird das Rohvermögen ermittelt. Darunter versteht man den Wert des erworbenen Vermögens am Todestag bzw. am Tag der Schenkung. Dabei werden die einzelnen Vermögensgegenstände bei der Wertermittlung unterteilt in Grundbesitz, Betriebsvermögen und übriges Vermögen. Die Bewertung erfolgt unterschiedlich. Der Grundbesitz (land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grundvermögen und Betriebsgrundstücke) wird mit dem Grundbesitzwert und nur bei Bedarf (wenn er für die Erbschaft- und Schenkungssteuer benötigt wird) bewertet. Dabei ist zu beachten, dass der Wert von bebauten oder unbebauten Grundstücken unterschiedlich ermittelt wird. Betriebsvermögen wird mit dem Wert angesetzt, der sich aus der Verrechnung von aktiven Ansätzen und den damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Schulden ergibt. Das übrige Vermögen wird grundsätzlich mit dem Verkehrswert bewertet. Beim Erwerb durch Erbanfall sind zur Ermittlung des steuerpflichtigen Erwerbs, außer den Erblasserschulden, auch die Verbindlichkeiten aus Vermächtnissen, Auflagen, geltend gemachten Pflichtteilen und Erbersatzansprüchen abzugfähig. Zu den abzugsfähigen Nachlassverbindlichkeiten gehören des Weiteren die Bestattungskosten des Erblassers einschließlich Grabdenkmal und Grabpflege sowie die Kosten der Abwicklung, Regierung, Verteilung und Erlangung des Erwerbs. Ohne Nachweis kann für diese Kosten ein Pauschbetrag von 10 300 EUR abgezogen werden. Der Reinwert des Erwerbes wird dann um die dem Erwerber zustehenden persönlichen Steuerbefreiungen gekürzt.

Bei Schenkungen werden die mit der Schenkung zusammenhängenden Schulden und Lasten nicht vom Rohvermögen abgezogen. Eine Schenkung, bei der der Beschenkte Schulden und Lasten zu übernehmen hat, wird als gemischte Schenkung bezeichnet. Bei gemischten Schenkungen und Schenkungen unter einer Leistungsaufgabe gilt vom Steuerwert des zugewendeten Vermögensgegenstandes der Teil als Schenkung, der der bürgerlich-rechtlichen Bereicherung entspricht.

Jedem Erben oder Beschenkten steht ein persönlicher Freibetrag zu. Erst wenn das Vermögen diesen überschreitet, unterliegt der darüber hinausgehende Betrag der Besteuerung. Die Steuerklassen sowie die Höhe der Freibeträge sind abhängig vom Verwandtschaftsgrad.

Steuerklassen und Freibeträge

Im Erbschafts- und Steuerrecht wird nach drei Steuerklassen unterschieden:

- Steuerklasse I
 - der Ehegatte
 - Kinder, Stiefkinder, Adoptivkinder sowie Enkel, deren Eltern bereits verstorben sind
 - Eltern und Voreltern bei Erwerb von Todes wegen
 - Steuerklasse II
 - Eltern und Voreltern bei Schenkung
 - Geschwister und Geschwisterkinder
 - Stiefeltern und Schwiegereltern
 - Schwiegerkinder
 - Geschiedene Ehegatten
 - Steuerklasse III
 - Alle übrigen Erwerber
- Der jedem Erwerber zustehende Freibetrag richtet sich bei unbeschränkter Steuerpflicht nach der jeweiligen Steuerklasse. Er beträgt:
- 307 000 EUR für den Ehegatten (StKl. I),
 - 205 000 EUR für Kinder, Stiefkinder, Adoptivkinder sowie Abkömmlingen verstorbener Kinder (StKl. I),
 - 51 200 EUR für Enkel, Abkömmlingen nicht verstorbener Kinder,
nur im Todesfall: Eltern und Großeltern (StKl. I),
 - 10 300 EUR für geschiedene Ehegatten, Geschwister, Neffen, Nichten, Schwiegereltern, Stiefeltern, Schwiegerkinder,
nur bei Schenkung: Eltern und Großeltern, (StKl. II),
 - 5 200 EUR für Verlobte, Lebensgefährten und alle übrigen Personen (StKl. III)

Beim Erwerb von Betriebsvermögen von Todes wegen oder durch Schenkung unter Lebenden wird dem Erwerber ein Freibetrag von 256 000 EUR und ein Bewertungsabschlag von 40 Prozent auf den Freibetrag übersteigenden Wert gewährt, wenn das Betriebsvermögen mindestens fünf Jahre in der Nachfolgegeneration bleibt. Eine entsprechende Befreiung gilt für den Erwerb von Anteilen an Kapitalgesellschaften, wenn der Erblasser oder Schenker am Nennkapital dieser Gesellschaft zu mehr als einem Viertel beteiligt war. Diese Regel gilt ebenfalls für land- und forstwirtschaftliches Vermögen, welches ertragsteuerlich zum Betriebsvermögen eines Betriebs der Land- und Forstwirtschaft gehört.

Daneben wird bei Erwerben von Todes wegen dem überlebenden Ehegatten und Kindern bis zum vollendeten 27. Lebensjahr zusätzlich ein besonderer Versorgungsfreibetrag gewährt. Dieser beträgt 256 000 EUR beim Ehegatten. Für Kinder beträgt der zusätzliche Versorgungsfreibetrag bei einem Alter

- bis zu 5 Jahren: 52 000 EUR,
- von mehr als 5 bis zu 10 Jahren: 41 000 EUR,
- von mehr als 10 bis zu 15 Jahren: 30 700 EUR,
- von mehr als 15 bis zu 20 Jahren: 20 500 EUR,
- von mehr als 20 Jahren bis zum vollendeten 27. Lebensjahr: 10 300 EUR.

Der Versorgungsfreibetrag wird jedoch sowohl beim Ehegatten als auch bei den Kindern um den Kapitalwert der Versorgungsbezüge, die nicht der Erbschaftsteuer unterliegen, gekürzt.

Bei beschränkter Steuerpflicht wird bei der Besteuerung lediglich ein Freibetrag von 1 100 EUR gewährt.

Des Weiteren haben die Erwerber Anspruch auf einen Freibetrag für Hausrat, Kleidung, Wäsche sowie einen Freibetrag für andere Gegenstände. Die Höhe des Freibetrages richtet sich ebenfalls nach dem Verwandtschaftsgrad bzw. der Steuerklasse.

Sonstige Freibeträge nach Steuerklassen

Steuerklasse	für Hausrat, Kleidung, Wäsche	für andere Gegenstände
	EUR	
Steuerklasse I	41 000	10 300
Steuerklasse II und III		insgesamt 10 300

Nach Abzug der Freibeträge und Verbindlichkeiten verlangt der Fiskus für die verbleibende Restsumme Erbschafts- bzw. Schenkungssteuer. Wie hoch die steuerliche Belastung ausfällt, richtet sich nach der jeweiligen Steuerklasse (§ 19 Abs. 1 ErbStG).

Steuersätze

Die für Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen unter Lebenden gleichermaßen geltenden Steuersätze sind nach Höhe des Erwerbs und nach der Steuerklasse des Erwerbes abgestuft.

Betriebsvermögen, wesentliche Beteiligungen an Kapitalgesellschaften und land- und forstwirtschaftliches Vermögen werden grundsätzlich für alle Erwerber nach dem günstigsten Steuersatz der Steuerklasse I berechnet.

Steuersätze im ErbStG nach Steuerklassen und Größenklassen			
Zu versteuernde Werte bis ... EUR	Steuerklasse		
	I	II	III
	Prozent		
52 000	7	12	17
256 000	11	17	23
512 000	15	22	29
5 113 000	19	27	35
12 783 000	23	32	41
über 25 565 000	27	37	47

Ergebnisse für das Jahr 2002

Im Land Brandenburg wurden im Jahr 2002 in 1 955 Fällen Vermögen in Höhe von ca. 104,5 Millionen EUR vererbt oder verschenkt. Nach Abzug persönlicher Freibeträge sowie von Verbindlichkeiten wurde in 1 844 Fällen eine Steuer in Höhe von ca. 11,6 Millionen EUR erhoben.

Wie man den folgenden Tabellen entnehmen kann, lag der Schwerpunkt dabei eindeutig beim Erwerb von Todes wegen. Nur bei etwa 20 Prozent der Fälle wurden Vermögenswerte verschenkt.

Steuerliche Eckwerte für unbeschränkt steuerpflichtige Erwerbe von Todes wegen im Jahr 2002

Wert	Fälle	1 000 EUR
Wert des anteiligen Rein-erwerbs durch Erbanfall	1 296	58 390
Wert sonstiger Erwerbe	447	17 494
Gesamtwert der steuerlichen Erwerbe vor Abzug	1 552	75 884
Wert der steuerlichen Erwer-be nach Abzug	1 552	73 875
Gesamtwert der Vorerwerbe nach § 14 ErbStG	48	1 270
Gewährter persönlicher Freibetrag	1 550	22 478
Unbeschränkt steuerpflichti-ger Erwerb, insgesamt	1 448	52 662
Tatsächlich festgesetzte Steuer	1 445	9 412

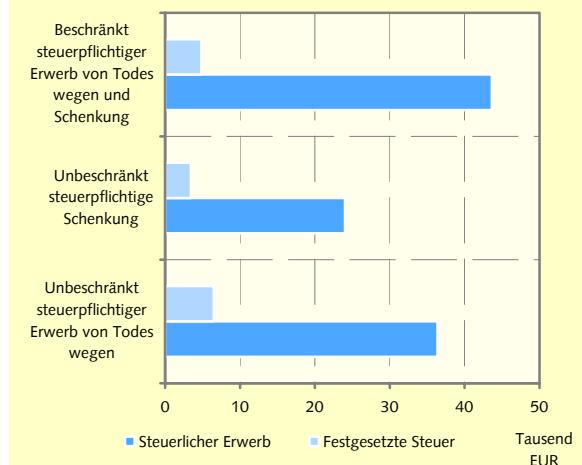
Beim unbeschränkt steuerlichen Erwerb von Todes wegen betrug der durchschnittliche steuerliche Erwerb 36 369 EUR. Die Erwerber mussten dafür durchschnittlich eine Steuer in Höhe von 6 513 EUR abführen. Im Gegensatz dazu lag der durchschnittliche steuerliche Erwerb bei einer

Schenkung mit 24 026 EUR bei etwa zwei Dritteln des durchschnittlichen Erwerbs von Todeswegen. Bei Schenkungen wurden durchschnittlich 3 422 EUR als Steuer festgesetzt. Im Vergleich dazu fiel der steuerliche Erwerb von Todes wegen und Schenkung bei den beschränkt Steuerpflichtigen hoch aus. Hier betrug der durchschnittliche Erwerb 43 615 EUR, die dafür abgeführte Steuer lag durchschnittlich bei 4 846 EUR.

Steuerliche Eckwerte für unbeschränkt steuerpflichtige Schenkungen im Jahr 2002

Wert	Fälle	1 000 EUR
Wert des Erwerbs bei einfacher Schenkung	77	5 918
Wert des Erwerbs bei gemischt-ter Schenkung	403	22 736
Gesamtwert der steuerlichen Erwerbe vor Abzug	403	28 654
Wert der steuerlichen Erwerbe nach Abzug	401	28 361
Gesamtwert der Vorerwerbe/ vom Schenker übernommene Steuer	12	482
Gewährter persönlicher Freibetrag	388	6 950
Unbeschränkt steuerpflichtiger Erwerb insgesamt	380	9 130
Tatsächlich festgesetzte Steuer	360	1 232

Durchschnittlicher steuerpflichtiger Erwerb und festgesetzte Steuer im Jahr 2002



**Bewertung des Rohvermögens im Jahr 2002
nach Art des Nachlasses**

Art des Nachlasses	Fälle	1 000 EUR
Nachlassgegenstände bzw. Rechte insgesamt	727	84 155
davon:		
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	64	273
Grundvermögen	285	25 268
Betriebsvermögen	6	2 566
übriges Vermögen	702	56 046
Nachlassverbindlichkeiten	802	20 115
Reinnachlass	825	64 041

Betrachtet man die aus der Erbschafts- und Schenkungssteuerstatistik resultierenden Ergebnisse nach der Bewertung des Rohvermögens, ergab sich für das Land Brandenburg folgendes Ergebnis gemäß neben stehender Tabelle.

Demzufolge wurde im Land Brandenburg im Jahr 2002 vorwiegend „übriges Vermögen“ vererbt. Nur in 285 Fällen erbten die Erwerber Grundvermögen. Betriebsvermögen wurde sogar nur in 6 Fällen vererbt. Der durchschnittliche Wert dieses Vermögens betrug allerdings 428 000 EUR. Von verhältnismäßig geringem Wert war das durchschnittliche Land- und forstwirtschaftliche Vermögen mit 4 266 EUR.

Irmhild Schumann



Eckzahlen für den Bereich Gesundheit 2002 in der EU



Die zweite Ausgabe Eckzahlen zur Gesundheit 2002 wurde Anfang März 2004 vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) herausgegeben. Damit betrachtet Eurostat diese Veröffentlichung als den ersten Schritt eines langen Prozesses zum Aufbau eines

umfassenden statistischen Informationssystems über Gesundheit und Sicherheit im Rahmen des Kernbestands der sozioökonomischen Statistik. Ziel ist es, Eckzahlen für den Bereich Gesundheit zu einem wertvollen Hilfsmittel für Entscheidungsträger im Bereich der Gesundheitspolitik der EU, für medizinische Kreise, Ökonomen des Gesundheitswesens und Forscher, für die Medien und die breite Öffentlichkeit zu machen.

Schwerpunkte dieser Publikation sind, zusammengetragen aus den weltweit relevantesten Datenquellen, Informationen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung, die bedeutendsten Krankheiten und die statistische Beschreibung des Gesundheitswesens. Eckzahlen für den Bereich Gesundheit 2002 beschäftigt sich auch mit Fragen der Lebensweise (Ernährung, Rauchen, Alkohol, Sexualverhalten und AIDS-Risiko, körperliche Betätigung, Drogenkonsum), Mortalität

(Säuglingssterblichkeit, Todesursachen) und Gesundheitsrisiken in Verbindung mit Umwelt, Arbeit, Freizeit und Verkehr.

Die Publikation enthält Daten über die 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie über Island, Norwegen, Liechtenstein und die Schweiz. Die Tabellen und Abbildungen enthalten, soweit wie möglich, Daten ab 1970 mit Aufschlüsselung nach Geschlecht und Alter.

Eckzahlen für den Bereich Gesundheit 2002 kann kostenlos online im Internetangebot des EU-Datashop als pdf-Datei (4.946 KB) bezogen werden. Die Papierfassung (482 Seiten) kostet 45,00 EUR; sie ist unter der Katalognummer KS-08-02-002-C erhältlich.

Die Publikation ist zu beziehen unter



Statistisches Bundesamt
i-Punkt Berlin/Eurostat Data
Otto-Braun-Straße 70/72
10178 Berlin



01888 644 - 9430



E-Mail: datashop@destatis.de
Internet: www.eu-datashop.de

Vorausberechnung der Privathaushalte in Brandenburg

„Prognosen sind besonders dann schwierig, wenn sie sich auf die Zukunft beziehen“¹⁾. Die vorliegende Ausarbeitung enthält eine Vorausberechnung der Haushaltsstrukturen für das Land Brandenburg im Zeitraum von 2002 bis 2020 und in der räumlichen Gliederung bis zu der Ebene der fünf Planungsregionen. Die Berechnung erfolgte nach dem Haushaltsmitgliederquotenverfahren und auf der Basis des vom Thüringer Landesamt für Statistik (TLS) entwickelten PC-Programms²⁾. Als Ergebnis ist im Land Brandenburg bis Mitte des nächsten Jahrzehnts mit einer steigenden Haushaltezahl bei sinkender Bevölkerung zu rechnen. Während die Anzahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte steigt, sinkt die Zahl der Drei- und Mehrpersonenhaushalte. Regionale Unterschiede, besonders zwischen dem engeren Verflechtungsraum und dem äußeren Entwicklungsräum, werden sichtbar. Die vorbereitenden Untersuchungen für eine umfassendere Haushaltvorausberechnung im Zusammenhang mit der Bevölkerungsprognose 2005 sind somit abgeschlossen.

Ziel der Haushaltvorausberechnung

Zwischen der Haushalts- und der Bevölkerungsentwicklung bestehen sehr enge Zusammenhänge. Beide haben sich in den letzten 50 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich verändert und es besteht Grund zu der Annahme, dass sich die heute erkennbaren Trends in der Zukunft fortsetzen werden.

Aufgrund der geringen Geburtenraten und der zunehmenden Lebenserwartung wird die Bevölkerung immer älter. Es wurden weniger Kinder geboren, und das Alter der Mütter und Väter bei der Geburt des ersten Kindes erhöhte sich beträchtlich. Die Menschen leben länger, so dass der erwerbstätigen Bevölkerung im mittleren Alter eine relativ zunehmende Zahl von nicht mehr erwerbstätigen Eltern und auch Großeltern gegenüber steht. Der Abstand der Lebenserwartung der Frauen und Männer wird größer, wobei logischerweise immer mehr Witwen zurückbleiben. Die zunehmende Mobilität führt dazu, dass Kinder weit von ihren Eltern wegziehen. Eheschließungen haben abScheidungen dagegen zugenommen.

Wenn Ältere alleine oder ohne Familienbindungen leben, kann dies zu einer schlechteren Versorgung führen und dem Gesundheitszustand abträglich sein. Fehlt die Unterstützung naher Familienangehöriger, steigt der Bedarf an Pflegeheimen, Sozialdiensten und Krankenpflegediensten. Da der Anteil älterer Menschen zunimmt, erhöhen sich auch diese Kosten. Eine Reihe wichtiger Fragen sind als Folge zu beantworten.

In welchem Maß ändern demographische Veränderungen die Anzahl und den Anteil der verschiedenen Haushalts- und Lebensformen einschließlich der Einpersonen-, Einpaar- und Einelternteilhaushalte? Wie viele ältere Personen benötigen Hilfe, haben aber weder Kinder noch einen Ehepartner oder andere nahe Familienangehörige, die diese leisten können? Wie viele Personen in mittleren Jahrgängen müssen sowohl für alte Eltern als auch junge Kinder sorgen?³⁾

Beispielhaft für die Entwicklung und die mögliche Spannweite sind die folgenden Angaben:

Privathaushalte im April 2002 nach ausgewählten Ländern			
Land	Privathaushalte ⁴⁾	davon	
		Ein- personen- haushalte	Mehr- personen- haushalte
	Anzahl	Prozent	
Deutschland	38 720	37	63
Bremen	356	49	51
Brandenburg	1 184	31	69

1) D. Stoyan: Stochastik für Ingenieure und Naturwissenschaftler, S. 265

2) S. Scholze: Entwicklung der Privathaushalte bis 2020 – Ergebnisse der Haushaltvorausberechnung für Thüringen, Statistisches Monatsheft März 2001, Thüringer Landesamt für Statistik

3) Nach „Modellrechnungen der künftigen Lebensformen, Haushalts- und Familienstrukturen (Dr. Gert Hullén) in <http://www.bib-demographie.de/projekte.htm#Modellrechnungen> Wiesbaden, den 02.07.2001

4) Ergebnis des Mikrozensus

Privathaushalte in Deutschland 1970 und 2002 nach Haushaltsgröße

Haushaltsgröße	Privathaushalte		Anteil		Entwicklung
	1970	2002	1970	2002	
	1 000		Prozent		
1 Person	5 527	14 225	25	37	+ 157
2 Personen	5 959	13 080	27	34	+ 119
3-Personen	4 318	5 487	20	14	+ 27
4-Personen	3 351	4 315	15	11	+ 29
5 und mehr Personen	2 939	1 633	13	4	- 44
Insgesamt	21 991	38 720	100	100	+ 76

Bremen war im Jahr 2002 das Land mit den meisten Einpersonenhaushalten Deutschlands (49,2 Prozent), dicht gefolgt von Berlin (49,1 Prozent). Brandenburg hatte mit 31,2 Prozent den niedrigsten Anteil an Einpersonenhaushalten.

Die Entwicklung der letzten 32 Jahre zeigt für Deutschland eine deutlich gestiegene Haushaltsanzahl, um 76 Prozent. Bei den Ein- bis zu den Vierpersonenhaushalten ist ein deutlicher Trend zur Erhöhung der Haushaltszahl, allerdings fast indirekt-proportional zur Haushaltsgröße feststellbar. Haushalte mit 5 und mehr Personen wurden relativ als auch absolut weniger. Bei der Betrachtung struktureller Verschiebungen ist jedoch nur eine Anteilserhöhung bei den Ein- und Zweipersonenhaushalten feststellbar, während die Haushalte mit mehr als zwei Personen geringer werden. Aus diesen beispielhaften Gründen können Vorausberechnungen der Haushaltsentwicklung ein wichtiges Hilfsmittel für die Politiker aller Ebenen zur Leitung und Lenkung der Entwicklung des Landes sein.

Haushaltsvorausberechnungen

Die möglichen Herangehensweisen – makro- oder mikroanalytisch – und die dafür eingesetzten Programme wurden bereits in einer vorangegangenen Veröffentlichung beschrieben.⁵⁾

Voruntersuchungen, erforderliche Voraussetzungen

Zu Beginn der Bearbeitung musste eine Analyse der Entwicklung der Haushaltsstrukturen in Brandenburg stehen. Das war vor allen Dingen erforderlich, um aus den vergangenen Entwicklungen die zukünftigen Vorgaben abzuschätzen. Die sollten für die zu betrachtenden regionalen Gliederungen getrennt erfolgen:

- Land Brandenburg
- engerer Verflechtungsraum
- äußerer Entwicklungsraum
- NUTS-3-Region Nord-Ost
- NUTS-3-Region Süd-West
- Planungsregion 1 – Prignitz-Oberhavel (Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel)
- Planungsregion 2 – Uckermark-Barnim (Landkreise Uckermark und Barnim)
- Planungsregion 3 – Oderland-Spree (Landkreise Märkisch-Oderland, Oder-Spree und die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder))
- Planungsregion 4 – Havelland-Fläming (Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming sowie die kreisfreien Städte Brandenburg und Potsdam)
- Planungsregion 5 – Lausitz-Spreewald (Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße, Dahme-Spreewald und die kreisfreie Stadt Cottbus)

Dazu wurde die Bevölkerung in Privathaushalten (nach Ein-, Zwei-, Drei-, Vier- und Fünf- und Mehrpersonenhaushalten) von 1993 bis 2001, getrennt nach dem Geschlecht sowie in einer 5-jährigen Altersstaffelung (von 0 bis 85 und mehr Jahren) analysiert⁶⁾. Diese Untersuchungen dienten der Abschätzung der Veränderung der Anteile der Privathaushalte nach der Haushaltsgröße von 2002 bis 2020 in den unterschiedlichen regionalen Gliederungen.

Die koordinierte Bevölkerungsprognose für den Vorausberechnungszeitraum und in der erforderlichen regionalen Gliederung, nach Altersgruppen und Geschlecht, lieferte die erforderliche Entwicklung der Personenanzahl⁷⁾.

5) Hullén, Hübner, Lorchinger: Vorausberechnungen der Brandenburger Haushalte mit ProFamy, Daten + Analysen I/2004 S.50 Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

6) Gitte Kröger und Dr. Jürgen Hübner: Eine Haushaltsprognose für das Land Brandenburg - Stand der Vorbereitungen in Daten und Analysen I/2003 S. 48 Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
 7) Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg für den Zeitraum 2002 – 2020, Landesumweltamt Brandenburg und Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg

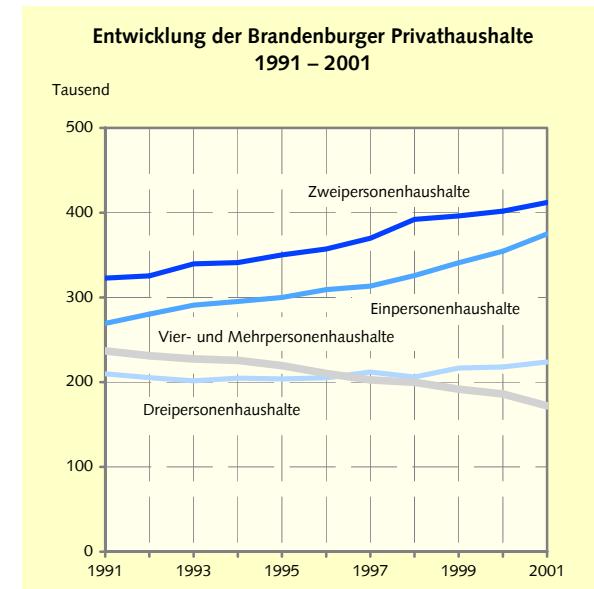
Für die Untersuchungen wurde „Die Bevölkerungsprognose des Landes Brandenburg für den Zeitraum 2002 – 2020“ genutzt. Aus diesem Grund wurde die Haushaltsvorausberechnung mit den Mikrozensusdaten bis 2001 geführt, obwohl teilweise bereits Daten für das Jahr 2003 vorlagen. Das erste Prognosejahr ist demzufolge das bereits verflossene Jahr 2002. Die nächste Vorausberechnung könnte dann, nach der Entscheidung zum anzuwendenden Berechnungsverfahren, mit der koordinierten Bevölkerungsprognose für 2004 – d. h. mit 2005 als erstem Prognosejahr bis zum Jahr 2020 bzw. 2025 – erfolgen.

Land Brandenburg

Ist-Stand

In den vorliegenden Daten aus 12 Jahren wird die – durch den gesellschaftlichen Umbruch in den Neuen Bundesländern indizierte – sehr große Veränderung deutlich. Es zeigt sich der bekannte Trend zu kleineren Haushalten bei gleichzeitig steigender Haushalteanzahl. Während die Entwicklung bei den Ein- und bei den Dreipersonenhaushalten fast dem Deutschland-Trend entspricht, sind wesentlich höhere Wachstumsraten beiden Zweipersonenhaushalten und wesentlich niedrigere bei den Vierpersonenhaushalten erkennbar. Bei den Fünfpersonenhaushalten ist die Verminderung schwächer als in Deutschland ausgeprägt. Aufgrund der Tendenz zu kleineren Haushalten stieg die Haushaltezahl von 1 038 900 im Jahr 1991 auf 1 184 400 im Jahr 2002, das sind + 14,0 Prozent in 11 Jahren.

Die Entwicklung der Anteile der Privathaushalte nach der Haushaltsgröße zeigt für die Ein- und Zweipersonenhaushalte eine fast parallel steigende Tendenz. Während die Dreipersonenhaushalte seit 1991 nur unwesentlich anstiegen, zeigen die Vier- und Mehrpersonenhaushalte dramatische Rückgänge. Zwischen den Jahren 1996 und 1997 sinkt der Anteil der Vier- und Mehrpersonenhaushalte unter den der Drei-Personenhaushalte ab. Eine Trendumkehr ist nicht sichtbar.



Eine ähnliche Tendenz hatte sich bei der Entwicklung der Altersstruktur der Personen in den einzelnen Haushalttypen von 1993 bis 2001 in Brandenburg (Tabelle auf Seite 54) ergeben.

Das mittlere Alter der Personen in Einpersonenhaushalten steigt ebenso wie die Altersgruppe der Rentner in den größeren Haushalten. Wogegen die Kinder und die Personen im berufstätigen Alter in den Haushalten ab Dreipersonen abnehmen.

Diese Entwicklung, wie hier für das Land Brandenburg dargestellt, ist in den beiden NUTS 3 Regionen Nord-Ost und Süd-West ähnlich, ebenso im engeren Verflechtungs- und im äußeren Entwicklungsräum. Aus diesem Grund wurden die Entwicklungen der Haushaltemitgliederquoten, die für das Land Brandenburg analysiert wurden, auch für die weiteren Untersuchungen der genannten regionalen Gliederung übernommen.

Privathaushalte in Brandenburg 1991 und 2002 nach Haushaltsgröße

Haushaltsgröße	Privathaushalte		Anteil		Entwicklung
	1991	2002	1991	2002	
	1 000		Prozent		
1 Person	269,4	369,4	25,9	31,2	+ 37,1
2 Personen	322,8	430,4	31,1	36,3	+ 33,3
3 Personen	209,9	221,5	20,2	18,7	+ 5,5
4 Personen	187,8	131,8	18,1	11,1	- 29,8
5 und mehr Personen	49,0	31,3	4,7	2,6	- 36,1
Insgesamt	1 038,9	1 184,4	100	100	+ 14,0

Bevölkerung in Privathaushalten 1993 und 2001 nach Altersgruppen				
Alter von ... bis ... Jahren	1993	2001	Entwicklung	
	1000 Personen		Prozent	
Einpersonenhaushalte				
unter 20	1,8	4,0	+ 2,2	+ 122,2
20-59	133,0	192,7	+ 59,7	+ 44,9
über 60	156,0	179,0	+ 23,0	+ 14,7
Zusammen	290,8	375,7	+ 84,9	+ 29,2
Zweipersonenhaushalte				
unter 20	31,6	44,8	+ 13,2	+ 41,8
20-59	402,2	413,5	+ 11,3	+ 2,8
über 60	244,3	366,3	+ 122,0	+ 49,9
Zusammen	678,1	824,6	+ 146,5	+ 21,6
Drei- und Mehrpersonenhaushalte				
unter 20	612,4	483,6	- 128,8	- 21,0
20 - 59	905,0	847,7	- 57,3	- 6,3
über 60	50,0	70,2	+ 20,2	+ 40,4
Zusammen	1567,4	1401,2	- 166,2	- 10,6

Annahmen

Bei der Abschätzung der zukünftigen Entwicklung der Haushaltgrößenverteilung bis zum Jahr 2020 waren die folgenden Bedingungen zu beachten:

- Es wird von linearen Trends ausgegangen, die gegenüber der bisherigen Entwicklung allerdings schwächer angenommen werden.
- Brandenburg kann in 20 Jahren, wenn die Anpassung an die neuen sozialen Bedingungen weitestgehend erfolgt sein wird, eine ähnliche Struktur der Haushaltgrößenverteilung wie Schleswig Holstein aufweisen.
- Die für die Thüringer Haushaltsvorausberechnung (1999 bis 2015) ermittelten Werte sind in grober Näherung auch für Brandenburg anwendbar. Der Vorausberechnungszeitraum wird jedoch von 15 auf 20 Jahre verlängert.
- Beide angewendeten Verfahren (Makrosimulation mit ProFamy und das Haushaltmitgliederquotenverfahren des TLS) sollten nicht allzu widersprüchliche Ergebnisse liefern.

Aufgrund vergleichenden Untersuchungen und der Zeitspanne bis 2020 wurden folgende rechnungsinterne Entwicklungen der Haushaltsgliederquoten für die Entwicklungen der Haushaltsanzahl angenommen:

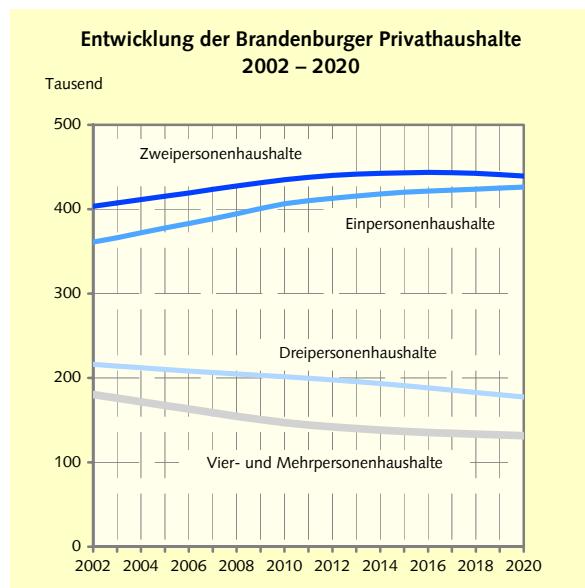
- Einpersonenhaushalte + 12,5 Prozent,
- Zweipersonenhaushalte ± 0,0 Prozent,
- Dreipersonenhaushalte ± 0,0 Prozent,
- Vierpersonenhaushalte - 5,0 Prozent,
- Fünf- und Mehrpersonenhaushalte - 5,0 Prozent.

Die Ergebnisse werden weiterhin durch die Mikrozensuswerte, durch die Bevölkerungsprognose, aber auch durch weitere verhaltensorientierte Komponenten beeinflusst. Bei den durchgeführten Proberechnungen konnte die Plausibilität der angenommenen Werte bestätigt werden.

Ergebnisse der Vorausberechnung für das Land Brandenburg

Zu Beachten ist bei der Interpretation der Ergebnisse, besonders jedoch bei der Ableitung von Planungsmaßnahmen, dass es sich um eine Möglichkeit, die das Ergebnis bestimmter Annahmen ist, handelt. Einerseits sollten diese Ergebnisse keinesfalls als Zielgröße jedweder Planungen angesetzt werden, andererseits sind bei auftretenden anderen Bedingungen größere Abweichungen von den vorliegenden Berechnungen möglich.

Die Erhöhung der gesamten Haushaltsanzahl Brandenburgs im Zeitraum von 2002 bis 2020 um ca. 1,8 Prozent verteilt sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen Haushaltsgrößen. Stark überproportionalen Steigerungen bei den Einpersonenhaushalten und geringeren Erhöhungen bei den Zweipersonenhaushalten stehen starke Verluste bei den Drei- und Mehrpersonenhaushalten gegenüber. Das spiegelt sich in den Veränderungen der Haushaltsanteile wider.



Die grafische Darstellung zeigt die Entwicklung der Anzahl der Privathaushalte nach der Haushaltsgröße. Deutlich sichtbar ist die steigende Haushaltsanzahl bei den Ein- und Zweipersonenhaushalten und die weiterhin fallende Tendenz bei den Drei- und noch stärker ausgeprägt bei den Vier- und Mehrpersonenhaushalten.

Entwicklung der Privathaushalte 2002 – 2020						
Haushaltsgröße	2002	2005	2010	2015	2020	
Privathaushalte in 1000						
1 Person	361	3789	407	422	429	
2 Person	403	416	436	445	442	
3 Person	216	210	202	192	178	
2 und mehr Personen	180	168	147	137	132	
Insgesamt	1161	1171	1192	1196	1182	
Anteile in Prozent						
1 Person	31,1	32,3	34,2	35,3	36,3	
2 Person	34,8	35,5	36,5	37,2	37,4	
3 Person	18,6	17,9	16,9	16,0	15,1	
2 und mehr Personen	15,5	14,3	12,4	11,5	11,2	
Insgesamt	100	100	100	100	100	

In der Tabelle „Bevölkerung in Privathaushalten 2002 und 2020 nach Altersgruppen in Brandenburg“ ist die zu der o. g. Entwicklung adäquate Veränderung in der Altersstruktur dargestellt. Deutlich sichtbar ist die Erhöhung der

Anzahl der Personen in Ein- und Zweipersonenhaushalten im Zeitraum bis zum Jahr 2020, die mit einer Alterung einhergeht. Das ist besonders bei den mehr als 60-Jährigen – von 45 auf 57 Prozent bei den Einpersonen- und von 40 auf 47 Prozent bei den Zweipersonenhaushalten, aber auch in der Gruppe der 45 bis 60-Jährigen der Fall, wenn auch wesentlich schwächer ausgeprägt, von 19 auf 22 Prozent bei den Dreipersonen- und von 35 auf 37 Prozent bei den Zweipersonenhaushalten.

Regionale Ergebnisse

In den einzelnen untersuchten Brandenburger Regionen waren besonders aufgrund der teilweise sehr unterschiedlichen Ausgangslagen bei der Bevölkerungsentwicklung unterschiedliche Ergebnisse bei der Anzahl der Privathaushalte zu erwarten. Aus dieser Kenntnis überraschen die Ergebnisse besonders zum engeren Verflechtungsraum und äußerer Entwicklungsraum aufgrund ihrer Größenordnung und Gegensätzlichkeit dann doch. Allerdings ist diese unterschiedlichen Entwicklung auch zwischen den großen kreisfreien Städten und ausgeprägten ländlichen Strukturen in anderen Ländern erkennbar. Dagegen wirken in den beiden NUTS-Regionen und bei den Planungsregionen 1 bis 3 die Unterschiede in der Entwicklung der Anzahl der Privathaushalte relativ ausgeglichen. In den Planungsregionen 4 (Havelland-Fläming) und 5 (Lausitz-Spreewald) ist ebenfalls eine stärker unterschiedliche, wenn auch nicht in der Größenordnung des „engeren Verflechtungsraumes, Entwicklung der Anzahl der Privathaushalte möglich.“

Bevölkerung in Privathaushalten 2002 und 2020 nach Altersgruppen in Brandenburg						
Alter von ... bis unter ...Jahren	insgesamt	Bevölkerung				
		davon in				
		Einpersonen- haushalten	Mehrpersonenhaushalten			
			zusammen	mit Personen		
			2	3	4 und mehr	
2002						
unter 20	505	4	501	40	155	307
20 - 45	928	124	805	161	301	342
45 - 60	542	69	474	281	122	70
60 und mehr	609	164	444	325	716	48
zusammen	2 584	361	2 223	807	648	768
2020						
unter 20	367	2	365	30	118	217
20 - 45	658	99	560	112	215	232
45 - 60	591	82	506	328	119	59
60 und mehr	784	243	544	409	79	55
zusammen	2 400	426	1 974	879	532	563

Regionale Entwicklung der Privathaushalte 2002 - 2020

Region	Privathaushalte					Entwicklung	
	2002	2005	2010	2015	2020	2020 zu 2002	
	1 000					Prozent	
engerer Verflechtungsraum	424	450	471	486	495	+ 71	+ 17
äußerer Entwicklungsräum	735	723	724	713	690	- 45	- 6
NUTS 3 Nord-Ost	525	526	535	536	528	+ 3	+ 1
NUTS 3 Süd-West	636	647	659	662	656	+ 20	+ 3
Planungsregion 1	179	182	185	185	182	+ 3	+ 2
2	142	143	145	146	143	+ 1	+ 1
3	203	205	209	209	206	+ 3	+ 1
4	328	336	347	354	357	+ 29	+ 9
5	308	306	307	303	295	- 13	- 4
Insgesamt	1 160	1 173	1 194	1 198	1 184	+ 24	+ 2

Bei einer weiteren Betrachtung der Haushalte nach der Anzahl der Personen im Haushalt ergeben sich ähnliche Ergebnisse. Generell werden die Drei- und Mehrpersonenhaushalte in fast allen Regionen Brandenburgs weniger werden, während die Ein- und Zweipersonenhaushalte ihre Anzahl erhöhen können. Stärkere Differenzierungen ergeben sich wiederum zwischen dem engeren Verflechtungsraum und äußeren Entwicklungsräumen sowie zwischen den Planungsregionen 4 und 5. Während im engeren Verflechtungsraum die Ein- und Zweipersonenhaushalte sehr stark wachsen und die Drei- und Mehrpersonenhaushalte sich weniger stark vermindern als im brandenburger Durchschnitt, bleibt die Anzahl der erstgenannten Haushaltstypen im äußeren Entwicklungsräum fast konstant und die der letztgenannten geht um ca. 30 Prozent zurück. Diese Tendenz setzt sich bei den Planungsregionen 4 und 5 fort, allerdings in abgeschwächter Form.

Schlussbemerkungen

Bevölkerungs- und Haushaltsvorausberechnungen sind eine wichtige Grundlage für die Entscheidungen in vielen Bereichen des Landes Brandenburg. Selbst wenn die vorausberechneten Werte von der später eingetretenen Realität abweichen, geben sie doch Hinweise auf zukünftige Entwicklungen im Bereich der Haushalte.

Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg wird deshalb mit der nächsten koordinierten Bevölkerungsprognose, eine Haushaltsvorausberechnung in der Gliederungstiefe bis zu den Landkreisen und kreisfreien Städten vorlegen.

Dr. Jürgen Hübner



Arbeitsvolumen - aussagefähiges Merkmal für Produktivitätsvergleiche

In der heutigen Arbeitswelt, die zunehmend durch flexible Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit, Leiharbeit und Mini-Jobs gekennzeichnet wird, kommt der Erfassung des Arbeitsvolumens eine immer größere Bedeutung zu. Aussagefähige Produktivitätsvergleiche werden sich zukünftig weniger auf die Zahl der Erwerbstäгigen als vielmehr auf die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden beziehen.

Die zunehmende Heterogenität der Beschäftigungsverhältnisse macht es erforderlich, Produktivitätsvergleiche nicht ausschließlich auf die Zahl der Erwerbstäгigen zu beziehen, sondern verstärkt auch auf die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. Auf Grund des starken Interesses an regionalen Ergebnissen berechnet nun der Arbeitskreis „Erwerbstäгigenrechnung des Bundes und der Länder“, dem alle statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören, das Arbeitsvolumen auch für die Länder der Bundesrepublik.

Arbeitsvolumen, was sagt es aus?

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstäгigen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Richter, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbstständige beziehungsweise als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Hingegen gehören die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, beispielsweise Jahresurlaub, Erziehungsurlaub, Feiertage, Kurzarbeit oder krankheitsbedingte Abwesenheit nicht zum Arbeitsvolumen. Ebenfalls nicht erfasst werden die nicht bezahlten Pausen für das Einnehmen von Mahlzeiten sowie die Zeit für die Fahrten von der Wohnung zum Arbeitsplatz und zurück. Das Arbeitsvolumen umfasst somit die Gesamtzahl der während des Rechnungszeitraums am Arbeitsplatz (Beschäftigungsfall) von Arbeitnehmern und Selbstständigen innerhalb einer Region tatsächlich geleisteten Stunden. Es berücksichtigt weder Intensität noch Qualität der geleisteten Arbeit.

Arbeitsvolumen 1998 bis 2002

Am 12. März 2004 wurden vom Arbeitskreis „Erwerbstäгigenrechnung des Bundes und der Länder“ erstmals Ergebnisse zum regionalen Arbeitsvolumen für alle Länder Deutschlands bereitgestellt. Sie umfassen den Zeitraum von 1998 bis 2002 und werden künftig jährlich ermittelt.

Für Brandenburg ergibt sich aus dieser Arbeitsvolumenberechnung folgendes Bild:

Arbeitsvolumen 1998 – 2002			
Jahr	Geleistete Arbeitsstunden		Erwerbstäгige
	der Erwerbstäгigen insgesamt	je Erwerbstäгiger	
	Mill. Stunden	Stunden	Tausend
1998	1 704,1	1 603	1 063,2
1999	1 688,3	1 582	1 067,0
2000	1 665,5	1 567	1 062,9
2001	1 627,1	1 554	1 047,0
2002	1 576,9	1 537	1 026,0

Nachzulesen sind diese Ergebnisse, auch im Vergleich mit dem ermittelten Arbeitsvolumen anderer Bundesländer, in der Publikation „Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland von 1998 bis 2002“. Die Publikation kann bei allen Statistischen Landesämtern oder direkt bei der Federführung des Arbeitskreises „Erwerbstäгigenrechnung des Bundes und der Länder“, dem Hessischen Statistischen Landesamt, bezogen werden.

Weitere Informationen finden Sie auch im Internet unter www.statistik-hessen.de/erwerbstaeгigenrechnung/ bzw. www.statistikportal.de

Sie können Ihre Bestellung auch richten an den:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lbs-bb.de

Angewandte Statistik – Anwendung statistischer Methoden

Sachs, Lothar
11. überarb. und aktual. Auflage
Heidelberg : Springer, 2004
ISBN: 3-540-40555-0
Preis: 49,95 €



Wer auf dem Gebiet der angewandten Statistik etwas sucht, dass dem Lernen dient, Grundlagen vermittelt – gleichermaßen einführend und vertiefend – dem sei das vorliegende Buch empfohlen.

Aber auch als Nachschlagewerk gibt es einen Überblick über ein weit gefasstes Methodenspektrum der angewandten Statistik mit zahlreichen quer- und weiterführenden Literaturhinweisen.

In den sieben Kapiteln

- Statistische Entscheidungstechnik,
- Notizen zur Epidemiologie,
- Der Vergleich gemessener Werte bei unabhängigen Stichproben,
- Weitere Prüfverfahren,
- Abhängigkeitsmaße: Korrelation und Regression,
- Die Anwendung von Mehrfeldertafeln,
- Varianzanalytische Methoden

werden dem Interessierten notwendige Details zur Datengewinnung und zu ihrer Beurteilung vermittelt. Dabei wird berücksichtigt, dass die Anwendung statistischer Methoden zunehmend durch den Einsatz von EDV-Technik und entsprechender Software bestimmt wird.

Mit zahlreichen durchgerechneten Beispielen für die Anwendung mit Planung- und Auswertungsempfehlungen, als auch mit anschaulicher Darstellung von Konzepten, Begriffen und Beziehungen, bietet auch die 11. überarbeitete und aktualisierte Auflage des Werkes dem Leser mit unterschiedlichen Vorkenntnissen, sowohl die Basis für den Einstieg in die angewandte Statistik als auch Hinweise und Anregungen zur Lösung statistischer Fragestellungen.

Manfred Fest



Das Access-VBA Codebook

Grießhammer, Carsten ; Michaels, Marcus ; Zerbe, Kristof
München : Addison-Wesley, 2002
ISBN 3-8273-1953-6
Preis: 59,95 €



Um mit dem Buch Access-VBA arbeiten zu können, benötigt der Leser bereits Erfahrung bei der Entwicklung von Access Anwendungen mit VBA und ist daher für Anfänger nicht zu empfehlen.

Um so mehr aber hebt sich dieses Buch von der sonst gängigen Access-Literatur ab, bei der man sich zunächst durch etliche Kapitel Einleitung in Access-Entwicklung und VB-Programmierung arbeiten muss, bis man eine Idee von den Konzepten und Paradigmen bei der Programmierung mit Access-VBA erhält.

Das Buch besteht aus 246 Programmierbeispielen, die zum Teil sehr effiziente Lösungen zu alltäglichen Problemen bei der Anwendungsentwicklung mit Access darstellen. Der Leser erhält so einen guten Eindruck davon, wie mit Access-VBA programmiert wird und welche API-, oder Standardfunktionen für bestimmte Probleme genutzt werden können.

Jedes Programmierbeispiel ist in einer Funktion gekapselt. So lassen sich die Beispiele einfach und direkt in eigene Projekte integrieren und können sofort angewendet werden. Das Auffinden einer Funktion ist durch die Aufteilung in 14 Kategorien (z.B. Dateien, Internet, Daten, ...) problemlos möglich. Gleichzeitig stehen alle Beispiele auf der CD zum Buch, in einem Repository zum Finden, Probieren und Kopieren zur Verfügung. Das Repository ist natürlich in Access erstellt.

Das Access-VBA Codebook ist ein absolutes Muss für den professionellen Access-Entwickler.

Ortwin Böckmann



Veröffentlichungen des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (Land Brandenburg) im Mai 2004

Veröffentlichungen können beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg - Dezernat Informationsmanagement - Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortustraße 46), Fax: 0331 39-418, E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de bezogen werden.
Medium der Veröffentlichungen: - Print, - Disketten, - CD-ROM, [www](http://www.lde.bb.de/ldsbb/download) - kostenloser Download unter www.lde.bb.de/ldsbb/download.

Kennziffer	Titel	Medium	Preis in EUR
A II 1 - m 12/03	Eheschließungen, Geborene und Gestorbene, Dezember 2003, Vorläufige Ergebnisse		2,30
A IV 14 - j/03	Schwangerschaftskonflikt-, Schwangerschaftsberatung, Familienplanung und Sexualaufklärung 2003		3,70
A VI 7 - m 03/04	Arbeitsmarkt, März 2004		3,30
B II 6 - j/03	Ausbildungsstätten für Fachberufe des Gesundheitswesens am 30.11.2003		3,00
C II 1 - m 04/04	Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland, April 2004		2,60
C III 2 - m 03/04	Schlachtungen und Fleischerzeugung, März 2004		2,60
C III 3 - m 02/04	Milcherzeugung und Milchverwendung, Februar 2004		2,60
D I 2 - m 03/04	An- und Abmeldungen gewerblicher Arbeitsstätten	www 	– 6,25 20,00
D III 1 - vj 4/03	Insolvenzen 2003		3,30
	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden		
E I 1; 3 - m 03/04	- Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex, März 2004		4,00
E I 2 - m 03/04	- Produktionsindex, März 2004		3,00
E II 1 - m 03/04	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau, (Bauhauptgewerbe) März 2004		3,30
F I 1 - j/03	Fortschreibung des Wohnungs- und Wohngebäudebestandes 2003	 	4,50 19,50
F II 1; 2 - m 03/04	Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, März 2004		3,30
G I 1 - m 03/04	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel sowie Kraftfahrzeughandel - Messzahlen - März 2004, Vorläufige Ergebnisse		3,00
G IV 1 - m 03/04	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr, März 2004		3,70
G IV 3 - m 03/04	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe - Messzahlen - März 2004, Vorläufige Ergebnisse		2,60
H I 1 - m 03/04	Straßenverkehrsunfälle, März 2004, Vorläufige Ergebnisse		2,30
H II 1 - m 03/04	Binnenschifffahrt, März 2004		3,30
M I 2 - m 05/04	Verbraucherpreisindex, Mai 2004		3,70
M I 6 - j/03	Kaufwerte für Bauland 2003		3,00
N I 4 - j/03	Verdienste und Arbeitzeiten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe 2003	www 	– 5,45 20,00
O II 1 - 5j/03	Ausstattung und Wohnsituation privater Haushalte 2003 - Einkommens- und Verbrauchsstichprobe		5,60
P I 6 - j/02	Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen - 1998 bis 2002		3,70
P I 8 - j/02	Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter, Arbeitnehmer in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1998 bis 2002		5,90

Ausgewählte bereits erschienene Hefte der Reihe „Daten + Analysen“					
Heft	Themenhefte	Preis	Heft	Quartalshefte	Preis
4/1998	Kinder in Brandenburg	3,50 EUR	I/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
3/1999	Regionen im Vergleich	6,00 EUR	II/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
2/2001	Ältere Menschen	3,50 EUR	III/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
1/2002	Statistischer Jahresbericht 2001	6,50 EUR	IV/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
2/2002	Der Brandenburger Außenhandel 1991 - 2000	3,00 EUR	I/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
1/2003	Statistischer Jahresbericht 2002	5,25 EUR	II/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
2/2003	Frauen in Brandenburg	6,25 EUR	III/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
1/2004	Jahresbericht 2003	7,00 EUR	IV/2003	Quartalsheft	4,00 EUR
			I/2004	Quartalsheft	4,00 EUR

Neues Themenheft „Jahresbericht 2003“



Im Mai 2004 veröffentlichte der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik den Statistischen Jahresbericht 2003 für das Land Brandenburg, nunmehr schon der zwölften seiner Art. Er enthält Aussagen zur aktuellen demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung Brandenburgs im vergangenen Jahr, die mit Tabellen und

Grafiken untermauert werden.

Hervorzuheben sind die in den letzten Jahren sich stark verändernden Haushalts- und Familienstrukturen in Brandenburg. So stieg die Gesamtzahl der Haushalte zwischen 1991 und 2003 von 1,04 Millionen auf 1,20 Millionen. Diese angesichts einer ungefähr gleichbleibenden Bevölkerungszahl zunächst erstaunliche Entwicklung ist auf eine andauernde Verkleinerung der Haushalte zurückzuführen.

Die durchschnittliche Haushaltsgröße sank im genannten Zeitraum von 2,46 auf 2,15 Personen und liegt damit nahe am Bundesdurchschnitt von 2,13 Personen je Haushalt.

Der Statistische Jahresbericht 2003 kostet 7,00 EUR und kann bestellt werden beim:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und
Statistik Brandenburg
Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52
14410 Potsdam



0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de
Internet: www.lbs-bb.de